

Analytischer Bericht
der Gemeinderatssitzungen
Compte rendu analytique
des séances du conseil communal

No 2/2026

Sitzung vom / Séance du 23.03.2026





VILLE DE
LUXEMBOURG

COMPOSITION DU CONSEIL COMMUNAL



Maurice Bauer
(CSV)



Lydie Polfer
(DP)



Simone Beissel
(DP)



Laurent Mosar
(CSV)



Corinne Cahen
(DP)



Patrick Goldschmidt
(DP)



Paul Galles
(CSV)



**Pascale Krombach-
Arend** (DP)



Anne Kaiffer
(DP)



Claude Radoux
(DP)



Colette Mart
(DP)



Sylvia Camarda
(DP)



Robert L. Philippart
(DP)



Angélique Bartolini
(CSV)



Bob Biver
(CSV)



Emilie Costantini
(CSV)



David Wagner
(déi Lénk)



Fabricio Costa
(Déi Gréng)



Nicolas Back
(Déi Gréng)



Christa Brömmel
(Déi Gréng)



François Benoy
(Déi Gréng)



Liudumila Branca
(Déi Gréng)



Maxime Miltgen
(LSAP)



Gabriel Boisante
(LSAP)



**Antonia Afonso
Bagine** (LSAP)



Marie-Marthe Muller
(LSAP)



Tom Weidig
(ADR)

TAGESORDNUNG

der Sitzung vom Montag, dem 23. März 2026

IN NICHTÖFFENTLICHER SITZUNG

I	Ersetzung von Mitgliedern beratender Kommissionen	103
II	Personalangelegenheiten der Stiftung Jean-Pierre Pescatore (Gutachten)	103
III	Personalangelegenheiten der Stadt Luxemburg	103

IN ÖFFENTLICHER SITZUNG

IV	Fragen der Gemeinderäte	103
1)	Frage von Rat Benoy zum Thema Plakatierung von Kultur- und Vereinsveranstaltungen in der Stadt Luxemburg	103
2)	Frage von Rat Benoy bezüglich der digitalen Souveränität und Resilienz der Stadt Luxemburg	103
3)	Frage von Rätin Brömmel über die „Fête des voisins 2026“	105
4)	Frage von Rätin Brömmel über die Kontrolle von (gesundheitsgefährdenden) Wohnungen	105
5)	Frage von Rat Weidig bezüglich eines Angriffs auf eine 14-jährige Person	106
V	Verkehr	106
VI	Konventionen	108
VII	Kostenvoranschläge	115
1)	Detailliertes Projekt zur Ausstattung eines Fußballfeldes des Sportkomplexes Boy Konen mit Kunstrasen	115
2)	Rektifizierter Kostenvoranschlag betr. den Bau eines Scouts-Homes für die Pfadfindergruppe Telstar in Hamm	117
VIII	Urbanismus	118
1)	Punktuelle Änderung am grafischen Teil des Flächennutzungsplans bezüglich der vom Teilbebauungsplan NQ „Lycée Kuebebiert [KI-19]“ betroffenen Grundstücke (Kirchberg)	118
2)	Punktuelle Änderung am grafischen Teil des Flächennutzungsplans bezüglich der vom Teilbebauungsplan NQ „Grünwald Ouest [WH-12]“ betroffenen Grundstücke (Weimershof)	119

3)	Punktuelle Änderung des Teilbebauungsplans QE betreffend die vom Teilbebauungsplan NQ „Grünwald Ouest [WH-12]“ betroffenen Grundstücke	119
4)	Teilbebauungsplan NQ „Grünwald Ouest [WH-12]“ (Weimershof)	119
5)	Punktuelle Änderung am grafischen Teil des Flächennutzungsplans bezüglich der Parzellen mit der Katasternummer 444/2381, 444/2396 und 443/2131 (Rue de Marville in Beggen)	120
6)	Punktuelle Änderung am grafischen Teil des Teilbebauungsplans QE – Parzellen Nr. 444/2381, 444/2396 und 443/2131 (Rue de Marville in Beggen)	120
7)	Neuordnung von Bauland	120
IX	Steuernreglement: neue Kapitel G-6 und A1	121
X	Anpassung des abgeänderten Reglements vom 5. Mai 2014 über das Abfallmanagement sowie des Steuernreglements	121
XI	Vorstellung des Umweltberichts 2024 und des Umweltaktionsplans	121
XII	Außerordentliche Subsidien	127
XIII	Sozialamt – Gewährung eines Erbpachtrechts (Gutachten)	128
XIV	Stiftung J.-P. Pescatore – Schaffung eines Postens (Gutachten)	128
XV	Gerichtsangelegenheiten	128
XVI	Entlastung für die Begleichung von Rechnungen	128
XVII	Konvertierung / Schaffung von Posten	128

Zum Livestream-Archiv
der Sitzungen des
Gemeinderates:



Bürgermeisterin Lydie POLFER leitet die Sitzung. Der Namensaufruf ergibt die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates.

In nichtöffentlicher Sitzung

I ERSETZUNG VON MITGLIEDERN BERATENDER KOMMISSIONEN

II PERSONALANGELEGENHEITEN DER STIFTUNG JEAN-PIERRE PESCATORE (GUTACHTEN)

III PERSONALANGELEGENHEITEN DER STADT LUXEMBURG

In öffentlicher Sitzung

IV FRAGEN DER GEMEINDERÄTE

1) Frage von Rat Benoy zum Thema Plakatierung von Kultur- und Vereinsveranstaltungen in der Stadt Luxemburg

Rat François BENOY (déi gréng): Als Antwort auf meine Frage an den Schöffenrat bezüglich der Litfaßsäulen der Stadt Luxemburg hatten Sie mir am 6. Mai 2024 im Gemeinderat mitgeteilt, dass „unsere Abteilung für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit derzeit gemeinsam mit der IT-Abteilung ein Pilotprojekt ausarbeitet. Wir befinden uns auf dem Weg einer zunehmenden Digitalisierung. In diesem Sinne möchten wir die ‚Reider‘ in den verschiedenen Stadtvierteln neu gestalten, was es uns zudem ermöglichen wird, kulturelle Veranstaltungen der Vereine auf elektronischem Wege anzukündigen. Dieses Pilotprojekt wird zunächst in zwei großen Stadtvierteln durchgeführt.“

- Wie ist der konkrete Stand der Umsetzung des angekündigten Pilotprojekts zur Digitalisierung der „Reider“ und zur elektronischen Bekanntgabe kultureller Veranstaltungen?
- Liegt nun ein Zeitplan für die Umsetzung vor? Für wann ist der tatsächliche Start des Projekts vorgesehen?
- In welchen Stadtvierteln wird das Pilotprojekt umgesetzt? Nach welchen Kriterien wurden diese Viertel ausgewählt?
- Wie ist die Zusammenarbeit mit den Kulturvereinigungen und lokalen Vereinen vorgesehen, insbesondere hinsichtlich des Zugangs, der Verwaltung und der Verbreitung kultureller Inhalte?

In der Vergangenheit waren die Litfaßsäulen fester Bestandteil des Stadtbildes von Luxemburg-Stadt. Über ihre informative Funktion hinaus stellten sie ein kulturelles und ästhetisches Element des öffentlichen Raums dar und trugen zu einer Art urbanistischer Inszenierung des kulturellen und Vereinslebens bei. Wie es in vielen europäischen Städten,

insbesondere in Paris oder in der Schweiz, nach wie vor der Fall ist, trugen diese physischen Träger zur Sichtbarkeit von Bildern im öffentlichen Raum und zu ihrer sozialen Rolle als Mittel der Debatte, der Begegnung und des kollektiven Ausdrucks bei. Das schrittweise Verschwinden dieser analogen Plakatformen zugunsten ausschließlich digitaler Medien könnte einen symbolischen und kulturellen Verlust mit sich bringen, den elektronische Bildschirme nicht vollständig ausgleichen können.

- Wie bewertet der Schöffenrat den kulturellen, ästhetischen und symbolischen Verlust, der mit dem Verschwinden der Litfaßsäulen im städtischen öffentlichen Raum verbunden ist?
- Welche konkreten Maßnahmen sind vorgesehen, um diese kulturelle und künstlerische Dimension der öffentlichen Plakatierung in der Stadt Luxemburg zu bewahren oder wiederherzustellen?

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Im Jahr 2024 wurde in Zusammenarbeit mit Post Luxemburg ein Pilotprojekt durchgeführt mit dem vorrangigen Ziel, den Vereinigungen aus den verschiedenen Stadtvierteln mehr Sichtbarkeit zu verleihen. Die Anzeigetafeln wurden gekauft und das Pilotprojekt wurde in den Vierteln Bonneweg, Limpertsberg und Gasperich sowie auf dem Knuedler (vor und im Bierger-Center) durchgeführt. Leider stellte sich jedoch heraus, dass das nicht gut funktionierte, sodass der Vertrag aufgelöst wurde. Post Luxemburg hatte dabei mit einem Subunternehmer gearbeitet.

Wir arbeiten nun mit einer anderen Gesellschaft zusammen, nämlich die Agentur Apart, die auch die „City-App“ betreut. Wir gehen davon aus, dass das Projekt im Oktober 2026 funktionieren wird.

Die „e-Reider“ sollen interessante Informationen liefern über das Leben im Stadtviertel, z.B. über Events, Busverbindungen und Baustellen. Die Informationen dürfen keinen kommerziellen Charakter haben.

Bei den Litfaßsäulen – deren es nicht sehr viele gab – bestand das Problem darin, dass die Informationen kommerziellen Charakter hatten. Die Preise waren ziemlich hoch, mit dem Ergebnis, dass vor allem Werbung von Akteuren aus dem Ausland auf den Säulen zu finden war. Heute richten sich die Werbeflächen von JCDecaux an den Bushäuschen an diese Klientel.

Wie gesagt hoffen wir, dass das System ab Oktober funktionieren wird, damit die Bürger sich noch besser darüber informieren können, was in ihrem Stadtviertel läuft.

2) Frage von Rat Benoy bezüglich der digitalen Souveränität und Resilienz der Stadt Luxemburg

Rat François BENOY (déi gréng): In den vergangenen Jahren haben zahlreiche europäische Städte und öffentliche Verwaltungen eingehende Überlegungen zu ihrer Abhängigkeit von digitalen Lösungen angestellt, die von Unternehmen bereitgestellt werden, die außereuropäischen, insbesondere US-amerikanischen Rechtsordnungen unterliegen. Diese Überlegungen haben in mehreren Fällen zu Strategien geführt, die auf die Stärkung der digitalen Souveränität, des Datenschutzes und der institutionellen Resilienz abzielen. So haben beispielsweise Städte wie München, Berlin, Barcelona, Amsterdam oder Kopenhagen in unterschiedlichem Maße Maßnahmen ergriffen, um ihre Abhängigkeit von Softwarelösungen und Cloud-Infrastrukturen amerikanischer Anbieter zu verringern, insbesondere im Hinblick auf die Einhaltung des europäischen Rechts, die strategische Kontrolle und die Kontinuität des öffentlichen Dienstes.

Diese Problematik ist in einem gut dokumentierten rechtlichen und geopolitischen Kontext zu sehen. Seit der Verabschiedung des US CLOUD Act (*Clarifying Lawful Overseas Use of Data Act*) im Jahr 2018 können die US-Behörden Zugang zu Daten verlangen, die sich im Besitz von Unternehmen befinden, die der Gerichtsbarkeit der Vereinigten Staaten unterliegen – auch dann, wenn diese Daten physisch auf dem Gebiet der Europäischen Union gespeichert sind. Dieser Mechanismus steht in direktem Widerspruch zum „*Règlement général sur la protection des données*“ (RGPD), insbesondere in Bezug auf Transparenz, die Rechte der betroffenen Personen, wirksame Rechtsbehelfe und die Wahrung der europäischen Rechtshoheit.

Vor dem Hintergrund eines internationalen Umfelds, das von zunehmenden geopolitischen Spannungen, Handelskonflikten und einer Infragestellung bestimmter Gleichgewichte im Völkerrecht geprägt ist, weisen zudem mehrere Experten und Institutionen auf das Risiko hin, dass der Zugang zu Daten, Software oder digitaler Infrastruktur zu einem strategischen Druckmittel werden könnte. Diese Frage betrifft insbesondere öffentliche Verwaltungen, deren reibungsloser Betrieb zunehmend auf unverzichtbaren digitalen Instrumenten beruht (Verwaltungsmanagement, Kommunikation, Dienstleistungen für die Bevölkerung, sensible Daten).

- Welche wichtigen Softwareprogramme, Cloud-Dienste und digitalen Infrastrukturen nutzt die Stadt Luxemburg derzeit, um den Betrieb ihrer Verwaltung und ihrer Dienststellen sicherzustellen, und inwieweit sind diese von Anbietern abhängig, die der Gerichtsbarkeit der Vereinigten Staaten unterliegen (beispielsweise Lösungen wie Microsoft 365, Azure, Entra ID oder gleichwertige Dienste)?
- Kann der Schöffenrat die Gesamtkosten der derzeit von der Stadt Luxemburg genutzten Softwarelizenzen sowie deren Aufschlüsselung nach Anbietern angeben? Wurden diese Lizenzen im Rahmen eines wettbewerbsorientierten Vergabeverfahrens erworben? Ist die Stadt an Verträge gebunden, die Mindestlaufzeiten, Klauseln zur automatischen Verlängerung oder andere Formen vertraglicher Verpflichtungen enthalten, die ihren Handlungsspielraum oder ihre digitale Souveränität einschränken könnten?
- Kann der Schöffenrat darlegen, inwieweit die Daten der Stadt Luxemburg (Verwaltungsdaten, personenbezogene Daten, sensible Daten) sowie die für den autonomen Betrieb der Stadt erforderlichen Softwareprogramme vor Zugriffen geschützt sind, die durch ausländische Rechtsvorschriften auferlegt werden, insbesondere im Hinblick auf den bestehenden juristischen Konflikt zwischen dem RGPD und dem US CLOUD Act?
- Wurde eine interne Analyse durchgeführt, um die kritischen digitalen Dienste der Stadt Luxemburg zu ermitteln, die im Falle einer teilweisen oder vollständigen Nichtverfügbarkeit bestimmter Netzwerke, Server oder externer Cloud-Dienste zumindest in minimalem Umfang weiter funktionieren müssen? Falls ja, wie lauten die wichtigsten Schlussfolgerungen?
- Welche Maßnahmen hat die Stadt Luxemburg im Bereich der Datensicherung und -sicherheit (Backups) ergriffen, insbesondere hinsichtlich des Standorts, der Unabhängigkeit und der Möglichkeit einer schnellen Wiederherstellung im Falle einer Cyberkrise oder eines Ausfalls des Zugangs zu externen Diensten?
- Hat der Schöffenrat alternative Lösungen, insbesondere europäische oder Open-Source-Lösungen,

identifiziert oder geprüft, mit denen die Abhängigkeit der Stadt von Anbietern, die außereuropäischen Rechtsordnungen unterliegen, verringert werden kann? Welche davon wurden gegebenenfalls bereits umgesetzt oder werden derzeit geprüft?

- Teilt der Schöffenrat die Einschätzung, dass digitale Souveränität, die Resilienz öffentlicher Dienste und operative Autonomie zunehmend strategische Herausforderungen für die Gemeinden darstellen, insbesondere vor dem Hintergrund geopolitischer Spannungen und erhöhter Cyberrisiken?
- Falls ja, welche Leitlinien oder Richtlinien plant der Schöffenrat kurz- und mittelfristig, um die digitale Unabhängigkeit und die autonome Funktionsfähigkeit der Stadt Luxemburg zu stärken? Falls nein, aus welchen Gründen hält er eine solche Strategie zum gegenwärtigen Zeitpunkt für nicht notwendig oder nicht vorrangig?

Schöffe Patrick GOLDSCHMIDT: Es handelt sich um eine interessante, aber aus technischer Sicht auch sehr komplexe Frage. Die Stadt investiert jedes Jahr mehrere Millionen Euro in die Informatik, um sich in diesem Bereich gut aufzustellen und zu gewährleisten, dass ihre über 4000 Mitarbeiter in ihrem Alltag gut arbeiten können und dass die erforderliche Sicherheit und Resilienz gewährleistet sind.

Unser Service TIC beschäftigt bereits über 80 Mitarbeiter, und der Schöffenrat hat der Einstellung von zusätzlichem Personal zugestimmt, um sich in den angesprochenen Bereichen noch besser aufzustellen. Es geht dabei nicht nur um die USA, sondern auch um Sicherheitsrisiken durch Personen mit schlechten Absichten.

Rat Benoy hat den „Cloud Act“ von 2018 erwähnt. Den USA geht es darum, Zugang zu allen Daten zu haben, die über die Server amerikanischer Firmen laufen, unabhängig davon, in welchem Land diese installiert sind. Europa ist darüber natürlich weniger erfreut, und es gibt zwei Urteile („Schrems 1“ und „Schrems 2“) des Europäischen Gerichtshofs, die festhalten, dass das nicht geht. Deshalb sind wir heute einen großen Schritt weiter. Wir haben nun das „Data Privacy Framework“ – was zwar nicht unbedingt bedeutet, dass weniger Daten in die USA oder anderswohin fließen, doch es wird ständig darauf geachtet, dass so wenige Daten wie möglich nicht datenschutzkonform übermittelt werden. Das Ziel der Anfragen zum Datenzugang besteht in der Kriminalitätsbekämpfung (Betrug, Cyberkriminalität, usw.) und der Terrorabwehr. Natürlich gehen die Anfragen aber zu weit. Es wird geschätzt, dass wir pro Jahr zwischen 40.000 und 50.000 automatisierte Anfragen erhalten.

Mit Ausnahme von *Teams* und *Sharepoint* werden alle von der Stadt Luxemburg benutzten Anwendungen intern entwickelt oder stammen von europäischen Firmen und die entsprechenden Daten werden auf lokalen Servern der Gemeinde gespeichert, so dass über diesen Weg keine Daten in Richtung USA fließen können. *Outlook* z.B. befindet sich nicht in der Cloud, sondern auf unseren eigenen Servern. Unsere internen Anwendungen betreffen z.B. den Bereich „Etat civil“, das Personalmanagement und die Buchhaltung.

Was *Teams* und *Sharepoint* betrifft, bestehen für unserer Mitarbeiter Richtlinien über den Umgang mit dieser Software, insbesondere, welche Dateien darüber geteilt werden dürfen, wobei aber ziemlich schwer festzustellen ist, wie weit die diesbezügliche Umrahmung reicht.

Aus Sicherheitsgründen ist im Budget nicht jede einzelne Softwarelizenz einzeln aufgelistet.

Es wurde ein externes Assessment durchgeführt, um die Resilienz der Stadt Luxemburg im Informatikbereich zu überprüfen. Die dabei untersuchten Bereiche umfassen auch z.B. die Zugangskontrolle zu den kommunalen Gebäuden.

Es wurde angesprochen, dass andere Länder versuchen, ausschließlich auf europäische Lösungen zu setzen. Es gibt Bereiche, in denen dies nicht möglich ist. In diesen Bereichen müssen wir eben auf eine möglichst gute Absicherung setzen.

Es ist darauf hinzuweisen, dass die meiste Hardware und die meisten Chips entweder aus den USA oder aus China stammen. Eine hundertprozentige Sicherheit gibt es nicht, und man kann nicht mit Sicherheit sagen, dass jeder sich an alle Gesetze hält und dass es keine Datenlecks gibt.

Ich kann Ihnen jedenfalls versichern, dass die Stadt Luxemburg alles tut, um so resilient und so sicher wie möglich zu sein, und auch dafür erforderlichen Ausgaben nicht scheut.

3) Frage von Rätin Brömmel über die „Fête des voisins 2026“

Rätin Christa BRÖMMEL (déi gréng): Ein kürzlich erschienenen Rundschreiben des Familienministeriums befasst sich mit dem Nachbarschaftsfest. Für das Jahr 2026 ist dieses für den 22. Mai angekündigt. Das Ministerium teilt zudem mit, dass die Teilnahme künftig kostenlos sein wird und dass die Vereinigung ASTI angesichts der Auflösung der Vereinigung ALPS nun für die Koordination zuständig ist.

Die Stadt Luxemburg setzt sich seit vielen Jahren für das Zusammenleben in der Nachbarschaft ein und beteiligt sich an der Initiative der „Fête des voisins“. Allerdings stellt sie den Bürgerinnen und Bürgern die Bänke und Tische nur für das „offizielle“ Nachbarschaftsfest (also an dem oben genannten Datum) zur Verfügung. Daher müssen Nachbarschaften, die aus verschiedenen Gründen das Fest nicht am 22. Mai (sowie am 23. und 24. Mai) veranstalten möchten, dieses Material mieten, was mit Kosten verbunden ist. Zu diesen Gründen zählen unter anderem die unbeständigen Wetterbedingungen im Frühling (Kälte, Regen) oder der Beginn bzw. das Ende der Schulferien (viele Menschen sind bereits weg oder noch nicht zurückgekehrt). Daher ziehen es manche Nachbarschaften vor, das Fest erst später im Sommer zu veranstalten.

- Wird es Änderungen bei der Organisation des Nachbarschaftsfests geben, nachdem die Koordination nun von der ASTI übernommen wurde (für die Dienststellen der Stadt Luxemburg sowie für die Bürgerinnen und Bürger)?
- Beabsichtigt der Schöffenrat, den Einwohnern, die ihr Nachbarschaftsfest zu einem anderen Zeitpunkt vor den Sommerferien veranstalten möchten, Bänke und Tische zur Verfügung zu stellen?
- Kann der Schöffenrat eine Bilanz der vergangenen Veranstaltungen ziehen und den Gemeinderat über die Entwicklung der Beteiligung informieren, insbesondere über die Anzahl der Feste nach Stadtvierteln sowie über die erteilten Genehmigungen für die Nutzung von Parks oder die Sperrung von Straßen für den Verkehr?
- Welche Maßnahmen ergreift der Schöffenrat / die Stadt Luxemburg, um die Einwohner zu umweltbewusstem Verhalten (z. B. Abfallvermeidung/Recycling) zu motivieren? Wäre es denkbar, in Absprache mit der Umweltkommission und der Kommission für interkulturelles Zusammenleben einen Preis ins Leben zu rufen, um Nachbarschaften auszuzeichnen, die sich zur Einhaltung ökologischer Kriterien verpflichten?

Schöffin Corinne CAHEN: Ich danke Rätin Brömmel für die Werbung, die sie durch diese Frage für das Nachbarschaftsfest macht. Dieses Fest spielt eine wichtige Rolle, genauso wie die „Tiers-lieux“, die ebenfalls dafür sorgen, dass die Nachbarn sich begegnen und sich kennenlernen. Die Stadt unterstützt weiterhin dieses Fest und wirbt auch dafür. Unser Service IBS stellt den Einwohnern Material dafür zur Verfügung (Einladungskarten, Gadgets, Banner, usw.). Die Tische und Bänke werden nur an dem Wochenende, an dem das Fest stattfindet, zur Verfügung gestellt.

Der Service IBS zieht jedes Jahr eine Bilanz. Im Jahr 2025 wurden 36 Feste in 18 Vierteln organisiert, wobei die meisten (9) in Bonneweg stattfanden. Im Jahr 2024 waren es 70 Feste in 21 Vierteln, und auch in dem Jahr hatte Bonneweg mit zehn Veranstaltungen die Nase vorn. Es gibt also noch Luft nach oben. Rätin Brömmel hat aber zu Recht darauf hingewiesen, dass das Fest am ersten Wochenende der Pfingstferien stattfindet und viele Menschen zu der Zeit in den Urlaub fahren. Viele Expats sind ohnehin öfters am Wochenende nicht in Luxemburg.

Die Stadt Luxemburg unterstützt jedenfalls alle Initiativen, die „bottom-up“ von den Einwohnern kommen. Ich erinnere dabei z.B. an die „Initiative Cents“, die so viele Begegnungen organisiert, dass auf Cents praktisch jeden Tag eine Art Nachbarschaftsfest stattfindet. Das Angebot reicht dort von Walking, Yoga, Sprachkursen bis hin zu geselligem Beisammensein mit Essen und Trinken.

Was die Umweltmaßnahmen betrifft, stellt die Stadt Luxemburg ihre Expertise zur Verfügung, vom Service Hygiène über den Service Événements, Fêtes et Marchés bis hin zum Umweltdelegierten. Letztere hat Info-Blätter mit Empfehlungen, wie die Feste umweltfreundlich organisiert werden können, ausgearbeitet.

Die Banner sind wiederverwertbar und werden nach dem Nachbarschaftsfest wieder eingesammelt. Der Service Hygiène reinigt sie, damit sie im folgenden Jahr wieder eingesetzt werden können.

Die Organisation eines Wettbewerbs ist eine interessante Piste. Derzeit ist es unser Ziel, dass die Bürger die Empfehlungen des nationalen Labels „Green Events“ umsetzen. Der Umweltdelegierte stellt derzeit Überlegungen an im Hinblick auf eine weitere Sensibilisierung der Organisatoren, wobei auch ein Wettbewerb in Betracht gezogen werden könnte.

Auf der Internetseite der Stadt Luxemburg sind eine Reihe von Faltblättern zu finden mit praktischen Informationen für die Organisation von Festen (wiederverwertbare Becher, Nutzung des Fahrrads oder des öffentlichen Transports, Leitungswasser statt Wasser aus Flaschen, usw.).

4) Frage von Rätin Brömmel über die Kontrolle von (gesundheitsgefährdenden) Wohnungen

Rätin Christa BRÖMMEL (déi gréng): In der Antwort auf die parlamentarische Anfrage Nr. 3342 wird auf eine Studie des Observatoire de l'habitat verwiesen, wonach in der Stadt Luxemburg mehr als 400 Adressen identifiziert wurden, die „verschiedene Wohnformen kombinieren“. In den untersuchten Stadtvierteln wurden insgesamt 41 Adressen von Cafés ermittelt, wobei 29 Adressen als „café/immeuble locatif“ katalogisiert wurden, die „eher nach dem Prinzip eines in Wohnungen unterteilten Gebäudes funktionieren“. Es wird darauf hingewiesen, dass es sich hierbei nicht um eine vollständige Bestandsaufnahme handelt.

Gemäß dem Gesetz vom 20. Dezember 2019 sind zur Vermietung angebotene Zimmer bei der Gemeinde anzumelden, und

diese ist verpflichtet, die Kriterien hinsichtlich Gesundheit, Hygiene, Sicherheit und Bewohnbarkeit durchzusetzen.

- Wie hoch schätzt die Stadt Luxemburg die Anzahl der auf ihrem Gebiet zur Vermietung angebotenen Zimmer ein?
- Wie viele Meldungen über zur Vermietung angebotene Zimmer hat die Stadt Luxemburg in den Jahren 2023, 2024 und 2025 entgegengenommen?
- Über welche Informationen verfügt die Stadt hinsichtlich der Einhaltung der Bestimmungen des Gesetzes von 20219 durch diese Wohnungen?
- Wie viele dieser Unterkünfte wurden in den vergangenen drei Jahren kontrolliert? Zu welchen Feststellungen kam man dabei?
- Teilt der Stadtrat die Auffassung, dass die Kenntnis der Wohnformen eine wichtige Voraussetzung für die Überprüfung der Wohnqualität ist? Was unternimmt der Stadtrat, um sich einen besseren Überblick über die Verteilung der verschiedenen Wohnformen in der Stadt zu verschaffen?
- Welche Maßnahmen ergreift die Stadt, um Mieter und Untermieter über ihre Rechte zu informieren und sie dabei zu unterstützen?

Schöffin Corinne CAHEN: Die Schlussfolgerung von Rätin Brömmel ist richtig. Es stimmt, dass es manchmal schwierig ist, weil die Menschen auf ihre Wohnung angewiesen sind. Im Dezember 2025 hatte ich Rätin Miltgen auf eine ähnliche Frage geantwortet, die sich spezifisch mit den „chambres meublées“ („Cafészëmmeren“) beschäftigt hatte.

Wir schätzen, dass es auf dem Stadtgebiet 443 Wohnungen gibt, die als Zimmer vermietet werden. Diese Schätzung beruht auf den offiziellen Meldungen der Besitzer bzw. Betreiber – dass es dabei einen Unterschied gibt, vereinfacht die Sache natürlich nicht. Oft findet nämlich eine Untervermietung statt, z.B., wenn es sich beim Besitzer um eine Brauerei handelt, wie es der Fall ist für die Zimmer über Gaststätten („Cafészëmmeren“). Die Stadt Luxemburg steht in Kontakt mit den großen Brauereien, und es werden große Anstrengungen gemacht, um diese Zimmer zu renovieren und zu verbessern.

In den Jahren 2023 bis 2025 bezogen sich die Meldeformulare auf 59 Gebäude. Davon wurden 35 kontrolliert. Die Stadt erhielt Beschwerden bezüglich 77 Gebäude, von denen 27 kontrolliert wurden.

Zu den Mängeln, die im Rahmen dieser Kontrollen durchgeführt werden, zählen fehlende Genehmigungen, eine unzureichende Wohnungsfläche, das Fehlen einer Küchenzeile bzw. der fehlende Zugang zu einer Küche, die Nichteinhaltung von Sicherheitsvorschriften (Rauchmelder, Feuerlöscher, zweiter Fluchtweg, usw.), das Fehlen eines Raumes zum Wäschetrocknen sowie nicht konforme elektrische Einrichtungen. Werden solche Mängel festgestellt, erhält der Besitzer bzw. Betreiber einen Brief der Gemeinde, dass er für diese Mängel beheben muss.

Bei den Kontrollen wird u.a. überprüft, um welche Art von Wohnung es sich handelt (z.B. ob vom Typ „Airbnb“ oder nicht) und ob die genehmigten Pläne eingehalten wurden. Die Polizei und der CGDIS sind im Prinzip nicht bei den Kontrollen dabei. Ich empfehle die rezente Fernseh-Dokumentation über den „Service Logement“, die einen guten Einblick in dessen Arbeit gewährt. Das Ziel ist dabei stets, dass die Menschen unter würdigen Umständen in den jeweiligen Wohnungen leben können.

5) Frage von Rat Weidig bezüglich eines Angriffs auf eine 14-jährige Person

Rat Tom WEIDIG (ADR): In der Zeitung „L'Essentiel“ war heute Morgen zu lesen, dass am 19. März in Bonneweg eine 14-jährige Person in Bonneweg von einer Gruppe von Jugendliche überfallen wurde.

- Was weiß der Schöffenrat über diesen Vorfall und die Angeklagten?
- Sind ihm weitere Fälle dieser Art bekannt?
- Welche Maßnahmen trifft die Stadt Luxemburg gegen Angriffe auf Jugendliche?
- Welche Ratschläge hat Frau Bürgermeisterin an Eltern von Jugendlichen, um Letztere vor Angriffen zu schützen?

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Ich war doch erstaunt, als ich diese Frage heute Morgen erhielt, denn als gewählter Volksvertreter müsste Rat Weidig eigentlich wissen, dass weder der Bürgermeister noch die Stadt Luxemburg Zugang zu den gefragten Informationen hat. Die Stadt Luxemburg ist nicht die „Police judiciaire“, nicht die Polizei und nicht das Gericht.

Ich verfüge lediglich über die Informationen, die heute Morgen von der Staatsanwaltschaft in einer Pressemitteilung veröffentlicht wurden: dass es am 19. März im Park Kaltreis zu dieser Tat gekommen ist, dass es sich beim Opfer um eine 14-jährige Person handelt und bei den Tätern um 13- bis 17-Jährige, die anscheinend einer „bekannten Gruppe“ angehören. Die Staatsanwaltschaft sagt selbst, dass es sich um eine besonders schwerwiegende Tat handelt („que de tels agissements (...) constituent des faits d'une particulière gravité“), und dass die Täter sich selbst dabei gefilmt haben: *«Il ressort en outre de l'enquête que les faits ont été filmés par les auteurs eux-mêmes. Ces enregistrements, saisis dans le cadre des investigations, semblent avoir été réalisés dans une logique de mise en scène et de valorisation des actes commis, pouvant s'apparenter à une forme de 'trophée'»*. Das Dossier wurde vom Polizeikommissariat Bonneweg gleich an die „police judiciaire“ übermittelt, die zwölf spezialisierte Ermittler darauf angesetzt hat.

Es ist zu hoffen, dass rasch Klarheit geschaffen wird und Maßnahmen ergriffen werden, die nach einem derart schwerwiegenden, gewalttätigen Angriff erforderlich sind.

Ich möchte darauf hinweisen, dass ich heute Morgen auch von einer Einwohnerin auf Fälle von nächtlicher Ruhestörung im Park Kaltreis hingewiesen wurde, und dass der Schöffenrat vorsieht, eine Sicherheitsfirma, die im Stadtpark in der Oberstadt tätig ist, damit zu beauftragen, auch im Park Kaltreis einzusetzen.

V VERKEHR

Rat François BENOY (déi gréng): Wird während der „Schueberfouer“ der Verkehr für Radfahrer und Fußgänger im oberen Teil des Glacisfelds gewährleistet sein? In den vergangenen Jahren wurde der Radweg gesperrt, um Platz für Fahrgeschäfte und Essensbuden zu schaffen. Ist für dieses Jahr eine Lösung angedacht, um eine sichere Ausweichroute für Fußgänger und Radfahrer zu schaffen?

Der Schöffenrat hat die Umsetzung von acht Fahrradrouten angekündigt. Wie sieht der Zeitplan dafür aus?

Der Schöffenrat hat verkehrsberuhigende Maßnahmen in den Stadtteilen Hollerich, Merl, Belair und Limpertsberg in die Wege geleitet. Seither ist fast ein Jahr vergangen, ohne dass Projekte zur Verkehrsberuhigung weiterer Stadtteile vorgestellt wurden. Ich hatte erwartet, dass ein solches Projekt für den Stadtteil Bonneweg im Herbst 2025 vorgestellt wird. Wäre es möglich, ein Update bezüglich der Pläne des Schöffenrates zu erhalten?

Eine RTL-Reportage hat sich mit der Organisation der RGTR-Haltestellen befasst – u.a. im Stadtteil Kirchberg, aber auch in der Avenue Monterey. Auch wenn die RGTR-Haltestellen nicht im Kompetenzbereich der Stadt Luxemburg liegen, hat die Stadt Luxemburg dennoch ein Interesse daran, dass diese Haltestellen so organisiert sind, dass die Bürgerinnen und Bürger ihren Bus leicht finden. Inwiefern steht der Schöffenrat diesbezüglich mit dem städtischen Busdienst in Kontakt? Hat der Schöffenrat Kontakt zu den nationalen Autoritäten aufgenommen, um die RGTR-Haltestellen besser zu organisieren?

Rat Gabriel BOISANTE (LSAP): Wie immer werden wir die verschiedenen Regelungen, die eine Sperrung von Bürgersteigen im Rahmen von Baustellen zur Folge haben, nicht mittragen.

Die „Schueberfouer“ ist ein wichtiges Event im Veranstaltungskalender der Stadt Luxemburg. Wir teilen die Ansicht von *déi gréng*, dass die Sicherheit und die Mobilität der Radfahrer und Fußgänger im Bereich der „Schueberfouer“ gewährleistet sein muss, und haben Verständnis für punktuelle Verkehrsregelungen. Es gilt jedoch zu beachten, dass während der Schobermesse mehr Autos und Fußgänger in den umliegenden Stadtteilen unterwegs sind. Die Radwege im Stadtteil Limpertsberg sind abends und nachts nicht unbedingt gut beleuchtet. Viele Menschen, die hier zur „Fouerzäit“ unterwegs sind, kennen das Viertel nicht gut, so dass es z.B. in der Avenue Pasteur und auch im Bereich des Parks zu Beinaheunfällen kommt. Während der „Schueberfouer“, und auch während der Auf- und Abbauphase, muss deshalb für eine bessere Signalisierung sowie eine bessere Beleuchtung der Radwege gesorgt werden.

Es wurde uns berichtet, dass viele Autofahrer während der „Schueberfouer“ nicht bemerken, dass sie sich in einer Zone befinden, in der sich einen Parkschein lösen müssen. Eine bessere Beschilderung wäre daher wünschenswert.

Schöffe Patrick GOLDSCHMIDT: Meine Antwort auf die Frage über die Verkehrsregelung für Radfahrer im Bereich des Glacisfeldes während der „Schueberfouer“ ist dieselbe wie im vergangenen Jahr. Auf einem begrenzten Streckenabschnitt gilt auch dieses Jahr die Regelung „vélo à la main“ („Fahrräder bitte schieben“), da im Bereich der Tramhaltestelle nicht genügend Raum zur Verfügung steht, um einen Radweg ausweisen zu können. Die einzige Möglichkeit bestünde darin, den Radverkehr in den Straßenraum zu verlegen und dafür eine Fahrbahn für den Individual- und den Busverkehr zu opfern. Dies ist nicht vorgesehen, weshalb wir auch dieses Jahr wieder auf das Verständnis der Radfahrer hoffen, dass sie auf einer Strecke von 50 bis 100 Metern vom Rad absteigen und ihr Rad auf dem Gehweg schieben müssen.

Ganz allgemein hat die Stadt Luxemburg – so wie auch die Nachbargemeinden – große Anstrengungen unternommen, um weniger motorisierten Verkehr in Richtung „Schueberfouer“ anzuziehen. Neben den normalen Buslinien kommen Pendelbusse zum Einsatz sowie auch Spezialbusse, die am Parking Bouillon abfahren. Diese Angebote werden von vielen Besuchern genutzt. Vor einigen Jahren wurde zudem das gebührenpflichtige Parken z.B. im Stadtteil Limpertsberg eingeführt, was dazu führt, dass weniger Autofahrer das Viertel anfahren, um dort nach einem Parkplatz zu suchen. Sollte es Signalisierungsdefizite geben, würde ich Sie bitten, dem

Verkehrsdienst diese mitzuteilen. Dieser ist stets bemüht, die geltende Parkregelung bestens auszuschildern. Sollte die Beleuchtung an verschiedenen Stellen nicht hell genug sein, würde ich Sie bitten, uns auch diese Stellen mitzuteilen. Der Verkehrsdienst wird die verschiedenen Stellen in Bezug auf Ausschilderung und Beleuchtung erneut prüfen.

Rat Benoy hat sich nach dem Zeitplan zur Umsetzung der angekündigten Fahrradrouten erkundigt. Bei der Ankündigung dieser Projekte wurde deren Umsetzung für die Jahre 2026 und 2027 vorgesehen. Der Schöffenrat hofft, dass es mit der Umsetzung so schnell wie möglich klappen wird. Der Verkehrsdienst hat Ausführungsprojekte ausgearbeitet, die an den *Service Voirie* weitergeleitet werden. Es bleibt zu sehen, ob die Projekte ausgeschrieben werden müssen oder nicht. Wir hoffen, mit der einen oder anderen Umsetzung so bald wie möglich beginnen zu können. Nicht alle Projekte werden zur gleichen Zeit umgesetzt werden können. Parallel zur Umsetzung der acht Fahrradrouten soll die Situation für den Radverkehr an anderen Stellen weiter verbessert werden.

Rat Benoy hat nach dem Zeitplan für die Verkehrsberuhigung in den Stadtvierteln gefragt. Der Schöffenrat wird dieses Projekt fortsetzen. Es bleibt nicht aus, dass Neues anfangs oft auf Kritik stößt. Nach einer gewissen Zeit werden die Maßnahmen positiv gewertet und die meisten Bürgerinnen und Bürger sind dann mit den Neuerungen zufrieden. Wir warten die letzten Schlussfolgerungen ab, bevor wir gegebenenfalls in dem einen oder anderen Viertel noch Anpassungen vornehmen werden. Der Mensch, die Welt, nicht alles ist perfekt. Wir werden deshalb gegebenenfalls Anpassungen vornehmen. Zu gegebenem Zeitpunkt, wenn die Pläne vorliegen, werden weitere Stadtteile im Rahmen des Pilotprojektes folgen.

In der RTL-Reportage wurde irrtümlicherweise das städtische Busnetz unter einem negativen Licht dargestellt, während sich die Probleme in Wirklichkeit im Zusammenhang mit RGTR-Haltestellen stellen. In der Reportage ging es u.a. um die RGTR-Haltestelle im Bereich der Luxexpo in Kirchberg. Es hieß, es sei nicht immer klar, wo die Busse stehen, und wegen Platzmangels komme es zu gefährlichen Situationen. Bezüglich der Avenue Monterey wurde kritisiert, dass die dortige RGTR-Bushaltestelle unorganisiert sei. Die Stadt Luxemburg ist nach wie vor der Ansicht, dass die RGTR-Busse die Peripheriebahnhöfe anfahren sollen, da es problematisch ist, wenn Hunderte Nicht-AVL-Busse im Hyperzentrum parken, wenn die Fahrer eine Pause einlegen. In einigen Monaten werden die Bauarbeiten im Bereich des Bd. Prince Henri anlaufen. Auf dem Streckenabschnitt zwischen der Avenue Marie-Thérèse und der Avenue Monterey sind viele nicht städtische Busse unterwegs. Ich kann bestätigen, dass die Stadt Luxemburg bezüglich der Organisation der Haltestellen mit der RGTR-Verwaltung in Kontakt steht. Bisher ist kein Peripheriebahnhof vorgesehen, um das Hyperzentrum zu entlasten. Das Ziel muss aber darin bestehen, dass die RGTR-Linien an Peripheriehaltestellen außerhalb des Stadtzentrums enden und Fahrgäste ihre Fahrt mit der Trambahn und den städtischen Bussen fortsetzen – im Interesse sowohl des öffentlichen Transports als auch des öffentlichen Raumes im Allgemeinen.

*Die Verkehrsregelungen, die eine Sperrung von Bürgersteigen während Bauarbeiten vorsehen, werden bei Enthaltung der LSAP-Vertreter gutgeheißen. Die Verkehrsregelung betr. den Streckenabschnitt, auf dem Fahrräder während der „Schueberfouer“ geschoben werden müssen, wird bei Enthaltung der Vertreter von *déi gréng* und *déi Léng* gutgeheißen. Die übrigen temporären Maßnahmen und definitiven Änderungen an der kommunalen Verkehrsordnung werden einstimmig gutgeheißen.*

VI KONVENTIONEN

- 1) Das Syndikat SIDOR gewährt der Stadt Luxemburg unentgeltlich eine Dienstbarkeit an dem unter der Nummer 1939/8008 im Kataster der Gemeinde Leudelingen eingetragenen Grundstück, um der Stadt die Errichtung, Instandhaltung und den Betrieb eines Wärmetransportnetzes zu ermöglichen. Zweck ist der Transport der in der Müllverbrennungsanlage des SIDOR erzeugten Wärme zum städtischen Kraftwerk „ECCO“ (zur Energieversorgung des Stadtteils Gasperich).

Die Konvention wird einstimmig gutgeheißen.

- 2) Die Stadt Luxemburg vermietet der Vereinigung „hqLX a.s.b.l.“ einen Teil des kommunalen Gebäudes gelegen 50, Route d'Arlon, in dem ehemals die Feuerwehr untergebracht war, um dort kulturelle Aktivitäten zu organisieren. Die vermieteten Räumlichkeiten umfassen eine Gesamtfläche von 568,34 Quadratmetern, darunter insbesondere eine Mehrzweckhalle von 407,12 Quadratmetern, in denen früher die Einsatzfahrzeuge geparkt waren. Die Räumlichkeiten umfassen des Weiteren zwei Büros, einen Küchenbereich mit Kochnische und sanitäre Einrichtungen mit barrierefreien Toiletten. Der Mietvertrag gilt ab dem 1. April 2026 für eine anfängliche Laufzeit von drei Jahren, mit stillschweigender Verlängerung von Jahr zu Jahr. Die jährliche Miete beträgt 120 €.

Rat Robert PHILIPPART (DP): Auch, wenn der Mietpreis mit 120 € pro Jahr niedrig ist und somit nur Symbolcharakter hat, handelt es sich um ein für die Stadt Luxemburg sehr wichtiges Projekt. Es schreibt sich klar in die Ambition der Stadt ein, die kulturelle Landschaft nachhaltig weiterzuentwickeln. Das Projekt fußt auf dem Konzept einer Art „tiers lieu culturel“, initiiert von der *Coordination culturelle* der Stadt Luxemburg in Zusammenarbeit mit dem *Service Biens*.

Die Vereinigung „hqLX“ wurde erst vor kurzem gegründet. Ihre Statuten hat sie am 4. Juli 2025 hinterlegt. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, artistische und kulturelle Praktiken mit einer reflektierenden Ausrichtung zu fördern, zu unterstützen und zu vernetzen. Es handelt sich um einen engagierten Akteur im lokalen und urbanen Raum, der Platz für Begegnung, für Forschung und Austausch von Wissen unterstützt. Die Vereinigung visiert soziale Dynamiken, interkulturelles Zusammenleben und institutionelle Zusammenarbeit. Sie ist in den Bereichen Architektur, zeitgenössische Kunst, künstlerische Darbietungen und Musik tätig. Dabei legt sie besonderen Wert auf eine transeuropäische Vernetzung im Sinne von Integration und sozialer Kohäsion. Zu ihren Aufgaben zählen die Verwaltung und Programmierung eines Kulturraumes mit einem breiten Spektrum und Formaten wie Ausstellungen, Konzerten, Darbietungen, Ateliers, Konferenzen, Debatten und Kommunikationsevents sowie die Realisierung von externen Produktionen. Die Vereinigung setzt außerdem auf die Einrichtung von ortsansässigen Arbeitsgruppen, in denen engagierte Mitglieder zusammen an der Konzeption und Umsetzung von gemeinsamen und kooperativ orientierten Formaten arbeiten. Eine Charakteristik des Konzeptes besteht darin, ungenutzten Räumen, wie z.B. leerstehende Gebäude – hier ein ehemaliges Feuerwehrgebäude – oder verlassene Industriestandorte, eine neue Nutzung im Dienst der Allgemeinheit zu geben. Die Vereinigung plant ein vielseitiges Programm, die Einrichtung eines Cafés für Austausch und Geselligkeit. Die Statuten der Vereinigung geben demnach Aufschluss darüber, wie die ehemalige Feuerwehrkaserne genutzt werden soll.

Der Wille des Schöffenrates, die ehemalige Feuerwehrkaserne kulturell zu nutzen, schreibt sich in die Erkenntnisse

des amerikanischen Stadtforschers Richard Florida zur Stadtviertelentwicklung ein. Richard Florida vertritt die Meinung, dass Künstler verlassenen Vierteln neues Leben einhauchen und neue Identitäten schaffen können. Diese Sichtweise fußt auf seiner Theorie, dass Künstler und ihre Beiträge zur Kultur und Technologie, Städte und Kommunen bereichern sowie die wirtschaftliche und soziale Dynamik fördern. Richard Florida argumentiert, dass Künstler und ihre Projekte nicht nur die kulturelle Diversität stärken, sondern auch zur wirtschaftlichen Entwicklung und zur sozialen Kohäsion in Städten und Kommunen beitragen können. Die Nutzung der ehemaligen Feuerwehrkaserne schreibt sich demnach in die Überlegung zur Entwicklung des künftigen Wohnviertels „Stade“ ein.

Im Rahmen der „Apéritours“ haben die Einwohner des Viertels die Idee zur Nutzung der ehemaligen Feuerwehrkaserne mitangeregt. Der lokale Interessenverein Merl-Belair unterstützt das Projekt. Dies zeigt, dass die Ideen und Vorschläge der Bürger Gehör finden. Für das bestehende und das zukünftige Viertel ist es wichtig, eine partizipative und inklusive Kultur zu fördern, unterschiedliche Gruppen zu erreichen und Bürger aktiv in kreative Prozesse einzubinden sowie die Zusammenarbeit und Interdisziplinarität zwischen Künstlervereinigungen, Institutionen und Akteuren zu unterstützen. So entsteht ein Labor für neue Formen von Kreativität und Zusammenleben. Das Projekt reagiert zudem auf den Mangel an flexiblem Raum für Kreativität, Experimentierfreudigkeit und Zusammenarbeit als Ergänzung zu bestehenden kulturellen Strukturen. Das Projekt wird zum „tiers lieu culturel“, der von der *Coordination culturelle*, zusammen mit wichtigen Partnern wie dem „Casino Luxembourg“ und der Uni Luxemburg, unterstützt wird. Es handelt sich um ein Pilotprojekt mit einem innovativen Konzept, für das es wahrscheinlich kaum andere Kandidaten mit einem vergleichbaren Programm gibt, um den Standort der ehemaligen Feuerwehrkaserne zu beleben.

Um kommerzielle Gewinne für die Vereinigung „hqLX“ auszuschließen, müssen sämtliche Tarife für die verschiedenen Dienste vom „Comité de pilotage“ unter der Leitung der *Coordination culturelle* validiert werden. Die Miete ist niedrig angesetzt, da die Räumlichkeiten nicht zu einem kommerziellen, sondern zu einem kulturellen Zweck genutzt werden.

Aufgrund architektonischer Einschränkungen (Notausgänge) können das erste und zweite Stockwerk des Gebäudes nicht für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Demnach war es wichtig, den im Untergeschoss zur Verfügung stehenden Raum optimal aufzuteilen und gleichzeitig den geltenden Sicherheitsstandards Rechnung zu tragen.

Die Programme sollen Einwohner, Studenten, Künstler und Institutionen mit hybriden Formaten zusammenbringen. Das Projekt wird vom Lenkungsausschuss der Stadt Luxemburg begleitet. Dies wird die Zugänglichkeit für ein breites Publikum gewährleisten.

Das Projekt und der Standort sind als Startimpuls für das künftige Wohnungsbauprojekt „Stade“ und als offenes, experimentelles und kulturelles Zentrum zu sehen. Es handelt sich demnach um ein sehr wichtiges Projekt, das dem Viertel eine neue Dimension verleiht das kulturelle Angebot in der Hauptstadt erweitert. Ich beglückwünsche den Schöffenrat für diese Initiative. Ich kann dieses Projekt nur unterstützen.

Rätin Maxime MILTGEN (LSAP): Die Initiative, der Vereinigung „hqLX“ die ehemalige Feuerwehrkaserne an der Route d'Arlon zur Verfügung zu stellen, um dort eine Kulturstätte aufzubauen, ist nicht nur eine hervorragende Idee, sondern ist auch ein Beispiel moderner, nachhaltiger Politik. Da die ehemalige Feuerwehrkaserne noch etliche Jahre leer stehen wird, bevor sie im Rahmen der Umsetzung des Wohnungsbauprojektes „Stade“ abgerissen wird, bietet sich das Gebäude aufgrund seiner Struktur für Events, Ausstellungen und alle Arten

von Kulturveranstaltungen an. Es handelt sich nicht nur um ein pragmatisches, sondern auch um ein für die Kulturszene wichtiges Projekt.

Dass solche Projekte wichtig und richtig sind, geht auch aus Studien hervor. Die Studie „Temporary uses of urban spaces: How are they understood as creative?“ zeigt deutlich, dass eine vorübergehende Nutzung von Gebäuden eine aktive wirtschaftliche Dynamik, soziale Werte und symbolisches Kapital schaffen können. Künstler werden in dieser Studie als zentrale Akteure in der Reaktivierung von Stadträumen identifiziert. Eine andere Studie „Temporary uses in contemporary spaces“, veröffentlicht im Fachjournal „Cities“, hebt eine Zwischennutzung als strategisches Instrument im Urbanismus hervor. Eine Zwischennutzung verbessert die Lebensqualität, schafft neue soziale Dynamiken und kann flexibel auf die Bedürfnisse von Bürgern und Bürgerinnen reagieren.

Solche Initiativen haben nicht nur einen kulturellen Mehrwert, sondern können auch konkrete wirtschaftliche Effekte generieren. Sie können die Identität eines Viertels stärken und die Gemeinschaften wieder näher zusammenbringen. Beispiele von ähnlichen Projekten im Ausland zeigen, dass Projekte, auch wenn sie klein angefangen haben, einen großen, nachhaltigen Impact auf die Kulturszene einer Stadt haben können. Hier wäre z.B. das Projekt „Tacheles“ aus Berlin zu nennen, ein Projekt, das gezeigt hat, dass eine temporäre Kunstinitiative zu einem weltbekannten Symbol einer kreativen Stadt werden kann. Oder in Paris, wo das Projekt „Les grands voisins“ gezeigt hat, wie man Kultur, Sozialpolitik und Stadtentwicklung intelligent verbinden kann. Ein anderes positives Beispiel findet sich in der Stadt Luxemburg, wo das „Aalt Schluechthaus“, das anfangs von Skatern und Sprayern genutzt wurde, immer mehr zu einem Ort für kulturelle Events wurde, ein Standort, in den die Stadt Luxemburg Geld investieren wird, um hier ein interessantes Kulturzentrum zu schaffen. Die genannten Projekte haben gemeinsam, dass sie als Zwischenlösungen entstanden sind. Keines dieser Projekte war als Projekt größeren Ausmaßes geplant und doch haben sie etwas Großes ausgelöst. Anstatt sofort die Bagger anrollen zu lassen und dann zu riskieren, dass das Gelände als Parkplatz genutzt wird, oder Gebäude leer stehen zu lassen, können Projekte entstehen, die für die Kulturszene, die Stadtteile und die Bürgerinnen und Bürger positiv sind.

Solche Initiativen brauchen politischen Mut, weshalb wir dieses Projekt begrüßen und unterstützen.

Rätin Liudumila BRANCA (déi gréng): déi gréng unterstützen seit vielen Jahren die Entwicklung leerstehender Flächen in unserer Stadt. Diese Orte müssen genutzt und für Kreativität, Kultur und Bürgerinitiativen geöffnet werden. Insofern erscheint uns das von der Vereinigung „hqlX“ zu leitende Projekt absolut relevant, und wir unterstützen die Nutzung der ehemaligen Feuerwehrkaserne. Wir begrüßen auch, dass die Stadt eine Fläche von über 500 m² zu einer symbolischen Miete zur Verfügung stellt, was ein starkes Signal im Interesse des Vereins- und Kultursektors darstellt.

Wir möchten jedoch eine grundsätzliche Frage aufwerfen. Wir finden in der Vereinbarung keine Angaben zum Auswahlverfahren für den Verein. Es stellt sich daher die Frage: Was würde geschehen, wenn andere Vereine Interesse an einer solchen Räumlichkeiten hätten? Gibt es klare Kriterien, ein transparentes Verfahren, eine Ausschreibung? Der Zugang zu öffentlichen Räumlichkeiten muss unter fairen und transparenten Rahmenbedingungen erfolgen, damit die Chancengleichheit zwischen den verschiedenen Vereinsinitiativen gewährleistet ist.

Wir stellen das Projekt, das wir selbstverständlich unterstützen, nicht in Frage. Wir sind jedoch der Ansicht, dass es für die Zukunft wichtig wäre, strukturierte Mechanismen einzuführen, die es auch anderen Vereinigungen ermöglichen,

Anträge zu stellen. Dies würde sowohl die Transparenz und Legitimität der Entscheidungen als auch die Vielfalt der von der Stadt geförderten Projekte stärken.

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Es freut mich festzustellen, dass das Projekt auf allen Bänken begrüßt wird. Im Rahmen des Architektenwettbewerbs zur Urbanisierung des großen Geländes an der Route d'Arlon war festgehalten worden, dass verschiedene Gebäude erhalten bleiben. Dazu zählen die ehemalige Feuerwehrgarage und auch die dahintergelegenen Gebäude, wo sich früher Pferdeställe befanden.

Die Stadt Luxemburg stellt die bestehende Mehrzweckhalle zur Verfügung. Die jährliche Miete beträgt 120 €. Die Projektkosten werden von der Vereinigung „Oeuvre nationale de secours Grande-Duchesse Charlotte“ getragen. Diese hatte einen Wettbewerb in der Kunstszene zur Belegung eines „tiers lieu culturel“ ausgeschrieben. Unter den eingegangenen Kandidaturen wurde die Vereinigung „hqlX“ zurückbehalten. Letztere wird in den kommenden drei Jahren für die Belegung des Standortes verantwortlich zeichnen, doch diese Belegung erfolgt in Zusammenarbeit mit anderen Akteuren (Künstlern, Musikern, Theatergruppen, Tanzgruppen, usw.). Jeder, der in diesem Rahmen mitarbeiten kann oder will, kann sich an die Vereinigung wenden. Ich bin sicher, dass die Vereinigung für gute und interessante Ideen offen ist.

In drei Jahren soll das neue Leichtathletikstadion in Hamm fertiggestellt sein. Dann gilt es zu warten, bis der Hygienesdienst und das Recycling-Center umgezogen sind. Selbst wenn dies noch länger dauern wird, hindert uns dies nicht daran, kontinuierlich am Wohnungsbauprojekt „Route d'Arlon“ weiterzuarbeiten. Ich freue mich auf interessante Veranstaltungen in der Mehrzweckhalle.

Die Konvention wird einstimmig gutgeheißen.

- 3) Die Gesellschaft „I.S. S.à r.l.“ tritt unentgeltlich ein Grundstück („jardin“) (10,13 Ar) gelegen Rue de Rollingergrund an die Stadt Luxemburg ab. Zweck: Umsetzung des Flächennutzungsplans (Grünkorridor im Bereich der Rue de Rollingergrund).

Die Konvention wird einstimmig gutgeheißen.

- 4) Konvention zwischen der Stadt Luxemburg und der Vereinigung „Bazar International de Luxembourg“ im Zusammenhang mit der Organisation des „Bazar International de Luxembourg“, einer jährlich in der Luxexpo „The Box“ stattfindenden Wohltätigkeitsveranstaltung, deren Erlös humanitären Projekten in Luxemburg und im Ausland zugutekommt. In diesem Rahmen verpflichtet sich die Stadt, die Vereinigung finanziell bei der Miete der angemieteten Räumlichkeiten zu unterstützen. Der Beitrag der Stadt beträgt 60.000 € pro Ausgabe für die Jahre 2025 (rückwirkend), 2026 und 2027. Zu den Bedingungen gehört, dass das Festival in den Räumlichkeiten der Luxexpo S.A. stattfinden muss, und dass der Zuschuss ausschließlich zur Deckung der Mietkosten genutzt wird. Über einen Nachtragskredit in Höhe von 120.000 € im ordentlichen Haushaltsplan 2026 ist abzustimmen.

Rätin Colette MART (DP): Ich begrüße, dass die Stadt Luxemburg die Kosten zur Anmietung der Luxexpo-Räumlichkeiten für die Organisation des „Bazar International de Luxembourg“ trägt. Es ist dies eine Wertschätzung für die Organisation einer Veranstaltung, die von großer kultureller Bereicherung ist und die seit langen Jahren jährlich auf dem Gebiet der Hauptstadt stattfindet.

Mit dem „Bazar International“ rückt die Freiwilligenarbeit in den Vordergrund. In einer Zeit und in einer Gesellschaft, in der nicht jeder an jene Menschen denkt, denen es nicht so gut geht, kommt der ehrenamtlichen Tätigkeit eine wichtige Bedeutung zu. Es ist eine Solidaritätsgeste, die wir als Stadt Luxemburg unterstützen. Diese Veranstaltung unterstreicht auch die Bedeutung von Multikulturalismus und Kreativität sowie die Möglichkeiten, wie sich die Bürger engagieren können und wie jeder seinen Horizont erweitern kann.

Die Mietkosten stellen für die Vereinigung hohe Ausgaben dar und es ist wichtig, dass wir als Stadt Luxemburg dabei helfen, einer Initiative, die beispielhaft ist, und dem verdienten Erfolg Sichtbarkeit zu verleihen.

Rat Gabriel BOISANTE (LSAP): Der „Bazar International“ steht ganz oben auf unserer Jahresagenda. Es handelt sich um eine besondere Veranstaltung, die uns immer wieder daran erinnert, dass wir eine multikulturelle Gesellschaft sind, mit vielen unterschiedlichen Traditionen – und kulinarischen Gerichten. Als Jugendlicher habe ich den „Bazar International“ kennengelernt, als die Veranstaltung noch in einer einzigen Halle der Luxexpo stattfand. Ich habe schöne Erinnerungen daran und jedes Jahr, wenn ich dorthin zurückkehre, freue ich mich, dass nun auch meine Kinder diese Veranstaltung entdecken, die Stärke unserer Gesellschaft erleben und dort Menschen aus den verschiedensten Kulturen treffen können.

Das Zusammenleben gemeinsam zu feiern und die Kulinarik anderer Kulturen kennenzulernen, stellt die Basis für eine pazifistische Geselligkeit dar. Die verschiedenen Nationalitäten sind mit einem Stand auf dem „Bazar International“ vertreten. Alle diese Freiwilligen leisten eine hervorragende Arbeit und es steht uns nicht zu, diese Menschen über die Politik, die in ihrem Herkunftsland betrieben wird, zu beurteilen. Allerdings würde ich vorschlagen, dass die Vertreter von Herkunftsländern, in denen es Konflikte gibt, ein Friedenszeichen an ihrem Stand anbringen, um kundzutun, dass sie stolz darauf sind, einen Teil ihres Land darzustellen zu können, sie jedoch Pazifisten sind. Die Stadt Luxemburg sollte in diesem Sinne mit dem Organisator Kontakt aufnehmen. Im Gemeinderat, in unserem Land, in Europa verteidigen wir das Friedensprinzip. Vergangenes Jahr war es im Rahmen des „Bazar International“ zu verschiedenen Zwischenfällen gekommen. Nicht die Außen- oder Innenpolitik des Herkunftslandes sollen sichtbar gemacht werden, sondern die Kultur des Landes, und viele Freiwillige arbeiten das ganze Jahr über daran, uns diese näherzubringen. Der „Bazar International“ ist eine wichtige Veranstaltung, weshalb wir die verschiedenen Länder bitten sollten, an jenem Tag neben ihrer Nationalfahne eine Friedensfahne anzubringen.

Rätin Emilie COSTANTINI (CSV): Die vorliegende Konvention ist ein gutes Beispiel dafür, wie wir als Stadt Luxemburg Initiativen unterstützen. Der „Bazar International“ stellt nicht nur ein wichtiges Event in der Stadt Luxemburg dar, sondern ist vor allem auch eine starke Plattform für Solidarität und humanitäre Projekte. Die Stadt Luxemburg unterstützt die Organisation des „Bazar International“ mit 60.000 € pro Ausgabe. Damit geben wir dem Organisator Stabilität und Sicherheit, um seine Arbeit planen und weiterführen zu können. Unsere Fraktion unterstützt die vorliegende Konvention voll und ganz. In einer gemeinsamen Sitzung der betroffenen beratenden Kommissionen wurde die Konvention einstimmig positiv begutachtet.

Rat Tom WEIDIG (ADR): Der „Bazar International“ ist ein wichtiges Event und auch wir freuen uns, dort mehr über die verschiedenen Kulturen zu erfahren und ihre traditionellen Gerichte probieren zu können. Mich würde es freuen, wenn der luxemburgische Stand etwas größer wäre.

Vergangenes Jahr ist es im Zusammenhang mit dem Stand von Israel zu Problemen gekommen. Welche Maßnahmen werden vom Organisator ergriffen, damit dieses Jahr alles in geordneten Bahnen verläuft?

Ich bin der Ansicht, dass jedes Land mit einem Stand vertreten sein sollte, auch Länder wie Israel, Iran und Russland, sofern sie vor Ort keine politischen Aussagen machen. Jedes Land sollte seine Kultur vorstellen können. Politische Aussagen sollten jedoch unterbunden werden. Im Mittelpunkt des „Bazar International“ stehen die verschiedenen Kulturen. Ich meine nicht, dass es gut wäre, Friedensfahnen vorzusehen, denn was für den einen Frieden bedeutet, sieht ein anderer vielleicht als Unterdrückung. Die Stadt Luxemburg sollte darauf bestehen, dass es sich um eine apolitische Veranstaltung handelt, ohne politische Aussagen und Symbole.

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Es freut mich, dass auch diese Konvention auf einstimmige Zustimmung stößt. Wir können froh sein, in einem Land leben zu können, in dem eine Veranstaltung wie der „Bazar International“ möglich ist. Sie ist das beste Beispiel für das „vivre ensemble“.

Schöffin Corinne CAHEN: Es ist die Vielfalt, die unser Land, unsere Stadt ausmacht. Diese Vielfalt macht uns stark. Wir können zeigen, was Zusammenleben bedeutet und wie es gelebt wird: einer von dem anderen lernen, einer den anderen kennenlernen, andere nicht zu beurteilen, sondern schätzen zu lernen, was man bisher vielleicht nicht kannte. Ich kann mich über die große Zustimmung daher nur freuen.

Es sei erneut darauf hingewiesen, dass die Stadt Luxemburg nicht Organisator des „Bazar International“ ist. Der Schöffenrat wird dem Organisator die in der Diskussion vorgebrachten Bemerkungen mit auf den Weg geben.

Die Kontrollen, die vergangenes Jahr an den Eingängen zur Veranstaltung durchgeführt wurden, waren sehr professionell. Der „Bazar International“ zeichnet sich durch ein sehr besonderes Ambiente aus, weshalb ich die Aussage, dass die Veranstaltung apolitisch sein sollte, voll unterstützen kann. Die Mitglieder der Vereinigungen, die dort vertreten sind, arbeiten das ganze Jahr über daran, um mit dem Geld, das sie an den beiden Tagen einnehmen, NGO-Projekte zu unterstützen.

Beim „Festival des migrations“, das am vergangenen Wochenende stattfand, und beim „Bazar International“ handelt es sich um zwei Veranstaltungen, die uns, jede auf ihre Art und Weise, die Möglichkeit bieten, andere Kulturen kennenzulernen. Selbstverständlich machen wir uns als Unterstützer der beiden Veranstaltungen auch Gedanken darüber, wie wir solche Veranstaltungen allgemein näher an die Bürger heranbringen können, damit auch Menschen, die noch nicht für Themen wie kulturelle Vielfalt und Migration sensibilisiert sind, den Weg dorthin finden. Zusammen mit den Organisatoren findet ein Brainstorming statt, wie wir dies erreichen können.

Es war viel von den kulinarischen Angeboten auf dem „Bazar International“ die Rede. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass die angebotenen Gerichte nicht mehr in den Luxexpo-Hallen zubereitet werden dürfen: gekocht werden muss draußen. Das gilt für alle Veranstaltungen, wo Gerichte zum Verzehr angeboten werden.

Wir alle sollten nach außen tragen, wie wichtig es ist, einander zuzuhören – auch wenn wir nicht immer die Meinung des anderen teilen –, und zeigen, dass wir in Frieden leben möchten.

Die Konvention wird einstimmig gutgeheißen.

- 5) Die Konvention zwischen der Stadt Luxemburg und der Vereinigung „Association de soutien aux travailleurs immigrés“ (ASTI) regelt die Zusammenarbeit beider Parteien im Rahmen des Projekts „Internetstuf“ im Stadtteil Eich. Ziel des Projekts ist die Förderung der digitalen Inklusion und Teilhabe der Bürger durch den Zugang zu Computern, Schulungen und Unterstützung im Umgang mit digitalen Werkzeugen. In diesem Rahmen organisiert die ASTI Schulungen, insbesondere basierend auf dem Programm „Internetführerschäin“, und Workshops, die auf die Bedürfnisse der Öffentlichkeit zugeschnitten sind. Die Vereinigung bietet Nutzern außerdem individuelle Unterstützung, insbesondere bei der Nutzung digitaler Werkzeuge und der Erledigung von Online-Behördengängen.

Für die Umsetzung des Projekts stellt die Stadt Luxemburg der Vereinigung vorübergehend einen Teil der Räumlichkeiten gelegen 145, Rue de Mühlenbach sowie Räumlichkeiten im Kulturzentrum Eich zur Verfügung. Später werden die Aktivitäten in die ehemaligen Räumlichkeiten des Projekts „Internetstuf“ verlegt, die dem „Fonds du Logement“ gehören, sobald diese verfügbar sind.

Die Stadt gewährt der ASTI einen jährlichen Zuschuss von maximal 145.000 € zur Deckung der laufenden Projektkosten. Voraussetzung ist die Durchführung eines Schulungsprogramms mit 360 Unterrichtsstunden, aufgeteilt in 32 Kurse, für rund 250 Teilnehmer sowie die wöchentliche Öffnung der „Internetstuf“ für 30 Stunden.

Die Konvention tritt am 1. April 2026 für eine anfängliche Laufzeit von drei Jahren in Kraft.

- 6) Zusatzvertrag zur Konvention zwischen der Stadt Luxemburg und CLAE Services (Centre de liaison, d'information et d'aide pour les associations issues de l'immigration au Luxembourg) über das Projekt „Internetstuf“. Ziel dieses Projekts ist die Stärkung der digitalen Teilhabe der Bürger durch Schulungen, Workshops und Unterstützung im Umgang mit digitalen Werkzeugen. In diesem Rahmen organisiert CLAE Services Schulungen auf Basis des modularen Programms „Internetführerschäin“, das vom Ministerium für Bildung, Kinder und Jugend anerkannt ist, sowie Workshops und Aktivitäten, die auf die Bedürfnisse der Öffentlichkeit zugeschnitten sind, wie beispielsweise das „Smartphone Café“ oder Schulungen zur Nutzung digitaler Dienste wie Online-Banking. Die Vereinigung bietet außerdem regelmäßig offene Sprechstunden an, um den Austausch und die Weiterentwicklung digitaler Kompetenzen zu fördern.

Der Zusatzvertrag sieht eine Anpassung der im ursprünglichen Vertrag festgelegten finanziellen Bedingungen vor. Der jährliche Beitrag der Stadt wird von 133.500 € auf 145.000 € erhöht, damit CLAE Services alle Kosten im Zusammenhang mit der Durchführung des Projekts „Internetstuf“ decken kann. Die Anpassungen treten am 1. April 2026 in Kraft.

- 7) Zusatzvertrag zur Konvention zwischen der Stadt Luxemburg und der Vereinigung „ErwuesseBildung“ (EwB) über die Durchführung des Projekts „Internetstuf“. Ziel dieses Projekts ist die Förderung der digitalen Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger durch Schulungen, Workshops und Unterstützungsangebote zur Stärkung ihrer digitalen Kompetenzen. In diesem Kontext bietet die EwB Schulungen auf Basis des Programms „Internetführerschäin“ sowie verschiedene, auf die Bedürfnisse der Teilnehmer zugeschnittene Kurse und Workshops an. Die Vereinigung organisiert außerdem offene Veranstaltungen im Bereich „Internetstuf“.

Der Zusatzvertrag dient der Anpassung bestimmter Bestimmungen. So werden beispielsweise die von der Vereinigung im Rahmen des Projekts angebotenen Dienste modifiziert. Dazu

gehört die Durchführung eines jährlichen Unterstützungsprogramms zur Nutzung digitaler Geräte mit insgesamt 460 Stunden, aufgeteilt in Gruppenschulungen, individuelle Unterstützung im Rahmen des „Smartphone Café“ und Einzelberatungen. Außerdem wird festgelegt, dass der Bereich „Internetstuf“ von Dienstag bis Donnerstag außerhalb der Schulungszeiten zu bestimmten Zeiten öffentlich zugänglich ist.

Der Zusatzvertrag sieht außerdem eine Anpassung der Bedingungen für den Beitrag der Stadt Luxemburg vor. Die jährliche finanzielle Beteiligung wird von 133.500 € auf 145.000 € erhöht, um insbesondere Ausgaben für Arbeitsstellen, Miete, Software und Computerhardware zu decken. Die Anpassungen treten am 1. April 2026 in Kraft.

Rätin Liudumila BRANCA (déi gréng): In einer Gesellschaft, in welcher der Zugang zu Dienstleistungen, Rechten und Informationen zunehmend digital erfolgt, ist die Gewährleistung der notwendigen Fähigkeiten für alle eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Die Aktionen von ASTI, CLAE Services und „ErwuesseBildung“ ermöglichen es uns, Zielgruppen zu erreichen, die häufig von digitalen Technologien ausgeschlossen sind, insbesondere Menschen mit Migrationshintergrund oder aus benachteiligten Verhältnissen. Dies ist eine wichtige Arbeit, die wir voll und ganz unterstützen.

Allerdings werfen diese Konventionen auch einige wichtige Fragen auf. Zum einen erfordert die steigende Anzahl der an einem einzelnen Projekt beteiligten Akteure eine verbesserte Koordinierung. Es ist unerlässlich sicherzustellen, dass die ergriffenen Maßnahmen einander ergänzen, doppelte Arbeit vermieden wird und sie Teil einer umfassenden, von der Stadt klar definierten Strategie sind.

Zum anderen halten wir es für notwendig, die Evaluierung dieser Maßnahmen zu verbessern. Über einzelne Tätigkeitsberichte hinaus wäre ein zusammenfassender Überblick hilfreich. Wie viele Menschen sind insgesamt betroffen? Wie sehen die Profile der Nutznießer aus? Welche konkreten Auswirkungen haben die Maßnahmen auf digitale Autonomie und soziale Inklusion?

Außerdem möchten wir auf die territoriale Dimension hinweisen. Es ist wichtig sicherzustellen, dass diese Dienstleistungen in allen Stadtteilen gleichermaßen zugänglich sind.

Wir unterstützen die vorliegenden Konventionen, die einen Schritt in die richtige Richtung darstellen, und fordern gleichzeitig einen stärker integrierten, besser koordinierten und wirkungsorientierten Ansatz.

Rätin Colette MART (DP): Der Gemeinderat ist aufrufen, über drei Konventionen zur Durchführung des Projektes „Internetstuf“ abzustimmen. Es handelt sich um die Konventionen mit der ASTI, der EwB und CLAE Services. Vor etlichen Jahren hat die Stadt Luxemburg dabei geholfen, die „Internetstufen“ ins Leben zu rufen und finanziell zu unterstützen. Die vorliegenden Konventionen zeigen, dass die „Internetstufen“ nicht an Aktualität verloren haben. Obwohl Internet und Handy heute selbstverständlich und weit verbreitet sind, stellen die genannten Vereinigungen nach wie vor einen Bedarf fest. Für ältere Menschen ist es wichtig, einen Internetführerschein erwerben oder sich an einem Smartphone-Café beteiligen zu können. Ein Smartphone kann älteren Menschen eine zusätzliche Sicherheit geben, z.B. durch die Nutzung der GPS-Funktion, mit der man sich im Auto oder zu Fuß besser zurechtfinden kann. Doch man muss wissen, wie es funktioniert. Ganz allgemein kann das Handy mehr Sicherheit geben: Ältere Menschen können von überall anrufen, wenn sie Hilfe benötigen, und sie sind telefonisch erreichbar.

Andere Menschen, die in diesem Bereich Unterstützung brauchen, sind z.B. sozial schutzbedürftigere Personen, die keinen

so leichten Zugang zu den modernen Geräten haben und auch nicht immer das nötige Geld haben, diese zu erwerben. Die genannten Vereinigungen, welche diese Dienste anbieten, kümmern sich um Personen mit Migrationshintergrund, um Personen, die vielleicht erst kürzlich nach Luxemburg gekommen sind, um Flüchtlinge oder andere schutzbedürftige Personen, denen der Zugang zum Internet und zu einer „Internetstufte“ helfen kann, sich besser zu vernetzen, sie in Kontakt mit anderen Personen zu setzen, Informationen zu geben, oder vielleicht eine Arbeit zu finden.

Die Tatsache, dass es immer noch einen Bedarf an „Internetstufen“ gibt, die von der Stadt Luxemburg unterstützt werden, erinnert uns daran, dass nicht alle Menschen in der modernen Welt gut zurechtkommen, dies jedoch kein Grund ist, ausgeschlossen zu sein oder sich minderwertig zu fühlen. Der Anschluss an die modernen Medien zeigt uns, dass es wichtig sein kann, ein bisschen mit dem Strom zu schwimmen in Bereichen, die uns allen im Alltag weiterhelfen können und auch zu unserer Sicherheit beitragen.

Unsere Fraktion wird die vorliegenden Konventionen nicht nur aus diesem Grund mittragen, sondern auch, weil die genannten Vereinigungen sich an verschiedene Zielgruppen richten. Wir sehen klar, dass jeder die Chance erhält, sich Kompetenzen im Umgang mit dem Internet anzueignen.

Rätin Maxime MILTGEN (LSAP): Mit den vorliegenden Konventionen erhalten die drei erwähnten Vereinigungen die Gelegenheit, ihren Klienten Schulungen zur Nutzung digitaler Dienste anzubieten. In einer Welt, die immer digitalisiert wird, ist es unerlässlich, den Umgang mit dem Internet zu lernen. Die Projekte wenden sich an ein vielfältiges Publikum. Auch, wenn alle drei Vereinigungen den Internetführerschein des Bildungsministeriums anbieten, bieten sie darüber hinaus dennoch verschiedene Schulungen an. Bei der ASTI steht eine individuelle Begleitung und Hilfe bei Online-Behördengängen auf dem Programm. Schulungsprogramme mit 360 Unterrichtsstunden, aufgeteilt in 32 Kurse, für rund 250 Teilnehmende sowie die wöchentliche Öffnung der „Internetstufe“ für 30 Stunden sind vorgesehen. Die Vereinigung CLAE bietet ihrer sehr heterogenen Klientel ein Smartphone-Café und eine Einführung in das Online-Banking an. Die „ErwuesseBildung“ bietet verteilt auf das ganze Jahr 460 Stunden Individual- oder Gruppenschulungen sowie offene Veranstaltungen an.

In der Kommission haben wir uns mit den vorliegenden Konventionen befasst. Im Rahmen der Diskussion wurde die Wichtigkeit einer statistischen Auswertung angesprochen. Es wurde der Wunsch geäußert, dass die genannten Vereinigungen eine Analyse über das erreichte Publikum und die vermittelten Kompetenzen durchführen, und dass die Ergebnisse den Mitgliedern der Kommission nach sechs Monaten vorgestellt werden.

Ein Punkt, den es im Rahmen einer solchen Schulung nicht zu vergessen gilt, ist der Umgang mit der Künstlichen Intelligenz. Die KI entwickelt sich schnell, Deepfakes und ihre Verbreitung in den sozialen Netzen nehmen Tag für Tag erschreckend zu. Aufklärung, die Klienten auf die Gefahren von KI hinzuweisen, zu sensibilisieren und zu zeigen, wie man Quellen am besten überprüfen kann, sollte ebenfalls Teil der Schulung sein.

Schöffin Corinne CAHEN: Ich danke allen Rednern für ihre Beiträge und ihre Unterstützung. In der beratenden Kommission wurde festgehalten, dass Vertreter der drei genannten Vereinigungen ihr Projekt in der Kommission vorstellen sollen.

Rätin Branca sprach von einer Multiplikation der Akteure. Die Stadt Luxemburg arbeitet mit drei Akteuren, die in drei verschiedenen Stadtteilen aktiv sind. In der Kommission hatte ich meine Überraschung über den großen Erfolg der „Internetstufen“ zum Ausdruck gebracht. Die Nachfrage zeigt,

dass es einen großen Bedarf gibt. Smartphones, PCs und KI entwickeln sich weiter und es ist wichtig, dass die Menschen den Umgang mit diesen Tools, die ihnen den Alltag vereinfachen können, lernen. Ebenso wichtig ist es, dass sie über die Gefahren und Risiken informiert werden. Die „Internetstufen“ leisten eine sinnvolle und gute Arbeit. Nicht jeder hat einen Nachbarn oder einen Partner, der dabei helfen kann, wenn ein Formular online ausgefüllt werden muss. Ich freue mich auf die Präsentation der Projekte in der beratenden Kommission.

Doppelarbeit wird es keine geben, da die „Internetstufe“-Dienste in verschiedenen Stadtteilen angeboten werden. Die „Internetstufe“ der „ErwuesseBildung“ wird von anderen Personen besucht werden als die der Vereinigungen CLAE und ASTI. Die Vereinigungen werden sich auch an die Bedürfnisse der Teilnehmer im Viertel anpassen. Aus den Aktivitäten der „Internetstufen“ werden sicherlich auch Workshops in den „tiers lieux“ hervorgehen, und es wird sich ein Hilfsangebot im Umgang mit dem Handy ergeben. Es ist demnach wichtig, Orte zu schaffen, an denen Menschen sich treffen und sich auch gegenseitig helfen können.

Diese Konventionen werden einstimmig gutgeheißen.

8) In seiner Sitzung vom 13. Oktober 2014 hatte der Gemeinderat einer Konvention über das vom Gesundheitsministerium genehmigte Projekt „Abrigado“ zugestimmt, in der die Vereinigung „Comité national de défense sociale“ (CNDS) sich verpflichtete, eine Tag- und Nachtaufnahme zu gewährleisten sowie Drogenkonsumräume für Drogenabhängige anzubieten. Im Gegenzug hatte sich die Stadt verpflichtet, sich an den Projektkosten zu beteiligen. Mit einem am 22. Oktober 2018 vom Gemeinderat genehmigten Zusatzvertrag haben die Vertragsparteien vereinbart, die Artikel 1 und 2 der Konvention anzupassen, um die Öffnungszeiten des Tageszentrums und des Drogenkonsumraums zu verlängern. Dies führte zur Schaffung von drei zusätzlichen Vollzeitstellen. Alle übrigen Bestimmungen der initialen Konvention blieben unverändert. Letztere sah in Artikel 8 vor, dass sie am 31. Dezember 2019 automatisch auslaufen würde und dass anhand einer detaillierten Bewertung, welche die Vereinigung Anfang 2019 vorlegen sollte, entscheiden werden sollte, ob die Vereinbarung nach ihrem Ablauf verlängert werden würde. Da die Verlängerung nach Ablauf der Laufzeit nie schriftlich zwischen den Parteien vereinbart wurde, ist die Stadt seit dem 1. Januar 2020 an eine unbefristete mündliche Vereinbarung mit dem CNDS gebunden, welche die Beziehungen zwischen den Parteien und insbesondere die Kostenbeteiligung der Stadt am Projekt regelt. Angesichts der Bedeutung des Projekts für die Stadt und der Standardisierung der Konventionen, welche die Stadt mit gemeinnützigen Organisationen abschließt, schlägt der Schöffenrat dem Gemeinderat daher vor, einen neuen Vertrag mit dem CNDS abzuschließen, der die Bedingungen und Modalitäten der finanziellen Beteiligung der Stadt an dem Projekt festlegt.

Das CNDS verpflichtet sich, folgende Öffnungszeiten zu gewährleisten:

- Tageszentrum: Montag bis Freitag von 9:00 bis 16:00 Uhr, außer dienstags von 12:30 bis 16:00 Uhr;
- Konsumraum: Montag bis Sonntag von 9:00 bis 16:00 Uhr und von 22:00 bis 7:00 Uhr, außer dienstags von 12:30 bis 16:00 Uhr und von 22:00 bis 7:00 Uhr;
- Kontaktkafé: Montag bis Sonntag von 9:00 bis 16:00 Uhr und von 22:00 bis 7:00 Uhr, außer dienstags von 12:30 bis 16:00 Uhr und von 22:00 bis 7:00 Uhr;

- Hygienebereich: Montag bis Sonntag von 9:00 bis 16:00 Uhr und von 22:00 bis 7:00 Uhr, außer dienstags von 12:30 bis 16:00 Uhr und von 22:00 bis 7:00 Uhr.
- Ärztliche Versorgung: Montag bis Sonntag von 9:00 bis 16:00 Uhr, außer dienstags von 12:30 bis 16:00 Uhr;
- Sozialdienst: Montag bis Freitag von 9:00 bis 16:00 Uhr, außer dienstags von 12:30 bis 16:00 Uhr; - Notunterkunft: Montag bis Sonntag von 22:00 bis 7:00 Uhr.

Die Öffnungszeiten können im gegenseitigen Einvernehmen geändert werden.

Die Stadt ermächtigt das CNDS, folgende Mitarbeiter für den Projektbedarf einzustellen:

- 3 Vollzeitstellen für Mitarbeiter mit der erforderlichen Ausbildung für die Laufbahngruppen C6 oder C5 und niedrigere Laufbahngruppen gemäß dem Tarifvertrag für den Pflege- und Betreuungssektor (SAS);
- 7 Vollzeitstellen für Mitarbeiter mit der erforderlichen Ausbildung für die Laufbahngruppe C3 und niedrigere Laufbahngruppen gemäß dem Tarifvertrag für den Pflege- und Betreuungssektor.

Der finanzielle Beitrag der Stadt umfasst:

- die in Artikel 2 festgelegten Personalkosten;
- die durch die Nutzung der Räumlichkeiten durch das CNDS entstehenden Reinigungs- und Reparaturkosten;
- einen festen Betrag von 7,5 % der Personalkosten für Verwaltungskosten.

Alle übrigen mit dem Projekt verbundenen Kosten werden vom CNDS getragen.

Die Vereinbarung gilt vom 1. Mai 2026 bis zum 31. Dezember 2026. Sie wird jährlich verlängert, sofern sie nicht von einer der Parteien mindestens sechs Monate vor Ablauf durch ein Einschreiben gekündigt wird.

Die von der Stadt Luxemburg im Jahr 2026 zu tragenden Kosten werden auf 729.000 Euro geschätzt und werden im Budget 2026 eingeschrieben.

Rätin Colette MART (DP): Das Projekt „Abrigado“ ist ein wichtiges Projekt in der Stadt Luxemburg. Die meisten von uns fahren, wenn sie mit dem Auto oder Fahrrad unterwegs sind, schon mal an der Struktur vorbei und sehen, wie sich dort die Misere der Drogenabhängigkeit, der Armut, des sozialen Ausschlusses und der Obdachlosigkeit miteinander verbinden. Die Stadt Luxemburg finanziert Mitarbeiter-Posten. Die Struktur umfasst ein Tageszentrum, einen Konsumraum, ein Kontakt-Café, einen Hygienebereich, bietet ärztliche Versorgung, einen Sozialdienst und eine Notunterkunft. Es ist davon auszugehen, dass die Öffnungszeiten entsprechend den Bedürfnissen der Zielgruppen festgelegt wurden. Da die Notunterkünfte in der Stadt Luxemburg und auch in anderen Gemeinden morgens um 7 Uhr schließen und die Tagesstrukturen erst um 9 Uhr öffnen, stellt sich die Frage, ob es nicht im Sinne von Klienten und Anwohnern wäre, wenn die Tagesstrukturen ganztags geöffnet wären. In den Unterlagen lesen wir, dass die zurückbehaltenen Öffnungszeiten im gegenseitigen Einvernehmen geändert werden können.

Im Rahmen der Diskussionen, die über das Abrigado geführt werden, wird oft darauf hingewiesen, dass es auch in anderen Gemeinden eine „Fixerstuff“ brauche. Es ist zu bedauern, dass andere Gemeinden ihre Verantwortung im sozialen Bereich nicht immer übernehmen. Dies gilt auch für die Bereiche

sozialer Wohnungsbau, Housing-First-Wohnungen und möblierte Zimmer – Bereiche, in denen wir uns große Mühe geben, mit dem guten Beispiel voranzugehen. Die jüngsten Diskussionen über Wohnungen für Flüchtlinge sowie die Schwierigkeiten, mit denen Asylberechtigte bei der Wohnungssuche konfrontiert sind, sind Teil dieses Themas. Wir sehen, dass es weiterhin Sensibilität für die Not in unserem Land und in unserer Stadt braucht.

Rätin Emilie COSTANTINI (CSV): Die Erweiterung der Öffnungszeiten des Abrigado ist eine wichtige Maßnahme, um auf die Realitäten vor Ort zu reagieren. Die Öffnungszeiten des Drogenkonsumraums, des Kontakt-Cafés, des Hygienebereiches und der Notunterkunft werden erweitert. Ziel ist es, sowohl für die Betroffenen als auch für das Personal auch nachts einen sicheren Rahmen zu schaffen. Mit der Finanzierung von vier Sicherheitsagenten übernimmt die Stadt Luxemburg ihre Verantwortung, damit das Angebot auf eine kontrollierte und sichere Art und Weise funktionieren kann. Es ist wichtig zu unterstreichen, dass das Projekt gut vorbereitet ist. Es besteht ein realistischer Zeitplan für die Rekrutierung und die Schulung der Agenten. Unsere Fraktion wird die vorliegende Konvention unterstützen.

Rätin Christa BRÖMMEL (déi gréng): Der Drogenkonsum und die damit zusammenhängenden Probleme sind eine Realität, über die wir bereits öfters diskutiert haben. Diese Probleme betreffen nicht nur die kommunale, sondern auch die nationale Ebene. Es kann nicht nur um Verbot und Repression gehen. Die Maßnahmen müssen auf drei Säulen aufgebaut sein. Eine sehr wichtige Säule ist die Prävention – ein Bereich, in dem die Stadt Luxemburg noch aktiver werden muss. Mit der vorliegenden Konvention werden die Bereiche Begleitung und Beratung verbessert. Wir machen drogenkranken Menschen Angebote, um mit einem geringeren Risiko für ihre Gesundheit Drogen konsumieren zu können, Drogenersatz-Angebote in Anspruch zu nehmen oder sogar ganz aus der Spirale der Drogenabhängigkeit auszubrechen. Es handelt sich um eine pluridisziplinäre Herangehensweise mit medizinischer, sozialer und psychologischer Unterstützung. Hinzu kommen das Streetwork-Angebot, der Spritzenaustausch und auch Housing-First-Strukturen. Ich bin jedoch der Ansicht, dass die Stadt Luxemburg in diesem Bereich noch mehr unternehmen muss. In Bezug auf die dritte Säule „Repression und Sicherheit“ meinen wir, dass ein noch stärkeres Gewicht auf die Gestaltung des öffentlichen Raumes gelegt werden muss. Eine bessere Beleuchtung, weniger dunkle Ecken, attraktivere Straßen und öffentliche Plätze, die Vermeidung von Leerständen – all dies trägt dazu bei, dass sich die Situation für unsere Bürgerinnen und Bürger verbessert, ohne dass die drogenkranken Personen noch mehr stigmatisiert und marginalisiert werden. Die Politik muss die aufeinandertreffenden Interessen auf dem Schirm haben. An den Standorten, an denen sich drogenkranke Personen aufhalten und wo sie Dienste in Anspruch nehmen können, halten sich auch andere Menschen auf: Einwohner, Beschäftigte, Kinder und Jugendliche. Eine wirksame kommunale Drogenpolitik ist daher notwendig.

Eigentlich hatte ich erwartet, dass eine von mir eingereichte Frage über den „Drogendösch 2.0“ heute auf der Tagesordnung stehen würde, da sie zu diesem Thema gehört, doch ich stelle fest, dass ich mich noch etwas gedulden muss.

Wir begrüßen die Verlängerung der Laufzeit der Vereinbarung mit dem CNDS betreffend das Abrigado. Dieses sollte nicht auf die Bezeichnung „Fixerstuff“ reduziert werden, denn es handelt sich um mehr als einen Raum für kontrollierten Drogenkonsum. Das Zentrum bietet ein umfassendes Angebot mit sozialer, psychologischer und medizinischer Begleitung. Es geht darum, den Menschen in seiner Ganzheit zu sehen und nicht bloß als Drogenkonsumenten.

Der Aktivitätsbericht des Abrigado zeigt, dass dieses Zentrum seinen Mehrwert und seine Notwendigkeit unter Beweis

gestellt hat. Im Durchschnitt besuchen 103 Klienten pro Tag die Struktur. 2023/2024 wurden rund 45.000 Nutzungen des Drogenkonsumraums registriert. Es ist wichtig, dass wir diese Struktur weiter unterstützen.

Die Erweiterung der Öffnungszeiten ist zum Teil auch als Ergebnis des „Drogendesch 2.0“ zu sehen. Die Klienten werden das Abrigado nun tagsüber während sieben Stunden und nachts während neun Stunden aufsuchen können. Laut Aussagen in der Kommission soll es in der neuen Struktur längerfristig eine Öffnung rund um die Uhr geben. Es ist zu begrüßen, dass das Angebot auch während des Wochenendes besteht – zusammengekommen mit dem Angebot der „Jugend- an Drogenhölle“ – die Stadt nun besser aufgestellt ist.

Das CNDS wird für den Projektbedarf weitere Vollzeitstellen schaffen. Die Stadt Luxemburg wird die Personalkosten für vier Posten und das Gesundheitsministerium die Kosten für drei Posten übernehmen. Das neu einzustellende Sicherheitspersonal ist im Hinblick auf die spezifischen Bedürfnisse der Struktur geschult.

Das Ziel muss es sein, drogenkranken Menschen, die Beratungsangebote in Anspruch nehmen möchten und medizinisch betreut werden müssen, stets umfassendere Möglichkeiten anzubieten.

Nicht alle Drogenabhängige suchen das Abrigado auf. Hängt dies damit zusammen, dass neben Kokain und Heroin andere Drogen intravenös konsumiert oder inhaliert werden? Ist es, weil mehr Crack auf dem Markt ist? Oder ist es, weil es Gruppen gibt, die über das Abrigado nicht ausreichend informiert sind? Was können wir tun, um Betroffene noch besser zu erreichen?

In der Kommission haben wir eine interessante Diskussion über dezentralere, kleinere Strukturen geführt. Es ist zu begrüßen, dass Schöffin Cahen sich dieser Position nicht verschließt. Selbstverständlich sollten dezentrale Strukturen nicht nur auf dem Gebiet der Stadt Luxemburg, sondern auch in anderen Gemeinden geschaffen werden. Nichtsdestotrotz gilt es zu bedenken, dass die Stadt Luxemburg über große Erfahrungswerte verfügt und das Potenzial zur Umsetzung von Pilotprojekten hat. Im Grunde genommen ist das „Abrigado“ eine Art Vorzeigeprojekt – nur, dass es aufgrund seiner Größe mittlerweile manchen Angst macht. Es könnte demnach eine gute Idee sein, kleinere Pilotprojekte zu lancieren, um so auch anderen Gemeinden zu zeigen, dass sich kleinere Projekte in ein Viertel integrieren lassen, wenn parallel verschiedene Maßnahmen ergriffen werden, um die Bürgerinnen und Bürger einzubeziehen. Über diesen Weg könnten wir vorankommen, um einerseits dezentrale Lösungen auf dem Gebiet der Stadt Luxemburg zu schaffen und auch andere Gemeinden von der Notwendigkeit und der Machbarkeit eines solchen Projektes zu überzeugen.

déi gréng werden die vorliegende Konvention unterstützen. Es ist ein weiterer Schritt in die richtige Richtung, doch darf es nicht der letzte Schritt sein.

Rätin Maxime MILTGEN (LSAP): Unsere Fraktion wird die vorliegende Konvention unterstützen. Wir sind von der sehr guten Arbeit, die das Team des Abrigado Tag für Tag leistet, überzeugt – eine Arbeit, die auch ein Best-Practice-Modell für andere europäische Städte darstellt. Unsere Fraktion fordert seit langem eine Erweiterung der Öffnungszeiten für die Nutzer der Struktur, nicht nur, um den Klienten die Möglichkeit zu bieten, unter guten und angepassten medizinischen Bedingungen konsumieren zu können, sondern auch, um andere wichtige Dienste in Anspruch nehmen zu können.

Die Einstellung von zusätzlichem Fachpersonal ermöglicht die längeren Öffnungszeiten, was zu begrüßen ist. Es stellen

sich aber noch einige Fragen. Morgens um 7 Uhr müssen die Klienten die Notunterkunft verlassen. Der Drogenkonsumraum öffnet erst um 9 Uhr. Wenn die Klienten immer wieder auf die Straße oder von Struktur zu Struktur gehen müssen, kommen sie nicht zur Ruhe, um sich mit ihrer Situation auseinander setzen zu können. Unter diesen Bedingungen ist es schwer, Vertrauen zu den verschiedenen Ansprechpartnern aufzubauen, da sie ihre Situation immer wieder neu erklären müssen. Daher unser Appell, endlich Ganztagsstrukturen zu schaffen, die auf die verschiedenen Pathologien spezialisiert sind, wo die Klienten von einem Team betreut werden, wo sie zur Ruhe kommen und sich mit professioneller Unterstützung mit ihrer Lebenssituation auseinander setzen können.

Ich habe noch eine Frage zum „Bistrot social“ in der Oberstadt: Wohin wird dieses umziehen, wenn im Gebäude der „Cinéma-hèque“ die geplanten Bauarbeiten durchgeführt werden?

Rat Claude RADOUX (DP): Auch ich werde die vorliegende Konvention unterstützen, doch mit weitaus weniger Begeisterung als meine Vorredner. In anderen Bereichen, die wir als Stadt unterstützen, sei es im Sport, in der Kultur, auf Schulebene, zählen wir weitaus mehr Nutzer. Dies zeigt, dass das Angebot interessant ist. Wenn die Zahl der Klienten im Abrigado im Vergleich zu den Anfangsjahren des Projektes steigt, kann dies nicht als Erfolg gewertet werden. Ich für meinen Teil sehe die Entwicklung mit gemischten Gefühlen.

Ich bin nicht Mitglied der Sozialkommission. Von außen betrachtet ist klar, dass die aktuellen Öffnungszeiten nicht ausreichend sind. Es ist begrüßenswert, dass längerfristig eine Öffnung rund um die Uhr angestrebt wird. Ich habe Verständnis dafür, dass dies in der aktuellen Struktur – es handelt sich um eine provisorische Struktur – nicht möglich ist.

Vor fünf oder sechs Jahren hatten wir uns im Rahmen einer Diskussion für die Durchführung einer kritischen Analyse des Projektes ausgesprochen. Wo kommen die Klienten her? Mit welcher Entwicklung ist zu rechnen? In dieser Analyse wären die positiven Aspekte des Projektes, aber auch die Grenzen, an welche eine solche Struktur stößt, zu erörtern. Es wäre wichtig, die Probleme zu identifizieren, denen wir uns gegenübergestellt sehen, und auszuloten, wo wir vielleicht anderweitig ansetzen müssen.

Schöffin Corinne CAHEN: Ich bin nicht Expertin in Sachen Drogensubstanzen und vermag Ihnen nicht zu sagen, wie welche Droge wirkt und welche Drogen im Drogenkonsumraum konsumiert werden.

Die Stadt Luxemburg trägt die Kosten für die Einstellung zusätzlicher Sicherheitsagenten. Was den medizinischen Bereich betrifft, ist es aus meiner Sicht wichtig, dass dieser im Kompetenzbereich des Gesundheitsministeriums bleibt und das Ministerium auch die entsprechenden Kosten trägt. Die Stadt Luxemburg unterstützt das Abrigado mit ihren Mitteln. Wir haben einen großen Herz. Die Struktur ist auf dem Gebiet der Stadt Luxemburg angesiedelt. Wir verfügen jedoch nicht über Daten bezüglich der Herkunft der Klienten. Es ist zu bezweifeln, dass alle Klienten in der Stadt Luxemburg wohnen oder gewohnt haben. Die Stadt Luxemburg ist auch Hauptstadt. Wir übernehmen einen Teil der Verantwortung und helfen so gut wir können. Doch es ist wichtig, dass die Bereiche medizinische Betreuung und medizinisches Personal weiterhin in der Verantwortung des Gesundheitsministeriums liegen.

In der Sozialkommission war die Frage aufgeworfen worden, wo die Leute hin sollen, wenn die Notunterkunft morgens schließt und die Tagesstrukturen noch nicht geöffnet sind. Die Entscheidung, die Tagesstrukturen „Bistrot social“ und „Parachute“ morgens früher zu öffnen, trägt dem Rechnung. Ich habe die Wahrheit nicht gepachtet und will mich der Diskussion über eine Öffnung rund um die Uhr nicht verschließen.

– eine Diskussion, die schon während meiner Zeit als Gesundheitsministerin geführt wurde. Ziel ist es doch aber eigentlich, die Klienten zu ermuntern, nicht rund um die Uhr in einer Struktur zu bleiben. Es wurde angemerkt, dass es möglicherweise nicht gut sei, im Kontakt mit mehreren verschiedenen Sozialarbeitern zu stehen. Gerade dies kann aber auch positiv sein, da man so mehr Chancen hat, zum richtigen Moment auf die richtige Person zu treffen, zu der man Vertrauen fasst, und die einem dabei helfen kann, aus der Not herauszufinden. Dies kommt oft vor.

Es wurde auf die von der „Jugend- an Drogenhölle“ betriebenen Housing-First-Strukturen hingewiesen. Wie Sie alle wissen, bin ich von Sinn und Zweck solcher Strukturen überzeugt. Ich bin deshalb sehr dankbar, dass solche Wohnungen bei Bauprojekten (z.B. im Rahmen von VEFA-Projekten) eingeplant werden, wenn sich die Gelegenheit dazu ergibt. Es braucht dabei verschiedene Typen von Housing-First-Wohnungen, mit und ohne Betreuung.

Ich teile die Meinung, dass dezentrale Strukturen erforderlich sind, kann aber leider keine große Bereitschaft feststellen, solche Strukturen zu schaffen – weder in den Vierteln der Hauptstadt noch in anderen Gemeinden. Wenn man am Abrigado vorbeifährt und sich die menschliche Misere im Umfeld dieser Struktur anschaut, kann man nachvollziehen, dass sich andere Gemeinden nicht unbedingt darum reißen, eine solche Struktur auf ihrem Territorium anzusiedeln. Nichtsdestotrotz meine ich, dass es auch in der Verantwortung des Gesundheitsministeriums liegt, hier einzuwirken. Daher mein Appell, dass die Kollegen eine entsprechende parlamentarische Anfrage an ihren Minister richten, um zu erfahren, ob die eine oder andere Gemeinde bereit wäre, eine kleinere Struktur nach diesem Modell auf ihrem Gebiet zu schaffen.

Die Erweiterung der Öffnungszeiten wird dazu beitragen, dass die Klienten sich weniger vor dem Eingang des Abrigado aufhalten und einen besseren Zugang zu den Angeboten haben. Vielleicht wird dies auch zu weniger Unannehmlichkeiten für das Viertel führen. In einer idealen Welt gäbe es mehrere kleinere Strukturen, doch leider leben wir nicht in einer idealen Welt. Es gilt auch an die Einwohner des Viertels zu denken. Es ist nicht angenehm, jeden Tag zu sehen, wie sich Drogenabhängige vor der Haustür eine Drogenspritze setzen. Kürzlich mussten wir in den Medien lesen, dass in einer anderen Gemeinde ein Kind sich an einer herumliegenden Spritze verletzt hatte. Dies ist keine ideale Welt, weshalb wir diesen Menschen, die krank sind, helfen müssen. Natürlich kann man immer nur dem helfen, der sich bereit ist, sich helfen zu lassen. Es kann aber durchaus sein, dass jemand, der sich heute nicht helfen lassen will, die Hilfe morgen oder übermorgen annehmen wird. Der Arbeit der Sozialarbeiter kommt daher eine große Bedeutung zu und es ist wichtig, dass wir diese Personen bei ihrer Arbeit unterstützen.

Das „Bistrot social“ wird in ein Gebäude an der Côte d'Eich umziehen und bleibt demnach in der Oberstadt. Der Alltag zeigt uns, dass das „Bistrot social“ eine wichtige Struktur ist, wo die Klienten auch die Möglichkeit haben, Vertrauen zu einem Sozialarbeiter aufzubauen.

Ob es einfach sein wird, eine Statistik über die Herkunft der Klienten zu erstellen, weiß ich nicht. Ich erkundige mich gerne, ob dies möglich ist, wobei ich eine solche Datenerhebung aber eher im Verantwortungsbereich des Gesundheitsministeriums sehe.

Wir sind nicht nur Stadt Luxemburg, wir sind auch Hauptstadt des Landes. Da ist es normal, dass wir dabei helfen, Menschen aufzufangen, denen es nicht so gut geht. Wir verschließen die Augen nicht. Die vorliegende Konvention zeigt, dass wir Verantwortung übernehmen. Ich kann mich über die große Zustimmung daher nur freuen. Die Stadt Luxemburg arbeitet mit vor Ort tätigen Partnern zusammen, in diesem Fall mit

dem CNDS, um Menschen zu helfen, die Hilfe brauchen, gleichzeitig aber auch die anderen Menschen, die im Viertel wohnen, dort arbeiten oder zur Schule gehen vor herumliegenden Spritzen zu schützen. Abschließend möchte ich die Gelegenheit nutzen, um mich bei unserem Hygienedienst, der eine hervorragende Arbeit leistet, zu bedanken.

Die Konvention wird einstimmig gutgeheißen.

VII KOSTENVORANSCHLÄGE

1) Detailliertes Projekt zur Ausstattung eines Fußballfeldes des Sportkomplexes Boy Konen mit Kunstrasen

Der Gemeinderat ist aufgerufen, dem vom Büro Schroeder & Associés ausgearbeiteten Projekt zur Ausstattung des Fußballfeldes Nr. 1 des Sportkomplexes Boy Konen in Cessingen mit Kunstrasen zuzustimmen. Das Projekt umfasst folgende Arbeiten:

- Erdarbeiten, Bodenaustausch bis zu einer Tiefe von 20 cm, Installation eines Entwässerungssystems mit Abflussrinnen, Installation einer Bewässerungsanlage, Verlegung von nicht beschwertem Kunstrasen entsprechend den höchsten aktuellen Standards (FIFA-PRO-Qualität);
- Erneuerung des Asphaltwegs rund um das Spielfeld, der Leitungen, des Handlaufs mit Zaun sowie der LED-Beleuchtung;
- Lieferung und Installation verschiedener Ausrüstungsgegenstände, darunter vier Eckpfosten, zwei fest installierte Fußballtore und zwei Spielerunterstände.

Der Zeitplan sieht die Ausschreibungsphase im Jahr 2026, den Baubeginn im Mai 2027 und die Inbetriebnahme des Spielfelds im Oktober 2027 vor. Die Rohbauarbeiten sollen vor der Sommerpause 2027 abgeschlossen sein. Der Kostenpunkt wird auf 2.456.386 € geschätzt. Das Projekt wird über den Haushalt 2026 und folgende finanziert.

Rätin Pascale AREND (DP): Das Projekt sieht die Umwandlung des Naturrasens des Fußballfeldes Nr. 1 des Sportkomplexes Boy Konen in einen modernen Kunstrasen vor, um der hohen Nachfrage der Vereine zur Nutzung der Fußballfelder gerecht zu werden. Der Sportplatz Nr. 1 soll hauptsächlich von den Jugendgruppen genutzt werden.

Kunstrasen hat den Vorteil, dass er belastbarer ist. Während ein Naturrasenplatz etwa 600 Nutzungsstunden pro Jahr standhält, kann ein Kunstrasenplatz bis zu 2.000 Stunden zu Jahr genutzt werden. So kann die Infrastruktur viel effizienter genutzt werden.

Neben der eigentlichen Umwandlung in einen Kunstrasen sieht das Projekt verschiedene technische Verbesserungen vor, darunter eine moderne LED-Beleuchtung und die Installation eines Entwässerungssystems mit Abflussrinnen, angepasst an den vorhandenen Standort (ein frühere Deponie), sowie eine automatische Berieselungsanlage.

In der Sportkommission wurde uns erklärt, dass es sich um einen Kunstrasen der vierten Generation handelt, mit mechanischen Eigenschaften, die nahe an die eines Naturrasens heranreichen. Die Freisetzung von Mikroplastik soll auch kein Thema mehr sein. Es besteht zwar ein leicht erhöhtes Risiko für Hautabschürfungen, doch kann dieses

Risiko durch Berieselung reduziert werden. Gleichzeitig bietet der Kunstrasen eine gleichmäßige Oberfläche, wodurch die Verletzungsrisiken deutlich minimiert werden. Die älteren Kunstrasengenerationen waren bekanntlich mit vielen gesundheitlichen Gefahren verbunden.

Die Bauabnahme schließt die Bauphase ab. Erst dann ist das Spielfeld für offizielle Fußballspiele zugelassen (FLF-Normen).

Für den Unterhalt des Kunstrasens braucht es Spezialgeräte. Diese sind vor Ort, da sie bereits für Rugby und Feldhockey im Einsatz sind. Die Spielfeldlinien sind bereits im Kunstrasen vorhanden.

Im Vergleich zum Naturrasen werden viele Arbeiten wegfallen: mähen, düngen, nachsähen, wodurch die Unterhaltskosten reduziert werden. Der Wasserverbrauch für die Spielfeldbewässerung wird prinzipiell niedriger ausfallen, auch wenn dies in der Praxis letztlich vom Benutzer abhängen wird. Eine Bewässerung des Kunstrasens ist nicht unbedingt erforderlich, kann jedoch helfen, die Temperatur im Sommer zu reduzieren und so die Spielqualität zu verbessern.

Bei dem vorliegenden Projekt handelt sich demnach um eine weitere wichtige Investition in unsere Sportinfrastruktur, im Sinne einer gesteigerten Nutzung für unsere Vereine. Die Qualität des Sportkomplexes Boy Konen wird deutlich verbessert.

Rat BOB BIVER (CSV): Schöffin Beissel weist immer wieder darauf hin: die Nachfrage übersteigt das Angebot. Es ist davon auszugehen, dass dieser Trend anhalten wird. Immer mehr Sportvereine fragen nach Trainingsfeldern. Mit der Renovierung des Spielfeldes Nr. 1 kann die Nutzungskapazität des Platzes von 600 auf 2.000 Stunden pro Jahr erhöht werden, d.h. dass a priori dreimal mehr Vereine das Spielfeld werden nutzen können. Auf die technischen Einzelheiten werde ich nicht mehr eingehen. Unsere Fraktion wird das Projekt voll und ganz unterstützen.

Rat Nicolas BACK (déi gréng): Die Verfügbarkeit von ausreichend Fußballspielfeldern ist und bleibt ein Problem in der Stadt Luxemburg. Selbst wenn déi gréng vom Verlegen eines Kunstrasens nicht unbedingt begeistert sind, sehen wir darin nichtsdestotrotz eine Teillösung, um dem Problem der fehlenden Fußballfelder zu begegnen, weshalb wir das Projekt mittragen werden.

Wir appellieren jedoch an den Schöffenrat, mehr in Sportinfrastrukturen zu investieren, da Sport einen wichtigen Faktor für die soziale Kohäsion darstellt. 50 % der in der Stadt Luxemburg wohnenden Kinder besuchen keine öffentliche Schule, was auch bedeutet, dass sie nicht unbedingt in das Stadtteilleben integriert sind, weshalb es umso wichtiger ist, Alternativen anzubieten, wo die Kinder sich treffen können.

Rat Gabriel BOISANTE (LSAP): Unsere Fraktion wird das vorliegende Projekt mittragen. Auf das Problem der mangelnden Verfügbarkeit von Spielfeldern wurde bereits hingewiesen. Mit der Verlegung des Kunstrasens wird die Nutzungskapazität des Platzes von 600 auf 2.000 Stunden pro Jahr erhöht. Wie sollen die zusätzlich zur Verfügung stehenden Stunden auf die Vereine verteilt werden? Da es sich um die erste Verlegung eines Kunstrasens der vierten Generation auf dem Gebiet der Stadt Luxemburg handelt, wirft dies die Frage nach einer Analyse in Bezug auf die gesammelten Erfahrungswerte auf.

Schöffin Simone BEISSEL: Vielen Dank für die konstruktiven Beiträge. Mit dem vorliegenden Projekt werden wir der steigenden Nachfrage gerecht werden können. Wegen der meteorologischen Verhältnisse in Luxemburg sind unsere Spielfelder oft hart wie Beton, was zu einer erhöhten Verletzungsgefahr führt. Es freut uns demnach, dass wir nun einen Kunstrasen verlegen können, der den höchsten

Qualitätsstandards entspricht. Es sei daran erinnert, dass wir uns in den vergangenen Jahren mit voller Energie bei der FLF und der FIFA dafür eingesetzt haben, dass die Erste Liga auf Kunstrasen spielen darf. Es gab die goldene Regel: Erst-Liga-Spiele dürfen nur auf Naturrasen gespielt werden. Glücklicherweise ist es zu einem Umdenken gekommen. Der Kunstrasen, der verlegt wird, gehört zur vierten Generation. Die neuen Kunstrasen sind fast so gut wie Naturrasen. Die Fasern werden einmal pro Woche gepflegt, damit der Kunstrasen aufrecht steht. Nach Abschluss der Arbeiten wird der Kunstrasen von der „Commission des terrains“ der FLF technisch abgenommen, d.h. es wird kontrolliert, ob er den FIFA-PRO-Standards entspricht.

Die Stadt Luxemburg ist die Gemeinde im Land, die ihren Bürgern das größte Angebot an Sportinfrastrukturen für die verschiedensten Sportarten bietet. Dies erklärt auch, warum die Stadt mit Anfragen überhäuft wird. Umliegende Gemeinden raten ihren Vereinen, sich an die Stadt Luxemburg zu wenden, da die Stadt über Sportinfrastrukturen für die verschiedensten Sportarten verfügt. Die Stadt Luxemburg tut, was sie kann, um der Nachfrage gerecht zu werden. Auf dem Gebiet der Stadt Luxemburg sind 190 Sportvereine angesiedelt. Im Rahmen des Programms „Sport pour tous“ werden 190 Sportkurse angeboten. Die Sportinfrastrukturen der Stadt sind von sonntags bis sonntags und von morgens 6.00 Uhr bis abends 23.00 Uhr ausgelastet.

Die Stadt Luxemburg hat einen Mehrjahresfinanzierungsplan für Sportinfrastrukturen erstellt. Es gibt noch Bedarf an Sporthallen, Sportfeldern und Schwimmbädern. Ein Programm wurde erstellt und die Finanzen der Stadt Luxemburg sind gesund, doch leider fehlt es an Grundstücken, um die Projekte umsetzen zu können. Daher mein Appell an alle Mitglieder des Gemeinderates, uns sofort Bescheid zu sagen, wenn sie von zur Verfügung stehenden Grundstücken erfahren sollten.

Wir wollen die Kinder von den Bildschirmen wegbekommen. Kinder sollen sich bewegen, an der frischen Luft sein. Die beste Medizin besteht darin, ihnen Infrastrukturen zur Verfügung zu stellen, wo sie die verschiedensten Sportarten kennenlernen können, wo sie Fairplay lernen, Geselligkeit und Solidarität leben und erleben können. Sport ist ein wichtiger Integrationsfaktor in unserer multikulturellen Gesellschaft. Wir werden unsere Bemühungen in diesem Sinne fortsetzen.

Es handelt sich nicht um den ersten Kunstrasen, der verlegt wird. Allein am Standort des Sportkomplexes Boy Konen zählen wir bereits vier Kunstrasen. In dem Maße, wie wir die Erlaubnis zum Verlegen von Kunstrasen erhalten haben, sind wir dazu übergegangen, Kunstrasen zu verlegen, auch mit dem Ziel, mehr Trainingsstunden anbieten zu können.

Das Projekt wird einstimmig gutgeheißen.

2) Rektifizierter Kostenvoranschlag betr. den Bau eines Scouts-Homes für die Pfadfindergruppe Telstar in Hamm

Der Gemeinderat ist aufgerufen, dem rektifizierten Kostenvoranschlag in Höhe von 6.530.906,27 € für den Bau eines Scouts-Homes für die Pfadfindergruppe Telstar in Hamm (66, Rue de la Montagne) zuzustimmen. Der initiale Kostenvoranschlag in Höhe von 4.581.777,06 € wurde am 12. Juli 2021 vom Gemeinderat der Stadt Luxemburg gutgeheißen. Die Kostenüberschreitung von 1.949.129,21 € entspricht einer Steigerung von 43 % gegenüber dem initialen Kostenvoranschlag und erklärt sich wie folgt:

- *Kostenüberschreitungen zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe (1.129.480,36 €):* Der Großteil dieser

Kostenüberschreitungen ist auf die starken Preisanstiege zwischen dem Zeitpunkt der Abstimmung über den Kostenvoranschlag im Juli 2021 und der Ausschreibung der Arbeiten infolge der Covid-19-Pandemie und der darauf folgenden Wirtschaftskrise zurückzuführen, aber auch auf die Unterschätzung der Baukosten durch die Planungsbüros.

- *Zusätzliche Kosten im Vergleich zu den Basisaufträgen* (603.819,45 €): Diese Kosten entstehen hauptsächlich aus der Differenz zwischen den in den Bestellformularen angegebenen und den tatsächlich ausgeführten Mengen, aus Auslassungen oder Anfragen der Planungsbüros sowie aus Änderungen, die sich aus dem Baufortschritt ergeben.
- *Von der Stadt Luxemburg angefragte Änderungen* (42.910,32 €).
- *Zusätzliche Honorarkosten* (268.845,41 €): Aufgrund zusätzlicher, initial nicht geplanter Struktur-Bauprüfungen sowie während des Projekts erforderlicher Zusatzstudien sind die Honorare an die entsprechenden Arbeitskosten anzupassen.

Der Restbetrag der Rücklagen für Unvorhergesehenes und Preissteigerungen liegt bei 95.926,33 €.

Der größte Teil der Kostenüberschreitung ist auf den starken Preisanstieg durch die Covid-Pandemie und die darauf folgende Wirtschaftskrise zurückzuführen. Allerdings wurden die Baukosten von den Planungsbüros unterschätzt, und während der Ausführung wurden Änderungen vorgenommen, insbesondere im Bereich der technischen Arbeiten, was nun unerwartete Auswirkungen auf den Fortschritt der anderen Gewerke und auf den Bauzeitplan hat. Ein weiteres großes Problem war der ständige Wechsel der Projektleiter in den Planungsbüros, was zu einer Verlangsamung der Bauarbeiten und zu Informationsverlusten führte.

Die Ausgaben in Höhe von 1.949.129,21 € werden dem außerordentlichen Budget des Jahres 2026 und der folgenden Jahre zugerechnet.

Rat Bob BIVER (CSV): Der Gemeinderat ist aufgerufen, einem rektifizierten Kostenvoranschlag in Höhe von 6.530.906,27 € für den Bau eines Scouts-Homes für die Pfadfindergruppe Telstar zuzustimmen. Der initiale Kostenvoranschlag in Höhe von 4.581.777,06 € wurde am 12. Juli 2021 vom Gemeinderat gutgeheißen. Die Kostenüberschreitung von 1.949.129,21 € entspricht einer Steigerung von 43 % gegenüber dem initialen Kostenvoranschlag.

Es handelt sich um ein schönes Projekt und wir begrüßen, dass der Schöffenrat in Infrastrukturen für die Jugend investiert und Vereine unterstützt. Wir haben erfahren, dass das Scouts-Home nicht nur für die Bedürfnisse der Pfadfindergruppe Telstar zur Verfügung stehen soll, sondern dass auch andere lokale Vereine den Hauptsaal des Gebäudes nutzen können. Unsere Fraktion wird dem rektifizierten Kostenvoranschlag zustimmen.

Rat François BENOY (déi gréng): In der Sitzung vom 12. Juli 2021 hatte unsere Fraktion dieses Projekt unterstützt. Mit der Planungsarbeit des Schöffenrates können wir jedoch nicht zufrieden sein, denn die Mehrkosten in Höhe von fast zwei Millionen Euro sind nicht nur auf Preissteigerungen zurückzuführen. Die Hälfte der Kostensteigerungen sind bedingt durch unterschätzte Materialmengen, Auslassungen oder Unvollständigkeiten im Rahmen der Planung, während der Ausführung auf Anfrage der Stadt vorgenommene Änderungen sowie Bauarbeiten, die ursprünglich nicht vorgesehen waren. Es liegt in der Verantwortung des Schöffenrates, für eine adäquate Planung und Begleitung des Projektes zu sorgen.

Wir können den rektifizierten Kostenvoranschlag deshalb nicht mittragen.

Das Scouts-Home unten im Tal ist schön gelegen. Da die Pfadfinder ihre Versammlungen samstags haben und viele Eltern die Kinder mit dem Auto bringen werden – es handelt sich um eine Pfadfindergruppe mit Kindern, die aus den verschiedensten Teilen der Stadt kommen –, sollte dafür Sorge getragen werden, dass nicht alle Eltern mit dem Auto bis ins Tal fahren, da dies ein Verkehrschaos verursachen würde. Der Verkehr sollte so organisiert werden, dass die Eltern ihre Kinder am oberen Ende der Straße absetzen und die Kinder zu Fuß ins Tal gehen.

Rat Gabriel BOISANTE (LSAP): Es sollte in der Tat eine wirksame Lösung gefunden werden, um zu vermeiden, dass ständig Autos rauf- und runterfahren auf einem Weg, der nicht dafür ausgelegt ist, um viel befahren zu werden.

Der rektifizierte Kostenvoranschlag weist eine Kostensteigerung von mehr als 40 % im Vergleich zum initialen Kostenvoranschlag auf. Jedes Mal, wenn wir beachtliche Mehrkosten bei Projekten beanstanden, tut der Schöffenrat die Kostensteigerungen mit dem Verweis auf Preiserhöhungen, die Pandemie oder den Ukraine-Krieg ab. Rat Benoy hat zurecht darauf hingewiesen, dass beim vorliegenden Projekt der überwiegende Teil der Mehrkosten nicht auf Preissteigerungen zurückzuführen ist. Wer, wie ich, in den verschiedensten Bereichen gearbeitet hat, weiß um die Wichtigkeit einer Bewertung der Lieferanten. Dies ist nicht das erste Projekt, bei dem Probleme hinsichtlich des „Bordereau“ bzw. der Konzeption auftreten. Das kann vorkommen. Die Frage lautet, ob wir den betreffenden Akteuren dies mitteilen und in Zukunft nicht mehr mit ihnen zusammenarbeiten. Die bestehenden Probleme müssen identifiziert werden. Es ist dies ein Grundprinzip des Qualitätsmanagements. Ich kann den Ökonomen hier im Gremium nur ans Herz legen, das Buch von William Edwards Deming erneut zu lesen. Es kann doch nicht sein, dass derart hohe Mehrkosten ohne Folgemaßnahmen für Studienbüros und Lieferanten bleiben, und dass ihre Zuverlässigkeit nicht zumindest in Frage gestellt wird.

Dieses Projekt wurde im Jahr 2021 gutgeheißen. Hat sich der Schöffenrat mit der Frage befasst, warum so viel Zeit vergangen ist und ob es nicht möglich wäre, Preissteigerungen innerhalb von fünf Jahren zu vermeiden? Schöffin Beissel unterstreicht immer wieder, dass sich bei den Kostenabrechnungen herausstellt, dass die meisten der durchgeführten Projekte unter den veranschlagten Kosten bleiben. Unsere Rolle als Oppositionspolitiker besteht auch darin, auf Probleme hinzuweisen. Beim vorliegenden Projekt werden wir das Gefühl nicht los, dass nicht alles richtig gelaufen ist. Obwohl wir das Projekt an sich unterstützen, werden wir uns beim Votum enthalten.

Rat Claude RADOUX (DP): Ich kann mich über die Aussagen von Rat Benoy und Rat Boisante nur wundern. In der Finanzkommission haben wir detaillierte Informationen zum rektifizierten Kostenvoranschlag erhalten. Fakt ist, dass die in den eingegangenen Angeboten veranschlagten Preise bis zu 50 Prozent über den im Lastenheft eingeschriebenen Preisen lagen. Das Projekt wurde im Jahr 2021 vom Gemeinderat gutgeheißen. Die Ausarbeitung des Projektes erfolgte sechs Monate früher. Das Preisniveau, das bei den Schätzungen zugrunde lag, entsprach somit dem vom Anfang der Covid-Krise. Die Durchführung des Projektes fiel in die Pandemiezeit und dann auch noch in die Zeit des Ukraine-Kriegs – Zeiten, in denen die Preise im Bausektor und die Preise von Baumaterialien gestiegen sind. Hinzu kommen Indexerhöhungen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die LSAP und déi gréng die Sozialparameter in Frage stellen. Es ist davon auszugehen, dass die Unternehmen, die den Auftrag erhalten haben, die Anpassungen dieser Sozialparameter ebenfalls vornehmen. Diese Anpassungen haben sich auf die eingegangenen Angebote

ausgewirkt. Weitere Mehrkosten sind durch Preissteigerungen entstanden und auch die Honorarkosten sind gestiegen.

Bei einer Kostensteigerung von 1,9 Millionen Euro sind 1,1 Million Euro auf die starken Preisanstiege zwischen dem Zeitpunkt der Abstimmung über den Kostenvoranschlag im Juli 2021 und der Ausschreibung der Arbeiten infolge der Covid-19-Pandemie sowie der darauf folgenden Wirtschaftskrise und 270.000 € auf die zusätzlichen Honorarkosten zurückzuführen (Total: rund 1,4 Millionen Euro). Lediglich die restlichen Mehrkosten in Höhe von 500.000 Euro, d.h. weniger als 10 Prozent, sind auf andere Gründe zurückzuführen. Mehrkosten aufgrund zusätzlicher Anfragen der Stadt Luxemburg schlagen lediglich mit 42.000 Euro zu Buche. Auch das ist Geld, doch handelt es sich nicht um einen Betrag, über den wir normalerweise eine Stunde lang diskutieren. Unsere Fraktion kann den rektifizierten Kostenvoranschlag daher nur mittragen, damit die Arbeiten abgeschlossen werden können.

Schöffe Laurent MOSAR: In meiner Funktion als Finanzschöffe bin auch ich nie über überschrittene Kostenvoranschläge erfreut. Ich danke Rat Radoux für die Erklärungen. Dem bleibt nicht viel hinzuzufügen. Man braucht sich doch nur die Zeiträume anzuschauen, um festzustellen, dass das Projekt voll in die Post-Covid-Zeit fällt. Hinzu kommt, dass wir es mit einem felsigen Standort zu tun haben, was das Bauen nicht leichter macht – eine Tatsache, deren wir uns von Anfang an bewusst waren. Der Großteil der Mehrkosten ist eine Unterschätzung der Kosten der Arbeiten aufgrund der Preisteuerungen zurückzuführen. Ich kann demnach nicht sehen, was wir groß anders hätten tun können.

Es ist leider auch nicht das erste Mal, dass Studienbüros Fehler bei der Berechnung der Materialmengen unterlaufen sind. Unsere Dienststelle hat damit nichts zu tun. Den Zuschlag zur Durchführung eines Projektes erteilt der Schöffenrat auf der Grundlage der Ausschreibung und unter Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben. Wenn Studienbüros Fehlberechnungen unterlaufen, wie es bei diesem Projekt der Fall war, sind auch wir darüber nicht erfreut, doch sehe ich nicht, was unsere Mitarbeiter daran hätten ändern können. Wir kontrollieren stets gewissenhaft, wer die Ingenieurbüros sind, die ihr Dossier einreichen. Sollten wir feststellen, dass es sich um Studienbüros handelt, denen bereits öfters Fehler unterlaufen sind, werden sie nicht mehr zurückbehalten.

Es kommt eher selten vor, dass die Stadt Luxemburg selbst fundamentale Änderungen an einem Projekt vornimmt. Ich sehe wahrlich nicht, was wir, würden wir das Projekt erneut ausarbeiten, besser machen könnten.

Es ist zu befürchten, dass die Preise der Rohmaterialien wegen des Iran-Krieges erneut substanziell steigen werden, weshalb nicht auszuschließen ist – und dies erfreut auch mich nicht –, dass wir uns in den kommenden Monaten mit weiteren rektifizierten Kostenvoranschlägen werden befassen müssen.

Rat Gabriel BOISANTE (LSAP): Es freut mich zu hören, dass auch Schöffe Mosar das Problem bei den Studienbüros sieht. Zu keinem Moment habe ich die hervorragende Arbeit, die unsere Dienststellen leisten, in Frage gestellt.

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Wir werden diese Aussagen an unsere Dienststellen weitergeben.

Der rektifizierte Kostenvoranschlag wird mit den Stimmen der Vertreter von DP, CSV und ADR gutgeheißen. Die Vertreter von déi gréng, LSAP und déi Lénk haben sich beim Votum enthalten.

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Dann bin ich mal gespannt, wer am Tag der offiziellen Eröffnung des Scouts-Homes anwesend sein wird.

VIII URBANISMUS

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Die punktuelle Änderung am schriftlichen und grafischen Teil des Teilbebauungsplanes QE „Kirchberg Grünewald Sud [KIR-gs]“ werden wir heute nicht behandeln können. Wir warten auf ein noch fehlendes Schriftstück.

1) Punktuelle Änderung am grafischen Teil des Flächennutzungsplans bezüglich der vom Teilbebauungsplan NQ „Lycée Kuebebiert [KI-19]“ betroffenen Grundstücke (Kirchberg)

Der Gemeinderat ist aufgerufen, einer punktuellen Änderung am grafischen Teil des Flächennutzungsplans betr. Grundstücke, die durch den Teilbebauungsplan NQ „Lycée Kuebebiert [KI-19]“ abgedeckt sind, zuzustimmen. Diese Änderung ermöglicht neben dem Bau des neuen „Lycée Michel Lucius“ und seiner Sportanlagen auch die Realisierung des Projekts „Pointe Est“, das die ersten Etappe der Umsetzung des neuen Stadtteils „Kuebebiert“ darstellt. Dabei wird eine Restfläche des Teilbebauungsplans NQ KI-19 „Lycée Michel Lucius“ für ein Projekt umgewidmet, das den Bau von konventionellen und erschwinglichen Wohnungen mit Erdgeschoss und insbesondere den Bau der Energiezentrale zur Versorgung des Stadtteils vorsieht. Der eingereichte Vorschlag zielt insbesondere darauf ab:

- den „Pointe Est“ genannten Teil der « zone de bâtiments et équipements publics [BEP] » in eine „zone d'habitation 2 [HAB-2]“ umzustufen, um dem „Plan directeur sectoriel Logement (PSL - annexe 1. Zone prioritaire d'habitation ZPH18 – Kuebebiert)“ Rechnung zu tragen;
- den Koeffizienten DL=20 auf DL=32 zu erhöhen, um der neuen Ausweisung als „zone d'habitation 2“ Rechnung zu tragen.

Der Masterplan [KI-19] wird ebenfalls entsprechend der vorgeschlagenen Änderung angepasst. Der Minister für Umwelt, Klima und Biodiversität hat der Stadt Luxemburg bestätigt, dass eine detailliertere Analyse im Rahmen eines Umweltverträglichkeitsberichts nicht erforderlich ist.

Die punktuelle Änderung am grafischen Teil des Flächennutzungsplans wird einstimmig gutgeheißen.

2) Punktuelle Änderung am grafischen Teil des Flächennutzungsplans bezüglich der vom Teilbebauungsplan NQ „Grünewald Ouest [WH-12]“ betroffenen Grundstücke (Weimershof)

Die Stadt Luxemburg beabsichtigt, eine punktuelle Änderung am grafischen Teil des Flächennutzungsplanes für die Grundstücke belegt durch den Teilbebauungsplan NQ „Grünewald Ouest [WH-12]“ in Weimershof vorzunehmen. Die punktuelle Änderung sieht vor:

- einen Teil der „zone d'habitation 2 [HAB-2]“ in eine „zone de bâtiments et équipements publics [BEP]“ umzustufen;
- einen Teil der „zone de sports et de loisirs [REC]“ in eine „zone d'habitation 2“ umzustufen;
- den Teilbebauungsplan NQ [WH-12] um die als „zone d'habitation 2“ neu ausgewiesenen Grundstücke zu erweitern;
- den COS von 0,60 auf 0,65 und den CUS von 1,35 auf 1,48 zu erhöhen;
- die Wohndichte von 130 auf 95 Wohneinheiten zu reduzieren;
- die Grenzen der „zone de servitude 'urbanisation' - éléments naturels [EN]“ geringfügig anzupassen.

Diese punktuelle Änderung des Flächennutzungsplans hat auch eine Anpassung des WH-12-Masterplans zur Folge.

Die Änderung des Flächennutzungsplans ermöglicht die erfolgreiche Umsetzung des Teilbebauungsplanes NQ, der ein nachhaltiges, an der Oberfläche autofreies Wohngebiet mit unter anderem rund 370 Wohnungen und der Waldorfschule Luxemburg vorsieht.

Das Ministerium für Umwelt, Klima und nachhaltige Entwicklung hat der Stadt Luxemburg im April 2023 bestätigt, dass eine detailliertere Analyse im Rahmen eines Umweltverträglichkeitsberichts nicht erforderlich ist.

Diese Änderung des Flächennutzungsplanes impliziert auch eine Anpassung des grafischen Teils des entsprechenden Teilbebauungsplanes QE, der Gegenstand eines separaten Dokuments ist.

In der Sitzung vom 8. Juli 2024 hatte der Gemeinderat der punktuellen Änderung am grafischen Teil des Flächennutzungsplans zugestimmt. Innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen 30-Tage-Frist zur öffentlichen Einsicht des Dossiers waren keine Einwände eingereicht worden. Eine Informationsversammlung für die Bürger hatte am 18. Oktober 2024 im Rathaus stattgefunden. Die „Commission d'aménagement“ des Innenministeriums hatte in ihrer Stellungnahme, die am 24. April 2025 bei der Stadt eingegangen ist, mehrere Anmerkungen und Beobachtungen vorgebracht. Der Urbanismus-Dienst der Stadt Luxemburg hat diesbezüglich Stellung genommen und das Projekt wurde entsprechend angepasst.

Die punktuelle Änderung am grafischen Teil des Flächennutzungsplans wird einstimmig gutgeheißen.

3) Punktuelle Änderung des Teilbebauungsplans QE betreffend die vom Teilbebauungsplan NQ „Grünwald Ouest [WH-12]“ betroffenen Grundstücke

Im Zuge einer punktuellen Änderung des grafischen Teils des Flächennutzungsplans bezüglich der vom Teilbebauungsplan NQ „Grünwald Ouest [WH-12]“ abgedeckten Grundstücke ist der grafische Teil des Teilbebauungsplans QE entsprechend anzupassen. Gemäß dem in Artikel 30 des abgeänderten Gesetzes vom 19. Juli 2004 über die kommunale Planung und Stadtentwicklung festgelegten Annahmeverfahren wurde der Antrag der „Cellule d'évaluation“ des Innenministeriums vorgelegt. Innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen 30-Tage-Frist zur öffentlichen Einsicht des Dossiers wurden keine

Einwände eingereicht. Die „Cellule d'évaluation“ hat keine Anmerkungen vorgebracht.

Die punktuelle Änderung des Teilbebauungsplans QE wird einstimmig gutgeheißen.

4) Teilbebauungsplan NQ „Grünwald Ouest [WH-12]“ (Weimershof)

Die Stadt Luxemburg wurde mit dem vom Büro Dewey Muller im Auftrag des „Fonds d'Urbanisation et d'Aménagement du Plateau de Kirchberg“ (FUAK) erstellten Teilbebauungsplan NQ befasst, begreifend ein Ensemble von Grundstücken gelegen in Weimershof. Das Projekt „Grünwald Ouest“ umfasst Grundstücke (406,03 Ar), die über die Rue André Vésale, die Rue des Labours und die Rue de Kevelaer erreichbar sind.

Die sich aus den Koeffizienten des Flächennutzungsplans ergebende Bruttogeschossfläche beträgt maximal 60.009 qm, wovon maximal 45.009 qm für Wohnzwecke vorgesehen sind. Die ausschließlich für Wohnen reservierte Bruttogeschossfläche beläuft sich auf 36.689 qm. Da der FUAK ein öffentlicher Bauträger ist, wird gemäß Artikel 29bis des geänderten Gesetzes vom 19. Juli 2004 über die kommunale Raumplanung und Stadtentwicklung keine zusätzliche Bruttobaufläche generiert. Darüber hinaus sind 15.000 qm für die Waldorfschule vorgesehen. Die verbleibende Bruttobaufläche kann noch für Wohnen, Büros (geplant 1.250 qm), Einzelhandel (geplant 625 qm) und Dienstleistungen genutzt werden. Die maximale Wohndichte des Projekts liegt bei 91 Wohneinheiten pro Hektar und ermöglicht den Bau von maximal 370 Wohneinheiten. Die der Stadt kostenlos zu überlassende Fläche beträgt rund 91,53 Ar, was etwa 22,54 % der Bruttofläche des Teilbebauungsplans NQ entspricht.

Der Schöffenrat schlägt dem Gemeinderat vor, auf die in Artikel 34 (2) des abgeänderten Gesetzes vom 19. Juli 2004 über die Stadtplanung und Stadtentwicklung vorgesehene Entschädigung für die Fläche von weniger als einem Viertel der Gesamtfläche des Teilbebauungsplanes NQ zu verzichten, da sich das Projekt in einem vollständig urbanisierten Gebiet befindet und der Bau neuer Straßen daher nicht erforderlich ist.

Da der Teilbebauungsplan NQ mehr als 10 Wohneinheiten vorsieht und gemäß Artikel 29bis des genannten Gesetzes mindestens 15 % der für Wohnraum vorgesehenen Bruttogeschossfläche für bezahlbaren Wohnraum reserviert werden müssen, entspricht dies einer Fläche von 6.797 qm, was etwa 57 Wohneinheiten entspricht.

Gemäß dem diesem Teilbebauungsplan beigefügten punktuellen Änderungsvorschlag zum Flächennutzungsplan ist das Gelände zum Teil als „zone d'habitation 2 [HAB-2]“ und zum Teil als „zone de bâtiments et équipements publics [BEP]“ ausgewiesen. Diese Gebiete werden teilweise von einer „zone de servitudes 'urbanisation' - éléments naturels EN“ überlagert, welche wiederum von einer „zone soumise à un plan d'aménagement particulier NQ“ überlagert werden. Mit einem COS von 0,60, einem CUS von 1,48, einem CSS von 0,65 und einer Wohndichte von 91 Wohneinheiten pro Hektar entspricht der Teilbebauungsplan NQ den Höchstwerten, die im Projekt zur punktuellen Änderung des Flächennutzungsplans, der diesem Teilbebauungsplan beiliegt, festgelegt sind.

Der Teilbebauungsplan orientiert sich grundsätzlich an den im SD-Masterplan WH-12 „Grünwald Ouest“ festgelegten Richtlinien, der im Rahmen der punktuellen Änderung des Flächennutzungsplans angepasst wurde.

Innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen 30-Tage-Frist zur öffentlichen Einsicht des Dossiers wurden zwei Beschwerdeschreiben eingereicht. Die „Division de l'inspection sanitaire“ hat das Projekt am 4. November 2024 unter gesundheitlichen Gesichtspunkten begutachtet und verschiedene Empfehlungen ausgesprochen. Die „Cellule d'évaluation“ hat im April 2025 verschiedene Anmerkungen und Beobachtungen ausgesprochen. Der Urbanismusedienst der Stadt Luxemburg hat zum Gutachten der „Cellule d'évaluation“ und den eingebrachten Einwänden Stellung bezogen. Das Projekt wurde entsprechend angepasst.

Der Teilbebauungsplan NQ „Grünwald Ouest [WH-12]“ wird einstimmig gutgeheißen.

5) Punktuelle Änderung am grafischen Teil des Flächennutzungsplans bezüglich der Parzellen mit der Katasternummer 444/2381, 444/2396 und 443/2131 (Rue de Marville in Beggen)

Nach einer vom Eigentümer eingeleiteten Beschwerde hat das Verwaltungsgericht am 24. Juni 2024 den Beschluss des Gemeinderats vom 15. November 2021, welcher den Antrag auf punktuelle Änderung des Flächennutzungsplans im Sinne einer Umstufung eines Teils der Parzelle 444/2381 gelegen im Bereich der Rue de Marville von einer „zone de verdure [VERD]“ in eine „zone d'habitation 2 [HAB-2]“ abgelehnt hatte, aufgehoben. Die Stadt hat keine Berufung eingelegt. Folglich ist die Stadt verpflichtet, den grafischen Teil des Flächennutzungsplanes entsprechend anzupassen, um:

- einen Teil der Parzellen 444/2381 und 444/2396 von einer „zone de verdure [VERD]“ in eine „zone d'habitation 2 [HAB-2]“ umzustufen;
- einen Teil der Parzelle 443/2131 von einer „zone de verdure [VERD]“ in eine „zone de bâtiments et équipements publics [BEP]“ umzustufen;
- die Grenzen der betroffenen Zonen zu korrigieren.

Am 27. November 2024 hat der Minister für Umwelt, Klima und Biodiversität der Stadt bestätigt, dass eine eingehendere Analyse im Rahmen einer Umweltverträglichkeitsprüfung nicht erforderlich ist. Er fügte jedoch hinzu: « *Il s'avère nécessaire de clarifier le statut de protection des structures ligneuses y présentes en vertu de la loi modifiée du 18 juillet 2018 concernant la protection de la nature et des ressources naturelles avant leur destruction ou réduction.* »

Die Änderung des Flächennutzungsplans impliziert eine Änderung des „plan de repérage“ des Teilbebauungsplanes QE, die Gegenstand eines separaten Dokuments ist.

In der Sitzung vom 16. Juni 2025 hat der Gemeinderat dieser punktuellen Änderung am grafischen Teils des Flächennutzungsplanes zugestimmt. Innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen 30-Tage-Frist zur öffentlichen Einsicht des Dossiers wurden keine Einwände eingereicht. Eine Informationsversammlung für die Bürger hat am 19. Oktober 2025 im Rathaus stattgefunden. Der Minister für Umwelt, Klima und Biodiversität hat am 22. September 2025 eine positive Stellungnahme zu dem Projekt abgegeben und hat betont, dass der Schutzstatus der bestehenden Waldstrukturen vor deren Zerstörung oder Reduzierung gemäß dem geänderten Gesetz vom 18. Juli 2018 zum Schutz der Natur und der natürlichen Ressourcen geklärt werden müsse. Die „Commission d'aménagement“ des Innenministeriums hat ein positives Gutachten erstellt, das am 24. Dezember 2025 im Generalsekretariat eingegangen ist.

Die punktuelle Änderung am grafischen Teil des Flächennutzungsplans wird einstimmig gutgeheißen.

6) Punktuelle Änderung am grafischen Teil des Teilbebauungsplans QE – Parzellen Nr. 444/2381, 444/2396 und 443/2131 (Rue de Marville in Beggen)

Im Rahmen einer punktuellen Änderung am grafischen Teil des Flächennutzungsplans bezüglich der Parzellen Nr. 444/2381, 444/2396 und 443/2131 (Rue de Marville) ist der grafische Teil („plan de repérage“) des Teilbebauungsplanes QE entsprechend anzupassen. Gemäß dem in Artikel 30 des abgeänderten Gesetzes vom 19. Juli 2004 über die kommunale Planung und Stadtentwicklung festgelegten Annahmeverfahren wurde das Dossier der „Cellule d'évaluation“ des Innenministeriums vorgelegt. Innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen 30-Tage-Frist zur öffentlichen Einsicht des Dossiers wurden keine Beschwerden eingereicht. Die „Cellule d'évaluation“ hat in ihrer Stellungnahme, die der Stadt Luxemburg am 24. Dezember 2025 übermittelt wurde, keine Bemerkungen abgegeben.

Die punktuelle Änderung am grafischen Teil des Teilbebauungsplans QE wird einstimmig gutgeheißen.

7) Neuordnung von Bauland

Folgende Anträge zur Bebauung von Grundstücken werden einstimmig gutgeheißen:

- 184, Rue de Rollingergrund: Zusammenlegung der Parzellen 92/3345 und 92/3535 zwecks Schaffung eines neuen Bauplatzes, auf dem ein Neubau entstehen kann;
- 113, Kohlenberg: Teilung der Parzelle 385/2859 zwecks Schaffung von zwei Bauplätzen, auf denen jeweils ein Neubau entstehen kann;
- 15, Rue des Arquebusiers: Teilung der Parzelle 678/1751 zwecks Schaffung von zwei Losen, von denen das Los 678/X1 in einer späteren Phase mit der angrenzenden Parzelle 678/7478 zusammengelegt wird;
- Rue d'Ostende: Zusammenlegung der Parzellen 675/7491, 670/7489, 668/7486 und 665/7484 zwecks Schaffung eines neuen Bauplatzes, auf dem ein Neubau entstehen kann;
- 12, Rue de Dormans: Teilung der Parzelle 841/4120 zwecks Schaffung von zwei Losen; das Los 841/X1 ist teilweise mit dem Haus gelegen 12, Rue de Dormans belegt; das Los 841/X2 wird als Garten für das Haus gelegen 10, Rue de Dormans genutzt.

IX TAXENREGLEMENT: NEUE KAPITEL G-6 UND A1

Der Gemeinderat stimmt einstimmig dem neuen Kapitel „G-6: Stade de Luxembourg“ im Teil „G: Sport, Tourisme et Loisirs“ sowie dem neuen Kapitel „A-1: Tarifs de personnel“ im Teil „A: Administration“ des Taxenreglements zu.

X ANPASSUNG DES ABGEÄNDERTEN REGLEMENTS VOM 5. MAI 2014 ÜBER DAS ABFALLMANAGEMENT SOWIE DES TAXENREGLEMENTS

Der Gemeinderat ist aufgerufen, der Anpassung des abgeänderten Reglements vom 5. Mai 2014 über das Abfallmanagement sowie der Abänderung des Kapitels „F-4: Déchets“ im Teil „F: Environnement et sécurité“ des Taxenreglements zuzustimmen. Die Änderungen betreffen die Sammlung von Bioabfällen und sind aufgrund des Beitritts der Stadt Luxemburg zum Syndikat Minett-Kompost notwendig geworden.

Rat François BENOY (déi gréng): Unsere Fraktion wird die vorliegenden Vorschläge mittragen. Wie will der Schöffenrat die Bürgerinnen und Bürger über die Möglichkeiten zur Kompostierung informieren?

Seit Langem fordern wir, dass die Bürgerinnen und Bürger zu einer besseren Trennung des Abfalls, zur Reduzierung des Restmülls ermutigt und finanziell belohnt werden sollen. Dies kann erfolgen, indem die zu zahlende Gebühr sich nach der Häufigkeit der Leerung der Mülltonne oder nach dem Gewicht des Mülltonneninhalts richtet. Die Vorgehensweise hat sich in vielen Teilen des Landes als sehr wirksam erwiesen. Die Müllmengen in der grauen Tonne konnten so merklich reduziert werden. Was anderen Gemeinden gelingt, sollten auch wir hinbekommen. Wann gedenkt der Schöffenrat den Gemeinderat mit einer substanzielleren Reform der Abfallgebühren zu befassen?

Rat Bob BIVER (CSV): In der Sitzung vom 19. März 2026 hat sich die zuständige beratende Kommission mit den Anpassungen, die aufgrund des Beitritts der Stadt Luxemburg zum Syndikat Minett-Kompost notwendig werden, befasst. Die vorgeschlagenen Anpassungen wurden einstimmig positiv begutachtet.

Schöffe Patrick GOLDSCHMIDT: Die Stadt Luxemburg ist seit einigen Jahren Mitglied von Minett-Kompost. Eine Änderung des Taxenreglements infolge dieses Beitritts war damals nicht möglich, weil eine Umsetzung des Verursacherprinzips noch nicht erfolgt war. Zusammen mit externen Fachbüros haben wir an diesem Dossier gearbeitet. Derzeit müssen noch einige Punkte geklärt werden, doch die Anwendung des Verursacherprinzips dürfte dazu führen, dass die Gebühren für die graue Tonne entsprechend der Häufigkeit der Leerung berechnet werden. Die Software, mit der wir arbeiten, soll ersetzt werden. Wir arbeiten an der Ausarbeitung einer Taxenstruktur, die den gesetzlichen Vorschriften Rechnung trägt. Nachdem wir die notwendigen Anpassungen am Taxenreglement vorgenommen haben, steht einer Sensibilisierungskampagne rund um die braune Tonne nichts mehr im Wege. Die Bürgerinnen und Bürger werden darüber informiert, was in die braune Tonne hineindarf und was nicht. Mit der vorgenommenen Anpassung des Taxenreglements werden die Bürger die braune Tonne noch sinnvoller nutzen können.

Der Gemeinderat stimmt den vorgeschlagenen Änderungen einstimmig zu.

XI VORSTELLUNG DES UMWELTBERICHTS 2024 UND DES UMWELTAKTIONSPLANS

Schöffe Maurice BAUER: Ich habe die Ehre, Ihnen heute den Umweltbericht 2024 vorzustellen. Vorweg möchte die Gelegenheit nutzen, mich bei Herrn Pierre Schmitt und seinem

Team für die hervorragende Arbeit zu bedanken. Der Bericht umfasst 150 Seiten, voll gespickt mit Informationen, mit Ergebnissen. Es lohnt sich, das vorliegende Dokument in Ruhe durchzulesen, denn es zeigt, wie aktiv Umweltpolitik in der Stadt Luxemburg betrieben wird. Nicht nur Herr Schmitt und sein Team verdienen Lob für ihre Arbeit, sondern auch alle anderen Dienststellen. Wenn wir heute einen derart umfangreichen Bericht präsentieren können, so auch dank des guten Zusammenspiels aller Dienststellen der Stadt Luxemburg. Der Umweltaspekt beeinflusst auf die eine oder andere Weise alle Dienststellen. Die Umweltpolitik zählt ebenfalls zu den Prioritäten des Schöffenrates. Es freut uns, die großartige Arbeit, die in den letzten Jahren geleistet wurde, hervorstreichen zu können.

Vor zwei Jahren hatten wir angekündigt, die Verzögerungen, zu denen es im Zusammenhang mit der Erstellung der Umweltberichte gekommen war, aufzuarbeiten. Bedingt waren diese Verzögerungen durch den Umstand, dass nicht alle Daten zugänglich waren, da wir beim Zusammentragen verschiedener Daten auf externe Quellen angewiesen sind und wir in der Situation waren, dass verschiedene Stellen uns nicht alle Informationen in der gewünschten Form liefern konnten. Der Umweltbericht 2024 liegt nun vor. Im Laufe dieses Jahres werden wir ebenfalls den Umweltbericht 2025 vorstellen können, womit wir dann den Rhythmus, den wir uns vor Jahren vorgegeben haben, erreicht hätten. Dabei gilt es jedoch zu betonen, dass wir es weiterhin mit einer gewissen Inkompressibilität zu tun haben werden, da wir eine Reihe von Informationen erst im Laufe des darauffolgenden Jahres - eine Reihe der Daten zur Erstellung z.B. des Umweltberichtes 2026 werden wir erst im Laufe des Jahres 2027 erhalten - werden einsammeln können, weil sie von vielen verschiedenen Quellen zusammengetragen werden müssen. Die einzelnen Daten müssen kontrolliert und miteinander verbunden, verglichen werden, um einen maximal informativen Bericht erstellen zu können. Demnach wird es wohl so sein, dass wir den Bericht des Vorjahres nicht vor September des darauffolgenden Jahres werden präsentieren können.

Vergangenes Jahr hat die Umweltkommission uns verschiedene Aufgaben mit auf den Weg gegeben. Die Kommission bat uns, für die Jahre 2025 und 2026 einen Two-Pager mit den festgehaltenen Prioritäten zu erstellen. Dieses Dokument liegt dem Gemeinderat ebenfalls vor.

Dem Umweltbericht 2024 liegt erneut eine Infografik, eine Art Kurzfassung aller im Jahre 2024 im Umweltbereich durchgeführten Aktionen bei. In den kommenden Tagen wird diese Infografik sowie nützliche Informationen (Subventionen, Kontaktadressen) an alle Haushalte der Stadt Luxemburg verteilt werden. In diesen Unterlagen wird auch ein QR-Code zu finden sein, über den der interessierte Bürger Zugang zum Umweltbericht 2024 erhält.

Die verschiedenen Dienststellen der Stadt Luxemburg arbeiten zusammen wie die Rädchen einer Schweizer Uhr. Nur in Teamarbeit können die verschiedenen Aktionen durchgeführt und der Bericht erstellt werden.

Der Umweltbericht hat eine thematische Gliederung. Im Folgenden werde ich auf die verschiedenen Themen eingehen: Energie und Klima; Wasser; Abfall und Ressourcen; Natur und Biodiversität; Mobilität; Stadtplanung und Bauwesen; Nachhaltiger Konsum; Urbane Gesundheit; Information und Sensibilisierung; Kooperation und Partizipation.

Energie und Klima. Es lässt sich ein konsequenter Rückgang der CO₂-Emissionen auf Ebene der Gemeindeverwaltung feststellen. Unsere Dienststellen leisten ihren Beitrag, um zu erreichen, dass die CO₂-Emissionen zurückgehen. Auf Ebene des Stadtgebietes lässt sich eine gewisse Stabilität bei den CO₂-Emissionen feststellen. Um einen weiteren Rückgang der CO₂-Emissionen zu erreichen, werden weitere

Sensibilisierungsaktionen durchgeführt. Sie sollen die Bürgerinnen und Bürger ermutigen, Teil der Lösung zu sein. Wir sind uns bewusst, dass dies seine Zeit brauchen wird. Mit Vorschriften lässt sich dabei nicht viel erreichen, weshalb wir weiterhin Überzeugungsarbeit leisten und versuchen werden, die Bürger auf den Weg der Anstrengungen zur CO₂-Reduzierung mitzunehmen.

Vor drei Jahren hat die Stadt Luxemburg ein sehr großzügiges Subventionsangebot lanciert. Die von der Stadt Luxemburg ausbezahlten Subsidien richten sich an den staatlichen Subventionen aus. Der von der Stadt Luxemburg ausbezahlte Subventionsbetrag bei der Installation einer Photovoltaikanlage, bei Pellet- oder Holzhackschnitzelkessel, bei Wärmepumpen, bei der Isolation von Mauern, Dächern usw.) liegt bei 50 Prozent der vom Staat gezahlten Subventionen. Für den Kauf neuer energieeffizienter Geräte (Trockner, Waschmaschine, Spülmaschine, Kühlschrank, Gefriertruhe) gewährt die Stadt kommunale Prämien, ebenso beim Einbau von neuen Fenstern (energetische Sanierung). Für begrünte Dächer gewährt die Stadt Luxemburg ebenfalls Zuschüsse. Der Kauf von Elektro-Autos wird bezuschusst und auch bei der Installation einer privaten Ladeinfrastruktur kann der Bürger mit einer finanziellen Unterstützung rechnen.

Diese Maßnahmen tragen erste Früchte. Im Jahr 2023 sind 482 Subventionsanträge bei der Stadt Luxemburg eingegangen. Im Jahr 2024 waren es 528 Anträge. Dieser Trend setzt sich fort. Für das Jahr 2025 stellen wir fest, dass die Zahl der Anträge weiter gestiegen ist. Die Informationen und Erklärungen über die verschiedenen Subventionen erhalten die Bürger der Stadt Luxemburg über Verteilung in alle Briefkästen. Parallel dazu werden diese Informationen regelmäßig über unser City Magazine verbreitet und selbstverständlich können sie auch online über unsere Internetseite eingesehen werden. Für das Jahr 2024 haben die von der Stadt Luxemburg ausbezahlten Zuschüsse einen Betrag von rund 700.000 Euro erreicht.

Im Bereich Klimapakt sind ebenfalls Fortschritte zu verzeichnen. Über das Lob von Rat Back an die Adresse unserer Dienststellen konnte ich mich nur freuen. Im Oktober 2025 wurde die Stadt Luxemburg mit dem „European Energy Award Gold“ ausgezeichnet, da sie beim erneuten Audit des Klimapakts 2.0 eine Punktzahl von über 75 % erreicht hat. Dem Umweltbericht 2024 ist zu entnehmen, dass am kommunalen Klimaplan gearbeitet wurde und ein „concept énergétique“ für das Gebiet der Stadt Luxemburg entwickelt wurde. Um die verschiedenen Analysen durchführen zu können, hat die Stadt sich die hierfür erforderlichen Instrumente gegeben (digitaler Zwilling „énergie – carbone“). Die Elektrifizierung der Fahrzeugflotte der Stadt Luxemburg wird weiter vorangetrieben. Derzeit wird geprüft, auf welchen Dächern von Gemeindebauten noch Photovoltaikanlagen installiert werden können. Es wird eine Karte der Hitzeinseln erstellt. Die Stadt Luxemburg beteiligt sich an der Erstellung einer nationalen bioklimatischen Karte.

Natur und Biodiversität. Auch der Naturpakt verwendet ein Zertifizierungssystem, ähnlich dem des Klimapakts mit vier Leistungsstufen. Die Stadt Luxemburg hat die Stufe der Basis-Zertifizierung erreicht. In einer nächsten Etappe wird die Zertifizierung „Silber“ angestrebt. Zusammen mit dem LIST werden Analysen über den Gesundheitszustand der Bäume durchgeführt und es wird untersucht, welche Maßnahmen ergriffen werden können. Die erste Phase der Renaturierung der Petrus ist abgeschlossen. Phase 2 wurde 2024 lanciert. 2024 wurde an der Organisation der LUGA, die vergangenes Jahr stattgefunden hat, gearbeitet. Im Jahr 2024 haben wir mit der Entwicklung des „concept de végétalisation“ sowie mit der Entwicklung von Projekten im „milieu ouvert“ begonnen. Die Stadt Luxemburg hat sich das Ziel gesetzt, bis 2030 insgesamt 30.000 Bäume auf dem Stadtgebiet zu pflanzen. In Zusammenarbeit mit „IMS Luxembourg“, die stark mit den in Luxemburg angesiedelten Unternehmen vernetzt ist, haben

wir das Projekt „Trees in the City - Business in Action“ lanciert, wobei versucht wird, lokale Unternehmen mit ins Boot zu holen. Der „Local green Deal“ wurde lanciert. Im „Bambësch“ wurde eine „réserve forestière intégrale“ angelegt. Im Kampf gegen invasive Pflanzenarten arbeiten wir mit dem nationalen Naturkundemuseum und einem Fachbüro zusammen.

Dies alles zeigt, dass auch in diesem Bereich viel gearbeitet wird. Die verschiedenen Projekte benötigen Ressourcen und es braucht seine Zeit, die verschiedenen Projekte und Aktionen umzusetzen.

Stadtplanung und Bauwesen. Auch in diesem Bereich werden Pilotprojekte lanciert. In diesem Zusammenhang ist das Projekt „Mombels Haff“ zu nennen. Im Jahre 2024 wurde der Wasserspeicher Kirchberg fertiggestellt. 2024 sind 91 % der stadteigenen Wohnungen und 94 % der „bâtiments fonctionnels“ der Stadt mit einem Energiepass ausgewiesen. Es wurde ein „plan d'assainissement“ für die verschiedenen „bâtiments fonctionnels“ der Stadt Luxemburg erstellt. Demnächst werden uns die Energiesanierungspläne für die energieeffizienten Gebäude „Schwaartz Haus“ im Stadtteil Cents und die Victor-Hugo-Halle im Stadtteil Limpertsberg vorgelegt werden. Die Stadt Luxemburg hat sich an der Entwicklung des nationalen „plan contre le bruit“ beteiligt. Die „Checklist de bonnes pratiques bâtiments et urbanisme écologiques et sains“ ist in Vorbereitung. Es werden Schulungen für unsere Mitarbeiter angeboten. Die interne Plattform „re-use“ wurde eingerichtet. Es wird an der Erstellung einer „Checklist des bonnes pratiques urbanisme“ gearbeitet, die den Architektenbüros als Guideline dienen kann. Unsere Dienststelle arbeitet an der Erstellung eines neuen Baureglementes, welches sich am nationalen „règlement-type“ ausrichten wird.

Wasser (Abwasser, Oberflächenwasser und Trinkwasser). Die großen Anstrengungen, die von Schöffin Beissel und der zuständigen Dienststelle unternommen werden, tragen dazu bei, dass die Qualität der Gewässer auf dem Gebiet der Hauptstadt immer besser wird. Die Stadt Luxemburg tätigt hohe Investitionen, um die Überschwemmungsrisiken zu minimieren. Die Kläranlage in Beggen wird für die Herausforderungen der Zukunft fit gemacht, wobei selbstverständlich auch Nachhaltigkeitsaspekten Rechnung getragen wird. Der Pro Kopf-Wasserverbrauch in der Stadt Luxemburg konnte stabilisiert werden. Es werden intelligente Wasserzähler installiert. Beim Einsatz von Pestiziden ist ein Rückgang festzustellen. An Standorten, wo bei Starkregen ein Schlammlawinen-Risiko besteht, wird geprüft, welche Präventivmaßnahmen zur Begrenzung der erosiven Wirkung von Wasser ergriffen werden können.

Abfall und Ressourcen. Die Abfallmengen pro Einwohner sind stabiler geworden. In der Kommission wurde bemängelt, dass der Pro-Kopf-Verbrauch in der Stadt Luxemburg höher sei als in anderen Gemeinden. Dies ist völlig normal, da die Stadt Luxemburg auch Hauptstadt ist und sich tagsüber doppelt so viele Personen auf dem Gebiet der Stadt befinden als nach Feierabend. Viele Unternehmen und Krankenhäuser sind hier angesiedelt, weshalb es normal ist, dass die Abfallrate weit aus höher ist als in anderen Gemeinden. Schöffe Goldschmidt und die zuständige Dienststelle leisten hervorragende Arbeit, um darüber zu informieren, wie Abfall reduziert und Müll getrennt werden kann. Mit dem Beitritt der Stadt Luxemburg zum Syndikat Minett-Kompost wird den Einwohnern eine weitere Alternative angeboten, um ihre Müllmengen zu reduzieren. Die Arbeit am Projekt „Centre de ressources“, wo der Aspekt Mülltrennung und „re-use“ eine wichtige Rolle spielen, geht weiter. Im Sinne eines verantwortungsbewussten Konsums organisiert die Stadt regelmäßig Repair-Cafés. Wir stellen wiederverwertbare Becher zur Verfügung. Im Rahmen der Initiative „Fairtrade Gemeng“ wird eine lokale Aktionsgruppe eingerichtet, um Sensibilisierungskampagnen für die Öffentlichkeit zu lancieren.

Mobilität. Die Fortschritte im Bereich Mobilität sind beachtlich. Schöffe Goldschmidt und seine Dienststelle unternehmen große Anstrengungen, um den sanften Verkehr zu fördern. Die statistischen Daten zeigen, dass die Zahl der Nutzer des öffentlichen Transports weiter steigt. Beim motorisierten Individualverkehr lässt sich eine gewisse Stagnation feststellen. Demnach ein Schritt in die richtige Richtung.

Die Busflotte der Stadt Luxemburg wird elektrifiziert. Wir hoffen, dass unsere Busflotte bis Anfang kommenden Jahres ausschließlich aus Elektrobussen bestehen wird. Dies wird zu einem weiteren erheblichen Rückgang der CO₂-Emissionen beitragen.

Die Stadt Luxemburg hat 2024, und auch in der Folgezeit, großes Engagement im Zusammenhang mit der Erweiterung des Trambahnnetzes, einer Förderung der Elektro-Ladestationen gezeigt. Wir haben uns Konzepte zur Verkehrsberuhigung in den Stadtteilen gegeben und sind dabei, diese umzusetzen.

Urbane Gesundheit. Die Stadt Luxemburg hat sich an der Entwicklung eines „plan national contre le bruit“ beteiligt. Die Luftqualität in der Stadt hat sich in den vergangenen Jahren erheblich verbessert, wozu nicht zuletzt auch die E-Busflotte beigetragen hat. Im Rahmen der Lärmbekämpfung wird die Stadt Luxemburg auch in der „Commission aéroportuaire“ vertreten sein.

Information und Sensibilisierung. Wir stellen fest, dass sich seit 2024 wesentlich mehr Bürger bei der Stadt Luxemburg melden, um Informationen zu erhalten. Wir arbeiten eng mit der Klima-Agence zusammen. Wir bieten interne Schulungen an. In jeder Ausgabe des City-Magazine sind zwei Seiten dem Thema Nachhaltigkeit gewidmet. So dass wir auch über diesen Weg Sensibilisierungsarbeit leisten.

Kooperation und Partizipation. In diesem Bereich bleibt unsere Arbeit nicht an den Grenzen der Stadt stehen. Wir engagieren uns im Städtenetzwerk Quattropole, u.a. in einer Arbeitsgruppe zum Thema nachhaltige Entwicklung. Die Stadt Luxemburg pflegt eine gute Zusammenarbeit mit der Universität (LIST) und dem IMS. Bei der Entwicklung der Stadtteilpläne werden Verbesserungsvorschläge aufgegriffen und wir sind dabei zu prüfen, wie diese im Rahmen des Möglichen umgesetzt werden können. Die Stadt Luxemburg hat in die Schaffung zusätzlicher Gemeinschaftsgärten investiert.

Dies alles zeigt, wie vielseitig die Aktionen auf allen Ebenen sind. Die Zahl der Aktionen ist groß, doch die Zeit fehlt, um heute im Einzelnen darauf einzugehen, weshalb ich mich freuen würde, wenn jedes Gemeinderatsmitglied sich die Zeit nehmen würde, den Umweltbericht 2024 durchzulesen. Der Bericht ist eine Quelle unzähliger Informationen.

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Ich danke Schöffe Bauer für die Präsentation des Umweltberichts 2024, ein Bericht mit vielen interessanten Informationen.

Rat Fabricio COSTA (déi gréng): Es scheint mir wichtig, eingangs auf den Kontext einzugehen, in dem wir uns momentan befinden: Iran-Krieg und die Folgen, die sich daraus für die Energieversorgung ergeben. Die Preise für fossile Energien steigen. Dies zeigt uns erneut, dass die energetische Transition nicht nur für die Zukunft unseres Planeten wichtig ist, sondern auch für unsere energetische Unabhängigkeit, unsere Sicherheit und unsere Freiheit. Die steigenden Preise werden auf den Geldbeutel der Bürgerinnen und Bürger schlagen, was insbesondere die Haushalte mit mittlerem und niedrigem Einkommen treffen wird.

Bei der Lektüre des Umweltberichts 2024 fällt mir im Gegensatz zu Schöffe Bauer auf, dass die Zahlen, allgemein betrachtet, nicht besonders gut aussehen, dies insbesondere in Bezug auf die energetische Transition. Im Jahr 2024 ist der

Pro-Kopf-Energieverbrauch in der Stadt Luxemburg im Vergleich zu 2014 um 13 Prozent gesunken, dies bei einem Ziel, bis 2030 eine Reduktion von 44 Prozent zu erreichen. Vom Ziel, bis 2030 37 Prozent unseres Energiekonsums mit erneuerbarer Energie, die in der Stadt produziert wird, abzudecken, sind wir noch weit entfernt. Im Jahre 2024 lag die Produktion bei 4 Prozent. Das Ziel, die CO₂-Emissionen bis 2030 um 55 Prozent zu reduzieren, ist in weiter Ferne. Die CO₂-Emissionen auf dem Territorium der Stadt konnten im Jahre 2024 im Vergleich zu 2014 lediglich um 2 Prozent reduziert werden.

Diese Zahlen sind alarmierend, und vor allem beim Ausbau der erneuerbaren Energien und der Senkung der CO₂-Emissionen stellt sich die Frage, ob die gesetzten Ziele überhaupt innerhalb von 6 Jahren noch zu erreichen sind. Wir kennen die Zahlen aus dem Jahr 2026 nicht, doch kann man sich ernsthaft fragen, ob die gesetzten Ziele noch erreicht werden können.

Angesichts dieser Zahlen sollte man meinen, dass die Stadtverantwortlichen hingehen und zusätzliche Maßnahmen ergreifen würden, um zumindest zu versuchen, die gesetzten Ziele zu erreichen. Wir müssen jedoch leider feststellen, dass dies nicht in dem Maße geschieht, wie es die Lage erfordern würde. Es wäre zu erwarten gewesen, dass die Stadt ein neues Maßnahmenpaket schnürt, um die erneuerbaren Energien auszubauen. Im vorliegenden Umweltaktionsplan lassen sich derartige Anstrengungen jedoch nicht erkennen. Wir sagen nicht, dass nichts geschieht. Wir sehen durchaus eine Reihe von guten Initiativen, z.B. die Schaffung einer „communauté énergétique“ innerhalb der Stadtverwaltung oder Studien, die durchgeführt wurden, um Windenergie oder die Installation von Agrar-Photovoltaikanlagen zu fördern. Wir erkennen durchaus an, dass sich die Zahlen auf Ebene der Stadtverwaltung verbessern, doch sind auch hier weitere Anstrengungen in Sachen Energieeffizienz notwendig.

Fakt ist, dass die strukturellen Hürden, die es nach wie vor gibt, die energetische Transition nach wie vor bremsen und nicht schnell genug gehandelt wird, um diese Hürden zu überwinden. Vorhandene Hürden verhindern, dass Bürgerinnen und Bürger Teil der Lösung werden können. In unserem kommunalen Regelwerk gibt es nach wie vor Bestimmungen, die energetische Sanierungen oder die Installation von Solaranlagen an manchen Standorten verhindern. In der Kommission wurden diesbezüglich Beispiele genannt. Auch wir wissen, dass ein nationales Bauenreglement in Ausarbeitung ist, ein Projekt, das wir begrüßen, wobei wir hoffen, dass es denn auch dazu kommen wird. Nichtsdestotrotz sind wir der Ansicht, dass die Stadt Luxemburg nicht warten sollte und stattdessen weiter an einer Anpassung unseres Bauenreglements arbeiten sollte. In der Kommission wurde uns mitgeteilt, dass bereits viel Vorarbeit geleistet wurde. Es wäre demnach schade, wenn diese Arbeit verloren ginge. Ich dachte, die DP-CSV-Koalition sei die Koalition der administrativen Vereinfachung. Warum dann nicht auch auf dieser Ebene? Es wurde gesagt, dass sich mit Vorschriften nicht viel erreichen ließe. Hier sind es die Vorschriften, die ein Vorankommen bremsen. Demnach würde man gut daran tun, die Vorschriften anzupassen, zu vereinfachen, um so den Weg in Richtung erneuerbare Energien zu erleichtern.

Was die Installation von Solaranlagen auf stadteigenen Gebäuden angeht, hat Schöffe Bauer auf die Durchführung einer Studie zwecks Auslotung der verschiedenen Möglichkeiten in diesem Zusammenhang hingewiesen. Wäre es möglich, Näheres über die derzeitige Ausschöpfung des auf stadteigenen Gebäuden vorhandenen Potenzials zu erfahren? Wir meinen, dass man hier prioritär ansetzen muss.

Über die Ausbezahlung von Subventionen kann die Stadt Luxemburg auf die Förderung erneuerbarer Energien einwirken. Die Tatsache, dass die Stadt einen Zuschuss in Höhe von 50 % der vom Staat bewilligten finanziellen Unterstützung

gewährt, ist zu begrüßen. Nichtsdestoweniger stellt sich die Frage, ob nicht jetzt, da die Preise der fossilen Energien steigen, der richtige Moment wäre, diese Beihilfen nach oben anzupassen. Dies wäre ein Signal an die Bürgerinnen und Bürger, jetzt in Energieeffizienz zu investieren. Aus unserer Sicht täte der Schöffenrat zudem gut daran, proaktiver an die Bürger der Stadt Luxemburg heranzutreten, damit ganze Stadtviertel, Häuserreihen und Häuserblöcke energetisch saniert werden. In der Kommission hatte ich mich nach der Bereitschaft der Stadt Luxemburg erkundigt, ähnlich wie andere Gemeinden (z.B. die Gemeinde Differdingen), Initiativen wie das Projekt „Zesumme renovéieren“ zu lancieren und den Bürgern die verschiedenen Möglichkeiten, die es gibt, zu erklären. Die Antwort lautete, dass es eine solche Bereitschaft gebe, es jedoch an einem Feedback der „EnergieAgence“ fehle. Welches ist die Position des Schöffenrates?

Es braucht eine klare Strategie der Stadt Luxemburg für einen Umstieg auf erneuerbare Energien beim Heizen. Wir müssen leider feststellen, dass die Stadtverantwortlichen eher auf eine nationale Initiative warten und wir demnach keine proaktive Haltung erkennen können. Dabei ist klar, dass die Zeit drängt. Welches sind die Pläne des Schöffenrates, um die Bürgerinnen und Bürger bei einer Abkehr vom fossilen Gas zu unterstützen, Stichwort Fernwärmenetze? Dies würde uns allen helfen, uns unabhängiger von Preissteigerungen zu machen, wie wir sie derzeit erleben und auch unabhängiger von Preissteigerungen beim Gas zu werden, sollte der Irankonflikt andauern.

Mobilität ist ein wichtiges Thema. Wo können die Hebel angesetzt werden? Zum einen gilt es die Alternativen zum Verbrenner-Auto zu fördern. Wir erkennen an, dass sich auf dieser Ebene so manches getan hat – ohne jetzt darauf einzugehen, wem welche Verdienste zukommen. Die Tram fährt und die Zahl der Benutzer steigt ständig. Es ist demnach wichtig, das Trambahnnetz nun ohne Verzögerungen weiter auszubauen. Auch auf Ebene der Infrastrukturen für den Radverkehr gibt es Fortschritte zu vermelden. Kürzlich wurden weitere Infrastrukturen, die zumindest auf dem Papier gut aussehen, angekündigt. Fakt ist jedoch, dass das Fahrrad keine reelle Alternative zum Auto darstellen wird, solange wir kein integral zusammenhängendes Fahrradwegenetz haben. Es braucht demnach ein globales Konzept für die Stadt Luxemburg. Wir warten gespannt auf die Ergebnisse der vom Schöffenrat in Auftrag gegebenen Studie. Für *déi gréng* steht außer Frage, dass der sanfte Verkehr absolute Priorität in der Stadt Luxemburg genießen muss. Der sanfte Verkehr ist gut für das Klima, für eine sauberere Luft und allgemein für eine bessere Lebensqualität. *déi gréng* werden die Umsetzung der angekündigten Verbesserungen am Fahrradwegenetz genau verfolgen.

In Bezug auf die Bereiche Umwelt, Naturschutz und Wasser wollte ich den Schöffenrat für die Initiative, auf dem Gebiet der Stadt Luxemburg viele Bäume zu pflanzen, beglückwünschen. Man sollte sich dabei nicht nur auf die Parks konzentrieren, sondern auch ganz allgemein mehr Bäume im öffentlichen Raum pflanzen. Die Idee eines Zählers ist zu begrüßen. *déi gréng* begrüßen auch die verschiedenen Projekte zur Renaturierung unserer Gewässer, u.a. das Renaturierungsprojekt auf dem Abschnitt Pfaffenthal-Beggen. In Zeiten des Klimawandels wird es häufiger zu Starkregen und zu Hochwasser kommen, und selbst wenn jetzt Maßnahmen ergriffen werden, ist davon auszugehen, dass uns diese Problematik weiterhin beschäftigen wird, weshalb die Renaturierungsprojekte aus unserer Sicht absolute Priorität genießen sollten. Es ist zu begrüßen, dass die Stadt Luxemburg Betroffenen eine Gratis-Expertise anbietet und auch kommunale Subventionen gewährt, wenn Präventivmaßnahmen ergriffen werden. Gehe ich Recht in der Annahme, dass diese Hilfe erst 2024 eingeführt wurde? Liegen dem Schöffenrat bereits Zahlen über die Inanspruchnahme dieser Hilfe vor? Den Bürgern werden auch finanzielle Beihilfen für den Aufbau einer Infrastruktur

für Regenwassersammlung gewährt. Dem Bericht war zu entnehmen, dass diesbezüglich noch keine Anfragen bei der Gemeindeverwaltung eingegangen sind. Ist eine Aktion vorgesehen, um diese Beihilfen bekannter zu machen? Sind gemeindeintern Maßnahmen vorgesehen, um Regenwasser zu nutzen und so den Verbrauch von Trinkwasser zu reduzieren?

Der hohe Kalkgehalt im Trinkwasser der Stadt Luxemburg wird immer wieder thematisiert, wobei verschiedene Stadtteile davon stärker betroffen sind als andere. Meinen Informationen zufolge gibt es Überlegungen, direkt auf einer zentraleren Ebene im Sinne einer Wasserentkalkung zu intervenieren. Gibt es ein solches Projekt? Falls ja, wann soll es umgesetzt werden?

In der Kommission haben wir Näheres über die lobenswerte Initiative zur Einrichtung einer verwaltungsinternen Plattform zwecks Wiederverwertung benutzter Materialien erfahren. Bei allgemeiner Betrachtung der uns vorliegenden Zahlen lässt sich jedoch feststellen, dass die Stadt Luxemburg in Bezug auf den Rückgang der Abfallmengen eigentlich besser dastehen könnte, weshalb es hier noch weitere Anstrengungen braucht.

Bereits vor sieben Jahren hatten *déi gréng* eine Reihe von Vorschlägen eingereicht. Damals hatten wir den Schöffenrat aufgefordert, eine Nullabfallstrategie zu entwickeln, mit verbindlichen Zielen und klaren Maßnahmen, um die Abfallmengen deutlich zu reduzieren. Eine solche Strategie gibt es nach wie vor nicht. Wir hatten einen Verzicht auf Einweg-Plastik bei öffentlichen Veranstaltungen gefordert. Mittlerweile hat die EU ein Verbot von Einweg-Plastikverpackungen ab 2030 beschlossen. Wir hatten den Erwerb von Geschirrspül-Anhängern („*Spullweenchen*“) gefordert, die den lokalen bei Veranstaltungen zur Verfügung gestellt werden könnten. Meinen Informationen zufolge wurde auch dieser Forderung bislang nicht Rechnung getragen. Außerdem hatten wir darum gebeten, den Bürgerinnen und Bürgern mehr Möglichkeiten zu bieten, um nicht mehr funktionierende Geräte reparieren zu lassen. Schöffe Bauer hat auf die Repair-Cafés hingewiesen. Es wäre gut, wenn noch mehr solcher Repair-Cafés organisiert werden könnten. Wir hatten mehr „Centres de ressources“ gefordert. Im Bericht lesen wir, dass dies vorgesehen sei. Welches ist hier der Zeitplan? Zudem hatten wir um zusätzliche Maßnahmen im Sinne einer noch stärkeren Förderung der Mülltrennung gebeten. Auch diese Maßnahmen lassen auf sich warten. Eine Maßnahme, die einfach zu ergreifen wäre, wäre die, bei von der Stadt organisierten Veranstaltungen mit dem guten Beispiel voranzugehen. Warum nicht hingehen und die roten Mülltonnen, die bei großen Veranstaltungen aufgestellt werden, durch verschiedene Abfallbehälter ersetzen, die eine Mülltrennung ermöglichen? Auch hatten wir uns für eine Reform der Abfallgebühren eingesetzt.

Wir sehen Fortschritte, doch leider nicht in dem Maße, wie wir sie, nachdem wir die verschiedenen Forderungen vor sieben Jahren vorgebracht haben, erwartet hätten. Demnach bleibt noch einiges zu tun.

Schöffe Bauer hat auf die Einführung einer Checkliste der „Best Practices“ im Sinne eines nachhaltigen und gesunden Urbanismus hingewiesen. Dies klingt nach einer guten Initiative. Mich würde interessieren, ob es diesbezüglich bereits einen Zeitplan gibt und wann die zuständige Kommission mit dem Projekt befasst werden soll. Soll diese Checkliste bei jedem neuen Teilbebauungsplan als Referenz dienen? Wie können wir uns eine Umsetzung des Projektes vorstellen?

Abschließend möchte ich unterstreichen, dass der Umweltbericht sehr übersichtlich und informativ ist. Der Umweltbericht zeugt vom großen Engagement der Dienststelle und vom Willen, Dinge zu bewegen. Wir danken dem ganzen Team für die geleistete Arbeit und ihr Engagement. Es gibt viele gute

Initiativen. Einige davon habe ich angeführt. In verschiedenen Bereichen mangelt es aber nach wie vor an Ehrgeiz, so z.B. im Bereich Energieeffizienz. Auch wir sind uns bewusst, dass eine Gemeinde nicht alles tun kann und vieles auch davon abhängt, was sich auf nationaler und auf europäischer Ebene tut. Nichtsdestoweniger soll und muss eine Gemeinde ihren Teil dazu beitragen. Bei der Stadt Luxemburg gibt es noch etwas Luft nach oben. Es braucht mehr Tempo, insbesondere bei der energetischen Transition und der Abfallvermeidung, denn nur so schaffen wir mehr energetische Unabhängigkeit und sichern unseren Kindern die notwendigen Lebensgrundlagen für eine gute Zukunft.

Rätin Angélique BARTOLINI (CSV): Wir möchten uns zunächst bei Herrn Pierre Schmitt und seinem Team für die Präsentation sowie bei allen beteiligten Dienststellen für ihre Mitarbeit bedanken. In der Kommission konnten wir uns eingehend mit den Details des Berichts auseinandersetzen. Besonders hervorzuheben sind die hohe Qualität der Arbeit und die in den letzten Jahren erzielten Fortschritte.

Die CSV-Fraktion unterstützt diese Entwicklung. Wir sehen, dass heute ein deutlich strukturierteres Vorgehen mit klaren Prioritäten verfolgt wird, insbesondere in den Bereichen Energie, Klima, Stadtplanung und Biodiversität.

Ich möchte außerdem einen wichtigen Punkt hervorheben: die Bemühungen um die Kommunikation. Die zweiseitige Zusammenfassung und vor allem die Infografik werden an alle Haushalte verteilt. Das ist unerlässlich, denn diese Themen müssen für alle verständlich sein.

Die in der Kommission geführten Diskussionen haben deutlich gezeigt, dass die Stadt Maßnahmen ergreift, sie aber nicht alles allein bewältigen kann. Dies belegen die Daten. Die Fristen lassen sich nur schwer verkürzen, da wir auch von externen Partnern abhängig sind. Das zeigt sich auch bei den CO₂-Emissionen. Fortschritte verlaufen nicht immer linear, insbesondere aufgrund des professionellen Sektors. Daher müssen wir realistisch sein: die Transition hängt nicht nur von der Stadt, sondern auch von den Einwohnern, den Unternehmen und den nationalen Rahmenbedingungen ab. Die Stadt setzt Instrumente ein, bietet Unterstützung und Beratung. Sie entwickelt sich weiter, erprobt und passt sich an.

Wir sehen außerdem, dass konkrete Maßnahmen entwickelt werden, sei es im Bereich städtischer Gebäude, Energieerzeugung oder Stadtbegrünung. Doch die Stadt will oder kann Dinge nicht erzwingen. Und in manchen Fragen bleiben wir von Entscheidungen anderer Ebenen abhängig. Genau darin liegt die eigentliche Herausforderung für die Zukunft. Wie können wir die Maßnahmen ausweiten? Wie können wir die Bürger stärker einbeziehen und die Privatwirtschaft effektiver mobilisieren? Wie überwinden wir bestimmte Hindernisse auf nationaler Ebene? Denn, wie der Bericht deutlich zeigt, machen wir Fortschritte, aber es handelt sich um langfristige Strategien, die ständige Anpassungen erfordern. Es gibt also eine Strategie, es gibt Ergebnisse, aber die Herausforderung besteht darin, die Fortschritte auf territorialer Ebene zu beschleunigen.

Rat Tom WEIDIG (ADR): Nach der Rede von Rat Costa kann ich nur feststellen, dass wir in verschiedenen Realitäten leben. déi gréng kritisieren immer wieder, dass die Stadt Luxemburg bei der Reduzierung der CO₂-Emissionen keine Fortschritte mache. Vergleicht man die CO₂-Emissionen in Deutschland mit denen in Frankreich, fällt auf, dass die CO₂-Emissionswerte in Deutschland weitaus höher liegen, was nicht zuletzt auf den Einfluss einer grünen Ideologie zurückzuführen ist. Die Grünen versprochen, dass mit einer Energiewende die CO₂-Emissionen zurückgehen würden. Das Gegenteil ist eingetreten. Eine Studie von JP Morgan zeigt, dass die Energiepreise nun um 25 Prozent niedriger wären,

wenn es in Deutschland nicht zu einem Atomausstieg gekommen wäre. In Bezug auf die geopolitische Situation verhält es sich so, dass wir geopolitisch erpressbar geworden sind, weil wir keine rationelle Energiepolitik betreiben und stattdessen zunehmend Ihre falsche Politik betreiben. Neben erneuerbarer Energie wird auf billiges russisches Gas gesetzt, das uns momentan nicht geliefert wird. Beim LNG-Gas, das wir aus Amerika importieren, handelt es sich um ein mittels Fracking aus Schieferstein gelöstes Gas – was letztlich auch nicht besonders umweltfreundlich ist. Die Idee, die Fluktuationen der erneuerbaren Energien mit Elektrobatterien ausbalancieren zu können, ist utopisch. Und dann zu behaupten, die Lage werde sich verbessern, wenn wir diese Politik fortsetzen, ist meiner Ansicht nach unsinnig. Was tatsächlich hilft, ist eine rationelle Energiepolitik, was bedeutet, dass alle zur Verfügung stehenden Energiequellen genutzt werden sollen. Sie alle haben Vor- und Nachteile, doch sollten wir nicht ideologisch nur in eine Richtung rennen. Ausschließlich auf erneuerbare Energien zu setzen, ist ein Holzweg. Die gewährten Subventionen erweisen sich als eine Verzerrung des Marktes, weshalb ich mich nur darüber wundern kann, dass eine DP diese Subventionspolitik mitträgt. Wären die Technologien ausgereift und skalierbar, bräuhete es keine Subventionen. Es bringt nichts, Steuergelder für schlechte Projekte auszugeben. Energie sparen zu wollen, ist eine gute Idee. Auch die Initiative, mehr Bäume zu pflanzen, ist positiv. Einfach nur in Richtung Energiewende zu gehen, erachte ich jedoch als den falschen Weg, weshalb es gut wäre, weniger Geld hierin und es stattdessen anderweitig zu investieren.

Rat Fabricio COSTA (déi gréng): Könnte ich die von uns eingereichte Motion noch kurz vorstellen?

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Rat Costa hat das Wort.

Rat Fabricio COSTA (déi gréng): In Anbetracht der vorliegenden Zahlen über die energetische Transition – die nicht sehr gut aussehen – und des Potenzials der erneuerbaren Energien für eine größere Energieunabhängigkeit ist der Schöfferrat aufgerufen, dem Gemeinderat ein Maßnahmenpaket vorzulegen, mit dem Ziel, die erneuerbaren Energien und auch die energetische Sanierung zu fördern. Der Schöfferrat ist des Weiteren aufgefordert, das Bauenreglement sowie den Flächennutzungsplan der Stadt Luxemburg so anzupassen, dass erneuerbare Energien und energetische Renovierungen verstärkt gefördert werden, das Potenzial auf Ebene der Stadt in Bezug auf die städteigenen Gebäude zu prüfen, um prioritär mit erneuerbaren Energien voranzukommen. Des Weiteren appellieren wir an den Schöfferrat, die finanziellen Beihilfen anzuheben, um ein Signal an die Bürgerinnen und Bürger zu geben, jetzt zu investieren. Wir appellieren an den Schöfferrat, Initiativen zur energetischen Sanierung von Stadtteilen, Häuserblöcken (ähnlich dem Projekt „Zesumme renovieren“) zu starten und eine kommunale Strategie klimaneutraler Wärmeversorgung, insbesondere von Wärmenetzen in dicht bebauten Gebieten umzusetzen.

Motion

« Le Conseil communal de la Ville de Luxembourg,

considérant

- le rapport environnemental et plan d'actions 2024 de la Ville de Luxembourg;
- le fait qu'en 2024, la réduction des émissions de CO₂ sur le territoire de la Ville par rapport à 2014 était de 2%, alors que l'objectif pour 2030 est de réduire ces émissions de 55%
- le fait qu'en 2024, le taux de production d'énergies renouvelables sur le territoire de la Ville par rapport

à la consommation d'énergie finale était de 4%, alors que l'objectif pour 2030 est d'amener ce taux à 37%;

- le fait qu'en 2024, la réduction de la consommation d'énergie finale par habitant.e sur le territoire de la Ville par rapport à 2014 était de 13%, alors que l'objectif pour 2030 est d'amener ce taux à 44%;
- la hausse des prix des énergies fossiles suite à l'attaque des Etats-Unis et Israël contre l'Iran le 28 février passé déclenchant un conflit armé entre ces pays;
- le potentiel d'indépendance énergétique qu'offrent les énergies renouvelables une fois installées par rapport aux énergies fossiles;

invite le Collège échevinal

- à présenter dans les plus brefs délais un nouveau paquet de mesures en faveur de la transition énergétique pour soutenir le développement des énergies renouvelables et l'efficacité énergétique;
- à proposer le plus vite possible les adaptations nécessaires au niveau du règlement des bâtisses et des plans d'aménagement afin de favoriser le développement des énergies renouvelables, comme les panneaux solaires ou photovoltaïques et les pompes à chaleur, tout comme la rénovation énergétique en Ville;
- à développer sans délai les potentiels encore disponibles pour l'installation de panneaux solaires sur les toits de bâtiments communaux;
- à proposer une augmentation des aides financières communales en faveur des énergies renouvelables et de la rénovation énergétique des bâtiments;
- à lancer des initiatives en faveur de la rénovation énergétique des quartiers et d'îlots en bloc, à l'instar de projets comme "Zesumme renovieren";
- à mettre en place une stratégie communale en faveur du chauffage neutre en carbone, notamment en faveur des réseaux de chaleur dans les quartiers densément construits. »

Schöffe Maurice BAUER: Ich nutze die Gelegenheit, um darauf hinzuweisen, dass wir heute Morgen zusammen mit den Kindern aus Hamm 400 Bäume und sogenannte „haies gourmandes“ gepflanzt haben. Die daran wachsenden Früchte werden von den Bürgern, die dort spazieren gehen, gepflückt werden können.

Am 11. April wird das nächste Repair-Café stattfinden. Die nächsten Second-Hand-Märkte werden am 12. April und am 15. Juli stattfinden.

Mir hat das Ende der Rede von Rat Costa besser gefallen als der Anfang, denn gegen Ende zeigte er sich bereit anzuerkennen, dass die Stadt tatsächlich eine ganze Reihe von Maßnahmen und Aktionen umsetzt und dass nicht immer alles so einfach ist.

Die Auszeichnung mit dem „European Energy Award Gold“ ist ein Beweis für die Anstrengungen, welche die Stadt Luxemburg unternimmt. Diese Gold-Zertifizierungen werden nicht leichtfertig verliehen. Im Übrigen haben bislang nur 25 der 100 Luxemburger Gemeinden diese Auszeichnung erhalten. Dies als Antwort auf die Kritik von *déi gréng*, wir hätten im Bereich der energetischen Transition nicht viel aufzuzeigen.

Die Dächer von Gebäuden zur Installation von Photovoltaikanlagen zu nutzen, zählt sehr wohl zu den Prioritäten der Stadt Luxemburg. Die Stadt geht mit gutem Beispiel voran. Auf dem Dach eines jeden städteigenen Gebäudes, das sich für die

Installation einer Photovoltaik- oder einer Solaranlage eignet, versuchen wir, eine solche zu installieren. Auf dem Dach der Victor-Hugo-Halle war die Installation einer Photovoltaikanlage vorgesehen, doch leider wurde uns dann mitgeteilt, dass dies aus statischen Gründen nicht möglich sei. Wir prüfen derzeit, ob andere Lösungen möglich sind, sprich, ob sich nicht weniger schwere Solarplatten auf dem Dach installieren ließen. Bei Neubauten und bei bestehenden Gebäuden, die im Besitz der Stadt sind, werden Photovoltaikanlagen im Rahmen des Möglichen installiert.

Rat Costa hat die von der Stadt gewährten Subventionen angesprochen. Es ist noch nicht so lange her, dass diese Beihilfen eingeführt wurden. Die Informations- und Sensibilisierungskampagne ist angelaufen. In der beratenden Kommission haben die Kommissionsmitglieder diesbezüglich Informationen erhalten, sowie auch darüber, dass wir unser Subventionssystem überarbeiten, dies auch vor dem Hintergrund des kommenden Energiegesetzes. Ich finde es traurig, dass Sie Informationen und Erklärungen, die Sie in der Kommission erhalten, immer wieder im Gemeinderat in Frage stellen oder so tun, als ob Sie keine Erklärungen erhalten hätten.

Mit genauen Zahlen über die Inanspruchnahme von Subventionen bei Präventivmaßnahmen gegen Starkregen und Hochwasser kann ich momentan nicht dienen. Die Stadt Luxemburg hat eine umfangreiche Informations- und Sensibilisierungskampagne durchgeführt. Es haben Informationsversammlungen stattgefunden. Wir bieten den Bürgern Beratung an. Die Stadt Luxemburg ist demnach bemüht, präventiv zu handeln.

Auch wir dachten anfangs, dass das Zurverfügungstellen von „Spullweenchen“ nicht kompliziert sein dürfte. Beim Durchgehen der Möglichkeiten, wie wir den Vereinigungen helfen können, sind jedoch viele Fragen aufgetreten und es hat sich gezeigt, dass das Ganze dann doch komplexer ist als gedacht. Von wem sollen defekte „Spullweenchen“ repariert werden, vor allem, wenn es eine Notreparatur braucht, wenn am Wochenende ein „Spullweenchen“ während einer Veranstaltung ausfällt? Im Monat Juli finden an die 250 Feste auf dem Gebiet der Stadt Luxemburg statt. Welche Vereinigung wird bei so vielen Veranstaltungen die Zusage für einen „Spullweenchen“ erhalten? Zusammen mit unseren Mitarbeitern haben wir bereits viele Stunden über die sich stellenden Fragen diskutiert. Unsere Dienststelle leistet eine hervorragende Arbeit, um jede Situation einzeln zu prüfen und bestmögliche Lösungen zu finden. Wir prüfen, was wir den Vereinigungen zur Verfügung stellen können, um ihnen weiter entgegenzukommen, doch wollen wir Lösungen, die Hand und Fuß haben. Wir wollen Ungerechtigkeiten vermeiden.

Eine Gemeinde zu führen ist „daily management“. Tat für Tag gilt es pragmatische Lösungen zu finden. Wir können uns nicht ein Ziel setzen und dann tun, als ob alles ohne Weiteres zu bewerkstelligen wäre. Vieles von dem, was Rat Costa kritisiert, hat der Schöffenrat bereits zusammen mit den Dienststellen geprüft. Pragmatische Anwendungsmöglichkeiten werden im Interesse der Bürgerinnen und Bürger analysiert, denn es ist uns ein wichtiges Anliegen, unsere Stadt nachhaltig aufzustellen und allen Bürgern eine bestmögliche Lebensqualität zu bieten.

Rat Costa hat auf die Notwendigkeit dezentraler „Centres de ressources“ hingewiesen. Auch daran arbeiten wir, doch auch ein solches Projekt braucht seine Zeit. Nach Abschluss des aktuellen „Centre de ressources“-Projektes soll es dann auch um das Projekt eines weiteren Zentrums konkreter werden.

Es hat mich gefreut zu hören, dass Rat Costa lobende Worte für die Einführung einer Checkliste der „Best practices“ für einen nachhaltigen und gesunden Urbanismus gefunden hat. Es handelt sich um eine Liste, die wir den Bürgern der Hauptstadt zur Verfügung stellen wollen. Die Stadt hat sich eine interne Checkliste für die städteigenen Gebäude gegeben.

Sollten Architekten diese übernehmen wollen, können wir dies nur begrüßen. Verpflichtend soll die Checkliste nicht sein.

Der Gasausstieg ist Teil der kommunalen Wärmeplanung. Im Rahmen neuer Teilbebauungspläne wird nicht mehr auf Gas zurückgegriffen. Das Auffangen von Regenwasser ist Bestandteil unserer Checkliste.

déi gréng haben die Schaffung einer internen Plattform zur Wiederverwertung von Materialien begrüßt. Fakt ist und bleibt jedoch, dass wir nach wie vor auch noch von den im Land funktionierenden Systemen abhängig sind.

Das Klimateam kommt zweimal jährlich zusammen. Anlässlich dieser Treffen erhalten die Mitglieder neue Informationen. Die aktuellen Daten werden hier präsentiert. Die von Rat Costa genannten Zahlen beziehen sich auf das Jahr 2024. Ich kann Ihnen mitteilen, dass wir Stand heute die gesteckten Ziele bereits übertroffen haben. Die „European Energy Award Gold“-Zertifizierung spricht für sich.

Im Folgenden möchte ich noch zur Motion von *déi gréng* Stellung beziehen, so dass wir die Motion vielleicht noch heute zur Abstimmung stellen können.

déi gréng fordern ein neues Maßnahmenpaket. Fakt ist, dass wir daran bereits arbeiten. Wir arbeiten an der Entwicklung eines Klimaplanes. Das Klimateam ist in diese Arbeiten eingebunden. Die Fraktion *déi gréng* fordert die Ausarbeitung eines neuen Bautenreglements, obwohl das neue Gesetz noch nicht vorliegt. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass der zuständige Minister versprochen hat, die neuen gesetzlichen Bestimmungen noch in diesem Sommer bzw. bis Anfang Herbst dieses Jahres vorzulegen. Vor diesem Hintergrund wäre es nicht besonders konstruktiv, unser Bautenreglement vorher abzuändern. All die guten Ideen, die wir als Schöffenrat hatten und mit deren Umsetzung wir bereits begonnen haben, haben wir den nationalen Instanzen mit auf den Weg gegeben. Wir gehen von einer konstruktiven Einbindung unserer Ideen aus.

Ich möchte daran erinnern, dass wir dort, wo es möglich ist, auf den Dächern von kommunalen Bauten Photovoltaikanlagen installieren werden.

Eine Überarbeitung der Subventionen wurde angekündigt. Die Vorschläge wurden präsentiert.

Wir stellen demnach fest, dass viele der von *déi gréng* erhobenen Forderungen bereits in Arbeit sind bzw. sich in der Phase der Umsetzung befinden.

déi gréng haben sich nach der Bereitschaft der Stadt Luxemburg erkundigt, ähnlich wie die Gemeinde Differdingen eine Initiative „Zesumme renovéieren“ zu lancieren. In der Kommission haben wir darauf hingewiesen, dass wir auf die Schlussfolgerungen der nationalen Klimaagentur warten, da wir aus den gemachten Erfahrungen lernen wollen.

Wir arbeiten an der kommunalen Wärmeplanung. Wir brauchen den gesetzlichen Rahmen. Sobald dieser besteht, werden wir die Planung umsetzen.

Ziel der Stadt Luxemburg ist es, unsere Stadt nachhaltig aufzustellen und nachhaltig weiterzubringen, weshalb ich dem Gemeinderat vorschlage, die vorliegende Motion heute zur Abstimmung zu stellen. Da Vieles bereits in Ausarbeit ist, schlägt der Schöffenrat dem Gemeinderat vor, die vorliegende Motion zu verwerfen.

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Ich danke Schöffe Bauer nicht nur für die ausführliche Präsentation und die Erklärungen zu den aufgeworfenen Fragen und Bemerkungen, sondern auch für sein Engagement. Der Umweltbericht zeugt von

der guten Arbeit, die geleistet wird. Jeden Tag sind wir alle zusammen bemüht, unsere Stadt noch schöner und lebenswerter zu machen. Sämtliche Dienststellen sind eingebunden. Sie alle haben ihren Teil zu den im Umweltbericht angeführten Ergebnissen beigetragen.

Stellungnahmen zur Motion

Rat Tom WEIDIG (ADR): Unsere Fraktion wird die von *déi gréng* eingereichte Motion nicht unterstützen. In der Motion wird die Nuklearenergie ganz außer Acht gelassen. Die grüne Politik hat einen großen ökonomischen Schaden verursacht: hohe Energiepreise, höherer CO₂-Ausstoß, geopolitisch betrachtet, ist die Erpressbarkeit größer geworden. In der Motion wird es so dargelegt, als ob die Preissteigerung auf den USA/Israel-Irakkrieg zurückzuführen sei. Dies ist nicht der Fall. Die USA und Israel haben keine Schiffe angegriffen. Die Schiffe wurden vom Iran angegriffen und der Iran hat seine Nachbarländer angegriffen, so auch Qatar (als Produzent von Flüssigerdgas). Genau genommen ist es nicht der Iran, sondern das Mullah-Terrorregime, das seit nunmehr 40 Jahren die iranische Bevölkerung unterdrückt.

Rat David WAGNER (déi Lénk): Mir scheint, Rat Weidig bewegt sich in einem anderen Multiversum. Unsere Fraktion wird die vorliegende Motion unterstützen, denn die beste Art und Weise, energetische Engpässe zu vermeiden, ist es, energetische Souveränität zu erlangen. Letztere basiert auf nichtfossilen Energien, nicht auf Atomenergie, die problematisch und zudem teuer ist und die den Steuerzahler demnach auch teuer zu stehen kommt.

Der Schöffenrat kann sagen, dass die Motion überflüssig sei. Was überflüssig ist, kann nichtsdestotrotz unterstützt werden. Wir sind der Ansicht, dass ein Plan zur Reduzierung der CO₂-Emissionen Sinn macht und vor dem Hintergrund des Energiesparens sind energetische Sanierungen der beste Weg, um von internationalen Fluktuationen unabhängig zu werden.

Die von déi gréng eingereichte Motion wird mit den Stimmen der Vertreter von DP, CSV und ADR verworfen.

XII AUSSERORDENTLICHE SUBSIDIEN

Folgenden Vereinigungen werden einstimmig außerordentliche Subsidien gewährt:

Trio Maria Cherubic Music Series	2.500 €
De Läbbel a.s.b.l. Element Session – Bahamdia&The RuffCats in den Rotunden	2.500 €
Le Ballet Populaire a.s.b.l. – Brian CA Akroäma	25.000 €
I Love Graffiti a.s.b.l. „Le Mur“	25.000 €
Streetphoto Collective a.s.b.l. 10. Light Leaks Festival	4.000 €
Fédération luxembourgeoise de gymnastique (FLGYM) Finanzielle Unterstützung für das Jahr 2026	55.000 €

**XIII SOZIALAMT – GEWÄHRUNG EINES
ERBPACHTRECHTS (GUTACHTEN)**

Der Beschluss des Verwaltungsrates des Sozialamtes, dem „Fonds du Logement“ ein Erbpachtrecht auf mehreren Grundstücken in der Rue de Noertzange in Kayl zu gewähren, wird *einstimmig positiv begutachtet*. Es handelt sich um die Grundstücke mit den Katasternummern 1865/11374, 1865/11375, 1865/11376 und 1865/11377. Der Erbpachtvertrag wird für die Dauer von 99 Jahren gewährt, dies gegen eine jährliche Gebühr von 100 Euro, die vom „Fonds du Logement“ an das Sozialamt zu entrichten ist.

**XIV STIFTUNG J.-P. PESCATORE – SCHAFFUNG EINES
POSTENS (GUTACHTEN)**

Der Beschluss der „Commission des curateurs“ der Stiftung J.-P. Pescatore, einen Vollzeitposten „Chargé de mission Qualité“ (Laufbahn C6 oder C7) zu schaffen, um die Überwachung im Bereich Qualität und die Einhaltung der Anforderungen des Familienministeriums und der COPAS („Confédération des organismes prestataires d'aides et de soins“) sicherzustellen, wird *einstimmig positiv begutachtet*.

XV GERICHTSANGELEGENHEITEN

Der Gemeinderat ermächtigt den Schöffenrat, in verschiedenen Angelegenheiten vor Gericht aufzutreten.

**XVI ENTLASTUNG FÜR DIE BEGLEICHUNG
VON RECHNUNGEN**

Wegen der besonderen Situation einer Einwohnerin berechtigt der Gemeinderat den Schöffenrat, dieser für die Begleichung von Rechnungen Entlastung zu erteilen.

XVII KONVERTIERUNG / SCHAFFUNG VON POSTEN

Der Gemeinderat *erteilt einstimmig seine Zustimmung* für die Konvertierung eines Postens beim Service Eclairage public sowie für die Schaffung von 3,5 Posten beim „Service Foyers scolaires/Capel“.

Neuordnung von Bauland

Unter dem Punkt „Urbanismus“ hat der Gemeinderat in seiner Sitzung vom 23. März 2026 der Neuordnung mehrerer Baulandparzellen zugestimmt. Die Beschlüsse wurden per Mitteilung vom 15. April 2026 bekanntgegeben und können auf der Internetseite der Stadt Luxemburg (www.vdl.lu) eingesehen werden.

Steuernreglement

In seiner Sitzung vom 23. März 2026 hat der Gemeinderat ein neues Kapitel „G-6: Stade de Luxembourg“ im Teil „G: Sport, tourisme et loisirs“ sowie ein neues Kapitel „A-1: Tarifs de personnel“ im Teil „A: Administration“ des Steuernreglements verabschiedet. Der entsprechende Beschluss wurde am 26. Mai 2026 vom Minister für Innere Angelegenheiten genehmigt und der Öffentlichkeit durch eine Bekanntmachung vom 8. Juni 2026 zur Kenntnis gebracht.

Im Rahmen der Sitzung vom 23. März 2026 hat der Gemeinderat zudem das Kapitel „F-4: Déchets“ im Teil „F: Environnement et sûreté“ des Steuernreglements angepasst. Der entsprechende Beschluss wurde vom Minister für Innere Angelegenheiten am 26. Mai 2026 genehmigt und der Öffentlichkeit durch eine Bekanntmachung vom 28. Mai 2026 zur Kenntnis gebracht.

Das Steuernreglement ist auf der Internetseite der Stadt Luxemburg (www.vdl.lu) einsehbar.